



Nicht parteipolitisch engagiert – mit Absicht

**Eine quantitative Erhebung mit Fokus auf dem partei-
politischen Engagement von Sozialarbeitenden vor
dem Hintergrund der Verhaltenstheorie**

Master-Thesis
Selin Demircali

Begleitperson
Prof. Dr. Sigrid Haunberger

Zweitgutachter
Prof. Dr. Peter Streckeisen

Masterstudiengang
Zürich, Frühlingssemester 2022

Danksagung

An dieser Stelle will ich mich bei allen Menschen bedanken, die mich während der Anfertigung dieser Master-Thesis stets unterstützt und motiviert haben.

Zunächst gebührt mein Dank Frau Prof. Dr. Sigrid Haunberger, die meine Master-Thesis betreute und begutachtete. Für die hilfreichen Anregungen, konstruktiven Rückmeldungen und die Unterstützung bei der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich herzlich bedanken. Zudem danke ich auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Peter Streckeisen für das Begutachten meiner Master-Thesis.

Ich bedanke mich beim schweizerischen Berufsverband AvenirSocial der Region Ostschweiz, insbesondere bei Tobias Kindler und Kathrin Amann für die wertvollen Inputs, die dazu beitrugen, dass die durchgeführte Befragung in ihrer letztendlichen Form zustande kommen konnte.

Ein spezieller Dank gilt allen Teilnehmenden meiner Befragung, ohne die diese empirische Master-Thesis nicht hätte entstehen können. Danke für Ihre Offenheit und Bereitschaft, einen zentralen Beitrag zum Fachdiskurs zu leisten.

Ebenfalls möchte ich mich bei meinen Mitstudierenden sowie meinem Freundeskreis bedanken, die mich während dieser Zeit motivierten und mir zur Seite standen. Ferner möchte ich Benjamin Trautmann für das Korrekturlesen meiner Master-Thesis danken.

Zum Schluss gebührt mein besonderer Dank meinen Eltern, die mir halfen, den Mut für den Anfang zu finden, mir die Kraft gaben, durchzuhalten, und meinen Glauben daran stärkten, dass ich es schaffen würde. Danke dafür, dass ihr mir diese Chance ermöglicht und mich während der gesamten Zeit meiner akademischen Ausbildung tatkräftig unterstützt habt.

Abstract

Das parteipolitische Engagement bietet für Fachpersonen der Sozialen Arbeit die Möglichkeit, politisch zu handeln und zugunsten einer sozialen sowie demokratischen Gesellschaft Gebrauch von ihren staatsbürgerlichen Mitteln zu machen. Trotz grundsätzlicher Befürwortung eines politischen Auftrags Sozialer Arbeit nutzen jedoch wenige Fachpersonen diese Option. Mithilfe dieser Masterthesis wird eine Antwort auf die Forschungsfrage gesucht, inwiefern die Einstellung, die subjektive Norm wie auch die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zur Ausübung eines politischen Amtes vorhersagen können. Dazu wurden in einer quantitativen Studie mittels Online-Befragungen auf Basis der Theorie des geplanten Verhaltens 92 Mitglieder des schweizerischen Berufsverbandes AvenirSocial der Region Ostschweiz befragt.

Die allgemeine Einschätzung der Absicht zur Ausübung eines politischen Amtes fiel auf die gesamte Stichprobe (N = 92) bezogen negativ aus. Anhand des statistischen Verfahrens der linearen Regressionsanalyse wurden in einem ersten Schritt gesamthaft 40 Prozent der Intensionsvarianz durch die Einstellung, die subjektive Norm und die wahrgenommene Verhaltenskontrolle aufgeklärt. In einem zweiten Schritt wurde durch eine hierarchische Regressionsanalyse zusätzlich das Alter als signifikanter Prädiktor festgestellt, der zusätzlich 18 Prozent der Intensionsvarianz aufklärte.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	II
Abstract	III
Abbildungsverzeichnis	VII
Tabellenverzeichnis	VII
1. Einleitung	8
1.1 Ausgangslage.....	8
1.2 Zielsetzung und Fragestellung	9
1.3 Aufbau der Arbeit.....	10
2. Aktueller Forschungsstand	11
2.1 Politische Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit	11
2.2 Theorie des geplanten Verhaltens.....	13
3. Fachdiskurs um das Politische in der Sozialen Arbeit	15
3.1 Das Verhältnis von Sozialem und Politischem	15
3.1.1 Zuständigkeitsbereich.....	15
3.1.2 Gegenstandsbereich.....	16
3.1.3 Funktionsbereich.....	17
3.2 Politisches Mandat der Sozialen Arbeit.....	19
3.3 Politischer Auftrag der Sozialen Arbeit	20
3.4 Policy-Practice als potenzielles Kernelement der Sozialen Arbeit	22
3.4.1 Definition	24
3.4.2 Policy Practice und (partei-)politisches Engagement.....	25
3.4.3 Die Rolle der Lehre	27
4. Einbettung der Theorie des geplanten Verhaltens	30
4.1 Theorie des geplanten Verhaltens.....	30
4.1.1 Das Kernmodell	31
4.1.2 Ebene der Überzeugungen.....	37
4.2 Fragestellungen der empirischen Forschung	42

5. Methodisches Vorgehen	43
5.1 Zugang zum Feld und Stichprobenrekrutierung	43
5.2 Messinstrument	43
5.2.1 Exkurs: Einsatz von Ratingskalen.....	44
5.2.2 Operationalisierung der Theorie des geplanten Verhaltens.....	45
5.2.3 Güterkriterien	50
5.2.4 Pretest.....	51
5.3 Datenerhebung.....	52
5.4 Datenaufbereitung	53
5.5 Datenauswertung	54
5.5.1 Deskriptive Analyse	54
5.5.2 Regressionsanalyse.....	55
6. Ergebnisse	58
6.1 Deskriptive Ergebnisse.....	58
6.1.1 Stichprobenbeschreibung	58
6.1.2 Skalenbildung und Reliabilitätsanalysen.....	59
6.1.3 Zusammenhänge der direkten und indirekten Messung.....	65
6.2 Ergebnisse aus Regressionsanalyse	66
6.2.1 Interkorrelation	66
6.2.2 Multiple lineare Regression.....	67
6.2.3 Hierarchische lineare Regression	68
7. Diskussion.....	71
7.1 Diskussion der deskriptiven Ergebnisse.....	71
7.1.1 Verhaltensintention	71
7.1.2 Einstellung	72
7.1.3 Subjektive Norm.....	73
7.1.4 Wahrgenommene Verhaltenskontrolle.....	74
7.1.5 Hintergrundfaktoren	75
7.2 Diskussion der Ergebnisse aus Regressionsanalyse.....	75
7.2.1 Einfluss der drei klassischen Prädiktoren der TPB	76
7.2.2 Einfluss der Hintergrundfaktoren	77
8. Fazit.....	79

8.1	Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfragen.....	79
8.2	Methodenkritik und Limitationen.....	80
8.3	Ausblick auf weiterführende Forschung	81
	Anhangsverzeichnis.....	93

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1.</i> Erste Ebene der Theorie des geplanten Verhaltens	32
<i>Abbildung 2.</i> Zweite Ebene der Theorie des geplanten Verhaltens.....	38
<i>Abbildung 3.</i> Theorie des geplanten Verhaltens ergänzt um Hintergrundfaktoren	41
<i>Abbildung 4.</i> Korrelation zwischen der direkten und indirekten Messung.....	66

Tabellenverzeichnis

<i>Tabelle 1.</i> Höchster Bildungsstand	59
<i>Tabelle 2.</i> Politisches Interesse	59
<i>Tabelle 3.</i> Übersicht der Verhaltensintention	60
<i>Tabelle 4.</i> Übersicht der verhaltensbezogenen Einstellung.....	60
<i>Tabelle 5.</i> Übersicht der Zutreffenswahrscheinlichkeit der Verhaltensüberzeugungen.....	61
<i>Tabelle 6.</i> Übersicht der Bewertung der Verhaltensüberzeugungen	62
<i>Tabelle 7.</i> Übersicht der Zutreffenswahrscheinlichkeit der normativen Überzeugen....	63
<i>Tabelle 8.</i> Übersicht der Motivation für die Orientierung an Referenzpersonen oder -personengruppen.....	63
<i>Tabelle 9.</i> Übersicht wahrgenommene Verhaltenskontrolle	64
<i>Tabelle 10.</i> Übersicht der Zutreffenswahrscheinlichkeit der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle	64
<i>Tabelle 11.</i> Übersicht der wahrgenommenen Verhaltenserleichterung	65
<i>Tabelle 12.</i> Externe politische Wirksamkeit	65
<i>Tabelle 13.</i> Interne politische Wirksamkeit	65
<i>Tabelle 14.</i> Interkorrelation	66
<i>Tabelle 15.</i> Hierarchische lineare Regressionsanalyse	67

1. Einleitung

Im ersten Kapitel der vorliegenden Master-Thesis werden die Ausgangslage beschrieben und dabei Bezüge zu relevanter Literatur hergestellt, wonach die Zielsetzung sowie die leitende Hauptfragestellung dieser empirischen Untersuchung formuliert wird. Zugunsten der Nachvollziehbarkeit werden die weiterführenden Forschungsfragen, welche dem empirischen Teil dieser Arbeit zugrunde liegen, aus der theoretischen Auseinandersetzung abgeleitet und folglich erst in Kapitel 4.2 vorgestellt.

1.1 Ausgangslage

Der Berufskodex (AvenirSocial, 2010, S. 7) formuliert vielseitige Ziele und Verpflichtungen der Sozialen Arbeit, wobei er einerseits vorsieht, dass diese sozialpolitische Interventionen anhand ihrer Netzwerke initiiert und unterstützt. Andererseits liegt ein weiteres Ziel darin, dass sich die Soziale Arbeit sozialräumlich an der Gestaltung von Lebenswelten sowie an den Lösungen struktureller Probleme beteiligt, welche aus der Einbeziehung von Individuen in soziale Systeme resultieren. Nach Rieger (2013, S. 58) sind gerade Klient*innen der Sozialen Arbeit aufgrund der durch Ausgrenzung geschaffenen Vulnerabilität in besonderem Masse auf Entscheidungen im politischen System angewiesen. Ein politisches Mandat leitet zudem Staub-Bernasconi (2007, S. 242–243) aus dem Tripelmandat ab, wodurch die Profession imstande ist, frei von dominierenden gesellschaftlichen Bedingungen an der Gesellschaft Kritik anzubringen und selbstdefinierte Aufträge zu formulieren. Im Grunde kann laut Seithe (2014, S. 114) die Soziale Arbeit nicht unpolitisch gerieren, womit sich im Rahmen professionsethischer Ideale ein fachliches, wissenschaftliches sowie politisches Mandat begründen lässt. Gleichermassen begreift Rieger (2013, S. 58) das Politikmachen als eine Handlungsart der Sozialen Arbeit.

Im aktuellen Fachdiskurs im deutschsprachigen Raum besteht jedoch eine Kontroverse in Bezug auf das politische Engagement von Sozialarbeitenden. In Anlehnung an Gysi (2018, S. 23) findet eine zunehmend stärkere Entpolitisierung von Sozialarbeitenden statt, welche ihre Aufgaben heute eher als Beruf denn als Berufung wahrnehmen. Darüber hinaus spricht Seithe (2014, S. 109) Sozialarbeitenden politische Apathie statt politischen Bewusstseins sowie Engagements zu. Im Rahmen einer Untersuchung stellte Kindler (2019a, S. 37) fest, dass sich die Fachpersonen der Sozialen Arbeit durchschnittlich auf verschiedenen Ebenen politisch engagieren, aber allgemein politische Aktivitäten bevorzugen, welche kaum zeitliche sowie monetäre Ressourcen erfordern und keine öffentlichen Expositionen bedingen. Zudem wurde festgestellt, dass die Hälfte der Teilnehmenden gegen politische Aktivitäten während der Arbeit sowie der Freizeit plädiert.

Amann (2017, S. 77) fand im Rahmen ihrer Untersuchung wiederum Hinweise darauf, dass sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit kaum politisch engagieren, obwohl sie mit politischen Rahmenbedingungen unzufrieden sind, die ihre Arbeitsbedingungen restriktiv beeinflussen. In diesem Kontext halten Lallinger und Rieger (2007, S. 7) die Soziale Arbeit dazu an, wieder politisch aktiver zu werden. Diese Forderung beinhaltet Strategien zur politischen Einflussnahme, welche sich am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit orientieren und eine grundlegende Option für Benachteiligte und Schwächere darstellen sollen. Im gegenwärtigen Fachdiskurs rückt demnach die Thematik einer politischen Sozialen Arbeit aus gesellschaftlicher Sichtweise erneut in den Mittelpunkt der Betrachtung.

1.2 Zielsetzung und Fragestellung

Das Hauptziel der vorliegenden Master-These besteht darin, das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit durch die Erfassung der Einstellung, subjektiven Norm sowie der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle vorherzusagen und zu erklären, wobei die etablierte Theorie des geplanten Verhaltens theorieprüfend spezifisch auf die untersuchte Problematik angewendet wird. In der vorliegenden Arbeit wird dafür die Abkürzung des englischen Begriffs Theory of Planned Behavior (TPB) verwendet. Um das Vorhaben zu realisieren, wird eine Online-Befragung unter den Mitgliedern des Berufsverbandes AvenirSocial der Region Ostschweiz durchgeführt und quantitativ ausgewertet. Es geht dabei keinesfalls darum, Fachpersonen der Sozialen Arbeit politische Apathie zu unterstellen, sondern vielmehr herauszufinden, welche Prädiktoren signifikanten Einfluss auf die Absicht haben, ein politisches Amt auszuüben. Dies dient dem Zweck, die ausschlaggebenden Faktoren für parteipolitisches Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit zu ergründen und herauszufinden, welche Massnahmen das parteipolitische Engagement steigern könnten. Das daraus resultierende methodische Ziel dieser Arbeit liegt zudem darin, die TPB auf ihre Passung im Bereich des politischen Engagements von Fachpersonen der Sozialen Arbeit hin zu prüfen.

Die leitende Fragestellung, inwiefern die Einstellung, die subjektive Norm wie auch die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zur Ausübung eines politischen Amtes vorhersagen können, bildet den Forschungsfokus und das parteipolitische Engagement den Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Dabei sollen die Erkenntnisse der Master-These unter anderem im Kontext des politischen Auftrags und der politischen Praxis diskutiert werden.

1.3 Aufbau der Arbeit

Im zweiten Kapitel wird ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand in Bezug auf die politische Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit auf der einen Seite und die TPB auf der anderen Seite gegeben. Daraufhin steht im Zentrum des dritten Kapitels der vorliegende Arbeit der Fachdiskurs hinsichtlich einer politischen Sozialen Arbeit auf Basis ausgesuchter Themenschwerpunkte. Dabei geht es zum einen um das Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und (Sozial-)Politik, zum anderen wird der politische Auftrag vor dem Hintergrund des Mandatsbegriffs thematisiert. Am Ende des dritten Kapitels wird Policy-Practice als potenzieller Bestandteil der Sozialen Arbeit diskutiert.

Im Anschluss an den Fachdiskurs wird im vierten Kapitel ein theoriebasierter Analyserahmen zur Erklärung der Absicht von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, ein politisches Amt auszuüben, erarbeitet und die TPB darin eingebettet. Dieser Analyserahmen bildet die Grundlage für das empirische Forschungsvorhaben. Das fünfte Kapitel beinhaltet die Beschreibung des der vorliegenden Studie zugrunde liegenden methodischen Vorgehens. Im sechsten Kapitel werden folglich die Forschungsergebnisse präsentiert und diese anschliessend im siebten Kapitel diskutiert sowie kritisch reflektiert. Das resümierende achte Kapitel beinhaltet eine Zusammenfassung der Resultate im Hinblick auf die Forschungsfragen, worüber hinaus die Methodik der Arbeit kritisch reflektiert, und letztlich ein Ausblick auf weiterführende Studien gegeben wird.

2. Aktueller Forschungsstand

In diesem Kapitel wird der aktuelle Forschungsstand in zweierlei Hinsicht dargestellt. Zum einen geht es um die politische Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, zum anderen bezieht sich die vorliegende Arbeit auf die TPB, um Handlungen über die Absicht vorherzusagen und zu erklären.

2.1 Politische Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit

Gemäss der Literaturrecherche rücken die Zusammenhänge zwischen (Sozial-)Politik und Sozialer Arbeit in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Mittelpunkt der Forschung, wobei sich der Diskurs weiter ausdifferenzierte (Amann & Kindler, 2021; Benz & Rieger, 2015; Burzlaff, 2022b; Dischler & Kulke, 2021; Köttig & Röh, 2019). Darüber hinaus ist erkennbar, dass sich im Forschungskontext der politischen Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit das Civic-Voluntarism-Model (CVM) etablierte, welches Verba, Scholzman und Brady (1995) entwickelten (Amann, 2017; Kindler, 2019b; Kulke & Schmidt, 2019; Lütters, 2022; Ostrander, Kindler & Bryan, 2021; Ritter, 2008). Im Rahmen dieses Modells wird angenommen, dass die Ressourcen, die psychologische politische Involviertheit sowie Mitgliedschaften in Mobilisierungsnetzwerken förderlich auf die politische Partizipation von Individuen wirken (Verba et al. 1995, S. 269).

Im deutschsprachigen Raum herrschte eine langjährige theoretische Diskussion um das politische Engagement in der Sozialen Arbeit (Benz & Rieger, 2015; Merten, 2001a). Ihren Höhepunkt fand diese kontroverse Diskussion im Jahr 2001, als das Sammelband von Merten (2001a) veröffentlicht wurde, doch in späteren Jahren stieg das Interesse, das politische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit empirisch zu untersuchen. Hierzu bietet Kindler (2021) einen umfassenden Überblick über das sich dynamisch entwickelnde Forschungsfeld, worüber hinaus die in den letzten Jahren erstellten Qualifikationsarbeiten dieses Interesse unterstreichen. So analysierte Amann (2017) im Rahmen ihrer Master-Thesis mittels biografischer Interviews die Entstehung parteipolitischen Engagements bei Sozialarbeitenden, während sie gleichermassen die Politisierungsprozesse parteipolitisch aktiver Sozialarbeitenden betrachtete. Kindler (2019b) dagegen erforschte im Rahmen seiner Master-Thesis mittels einer umfassenden quantitativen Untersuchung die politische Aktivität von Sozialarbeitenden und die fördernden Faktoren. Obwohl sich die betrachteten Zielgruppen bei diesen Studien unterscheiden, lassen sich wesentliche Übereinstimmungen feststellen (Amann, 2019, S. 24). Eine Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Ermutigung zu politischer Aktivität im Rahmen des Studiums eine wesentliche Rolle spielt und demnach einen Beitrag zum politischen

Engagement leistet. Daneben wurden in beiden Untersuchungen Mitgliedschaften in Mobilisierungsnetzwerken beobachtet, welche eine politische Soziale Arbeit fördern (Amann, 2017, S. 76–78; Kindler, 2019b, S. 92–93). Darüber hinaus wurde in einer aktuellen Studie mittels Befragungen und Interviews die Vereinbarkeit von politischem Engagement und Beruf in der Schweiz untersucht, woraus evidenzbasierte Fördermassnahmen abgeleitet wurden (Derungs, Müller & Wellinger, 2021, S. 3). Während die Auseinandersetzung mit der politischen Rolle Sozialer Arbeit im deutschsprachigen Fachdiskurs vor allem auf empirischer (Kindler, 2019a) und theoretischer (Benz & Rieger, 2015, Dischler & Kulke, 2021, Merten, 2001a) Ebene erfolgt, liegt der Fokus im englischsprachigen Raum stärker auf der Praxis (Gal & Weiss-Gal, 2014).

Im englischsprachigen Raum ist somit die empirische Forschung hinsichtlich der politischen Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit fortgeschrittener (Felderhof, Hoefler & Watson, 2016; Ritter, 2008). Lane (2011) untersuchte das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit und kam zum Schluss, dass die im Studium gewonnenen Fähigkeiten einer Kandidatur sowie der Ausübung eines politischen Amtes zugutekommen. Im Kontrast zu deutschsprachigen Diskursen der Sozialen Arbeit fokussieren neue englischsprachige Untersuchungen die Rolle der Hochschule und arbeiten mit dem Konzept der Policy-Practice, was übersetzt politische Praxis bedeutet (Lane, Ostrander & Smith, 2018; Gal & Weiss-Gal, 2014). Auf dieses Konzept wird in Kapitel 3.4 vertieft eingegangen. In Bezug auf den Methodendiskurs im deutschsprachigen Raum verweist Burzlaff (2022b, S. 13) darauf, dass Policy-Practice bis anhin keinen integralen Bestandteil darstellt, und versucht, diese Forschungslücke zu schliessen, indem sie das Konzept zum Gegenstand ihrer Betrachtung macht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Forschungslandkarte bezüglich der Sozialarbeitspolitik im deutschsprachigen Raum Defizite aufzeigt. Dennoch sind in diesem Bereich gegenwärtig Bemühungen um empirische Forschungen erkennbar, welche die politische Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund des CVM untersuchen und diskutieren. Diese Studien nehmen dabei oft entweder das politische Engagement oder die politische Einstellung in den Fokus, weshalb in diesem Kontext ein systematischer Bezug mehrerer Merkmale fehlt. An dieser Stelle setzt die vorliegende Master-Thesis an, indem sie das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit vor dem Hintergrund der TPB untersucht.

2.2 Theorie des geplanten Verhaltens

Seit der Entwicklung der TPB entstanden zahlreiche empirische Forschungen in diesem Kontext. So beschreiben Fishbein und Ajzen (2010) die TPB in ihrem Buch als integratives Rahmenmodell zum einen zur Vorhersage menschlichen Verhaltens und zum anderen zur Erfassung der motivationalen Einflussfaktoren auf ein spezifisches Verhalten. Zudem bieten die Forschenden einen Überblick über relevante Studienergebnisse und diskutieren kritische Fragen im Zusammenhang mit dem Rahmen für geplantes Verhalten.

Als typische Anwendungsfelder erweisen sich vor allem die Bereiche Umweltschutz, Gesundheit sowie Wahlverhalten (Rossmann, 2021, S. 11–12). Im Rahmen einer Metaanalyse zur HIV-Prävention erforschten Albarracín, Johnson, Fishbein und Müller (2001, S. 142–146) ausserdem mithilfe einer Regressionsanalyse die kausalen Zusammenhänge zwischen den von der TPB vorgeschlagenen Variablen, während eine weitere Metaanalyse zur TPB zum Schluss kam, dass die drei Komponenten Einstellung, subjektive Norm sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle durchschnittlich 39 Prozent der Varianz bei der Verhaltensintention eines Menschen erklären (Armitage & Conner, 2001, S. 417). In Anbetracht dieser Metaanalysen lässt sich die Evidenz dieser Theorie bestätigen. Darüber hinaus zeigt die Literaturanalyse, dass in der Implementierungsforschung für die Entwicklung von Messinstrumenten Manuale zur TPB entwickelt wurden (Francis et al., 2004). Auch für empirische biologiedidaktische Forschung bewährt sich das Konzept laut Graf (2007, S. 42) als Messinstrument, um geplantes Verhalten zu bestimmen, vorherzusagen und schliesslich das Fundament für eine gezielte Verhaltensänderung zu setzen.

Obwohl sich die TPB in diversen Metaanalysen und Studien als theoretischer Ansatz mit der Eigenschaft erweist, andere Theorien zu rekonstruieren, findet sie laut Rudi und Schoen (2005, S. 324) bei der Wahlforschung im deutschsprachigen Raum wenig Eingang (Gabriel & Keil, 2005, S. 636; Arzheimer & Schmitt, 2005, S. 284). Diese fehlende empirische Umsetzung begründen Rudi und Schoen (2005, S. 234) mit dem hohen methodischen Aufwand sowie methodischen Problemen, weshalb sie die TPB in dieser Hinsicht als ungeeignetes Standardinstrument beschreiben. Trotz dieser Kritik widerspiegelt sich die Bedeutsamkeit der TPB in der Tatsache, dass sie im Jahr 2010 über 4400-mal zitiert wurde (Fishbein & Ajzen, 2010, S. 337).

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die TPB in mehreren Disziplinen Einsatz findet, um menschliches Verhalten vorherzusagen und zu erklären. Obwohl die

TPB auch bei der empirischen Wahlforschung genutzt wird, kann in Bezug auf die Untersuchung der politischen Partizipation von Fachpersonen der Sozialen Arbeit grundsätzlich besagt werden, dass hier ausschliesslich das CVM Anwendung findet; im Rahmen der Literaturanalyse wurde keine Studie ermittelt, welche das parteipolitische Engagement mithilfe der TPB analysiert. Vor diesem Hintergrund betrachtet die vorliegende Master-Thesis das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit auf Basis der Theorie des geplanten Verhaltens.

3. Fachdiskurs um das Politische in der Sozialen Arbeit

Der nachfolgende Fachdiskurs zum politischen Engagement in der Sozialen Arbeit dient der Beantwortung der Fragen, ob und inwiefern die Soziale Arbeit über einen fachlichen Auftrag verfügt, politisch wirksam zu agieren. Hierfür wird in den folgenden Unterkapiteln zunächst der Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik aufgezeigt, wonach Kritik am Mandatsbegriff aufgegriffen und anschliessend der politische Auftrag der Sozialen Arbeit thematisiert wird. Im letzten Kapitel wird die Soziale Arbeit als politische Praxis diskutiert und aufgezeigt, was im Rahmen dieser Master-Thesis unter parteipolitischen Engagement begriffen wird.

3.1 Das Verhältnis von Sozialem und Politischem

In Bezug auf das Verhältnis sozialer und politischer Aktivität ist es für Benz (2010, S. 317) unerwartet, dass die wissenschaftlichen Diskurse der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik bis anhin kaum aufeinander Bezug nehmen. Bevor ein allfälliges politisches Mandat der Sozialen Arbeit thematisiert wird, wird dennoch zunächst das Verhältnis von sozialem und politischem Engagement hinsichtlich dem Zuständigkeits- und Gegenstandsbereich sowie der Funktion der Sozialen Arbeit bestimmt.

3.1.1 Zuständigkeitsbereich

An dieser Stelle wird Bezug auf den Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit genommen und erörtert, inwiefern dieser eine politische Ebene umfasst. Laut Kraus (2016, S. 22) wurden im Rahmen des über Jahrzehnte beständigen Fachdiskurses zur globalen Definition der International Federation of Social Workers (IFSW) Dimensionen ihres Zuständigkeitsbereichs entwickelt. Laut der deutschsprachigen Definition der IFSW (2014) ist die Soziale Arbeit als wissenschaftliche Disziplin sowie praxisorientierte Profession dafür zuständig, gesellschaftliche sowie soziale Entwicklungen und Veränderungen zu fördern. Darüber hinaus gehören zu ihren weiteren Kernaufgaben die Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Stärkung der Autonomie sowie Selbstbestimmung des Individuums, mithin also die Einflussnahme auf die Mikro-, Meso- und Makroebene. Auch der schweizerische Berufsverband der Sozialen Arbeit stützt sich bezüglich des Berufsbilds von Professionellen der Sozialen Arbeit auf diese drei Dimensionen: Demnach intervenieren Fachkräfte der Sozialen Arbeit zum einen auf individueller Ebene, zum anderen im Rahmen sozialer Systeme mit Individuen als deren Komponenten und Interaktionsstrukturen sowie zuletzt auf gesellschaftlicher Ebene mit gesamten sozialen Systemen, was die Strukturierung, Entwicklung und Organisation von Gemeinwesen umfasst (AvenirSocial, 2014, S. 1). In diesem Zusammenhang vollzieht sich die Soziale Arbeit

gemäss Schmid (2011, S. 19) innerhalb von Rahmenbedingungen, welche von der Sozialpolitik gesetzt werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass sich die Soziale Arbeit mit diesen Umständen auseinandersetzt, diese wiederholt infrage stellt und Veränderungen im sozialpolitischen Kontext in Gang setzt, damit die Bedingungen mit den Zielsetzungen der Sozialen Arbeit im Einklang stehen.

Benz (2010, S. 321–322) definiert die Beziehung von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik auf der einen Seite als Vor- und Nachrangverhältnis, auf der anderen Seite als Über- und Unterordnungsrelation, worüber hinaus es als Wechselverhältnis angesehen werden kann. Die Soziale Arbeit ist der Sozialpolitik vorgelagert, weil sie sich mit gegenwärtigen sozialen Problemen auseinandersetzt, andererseits nachgelagert, weil sie für Defizite zuständig ist, wenn die Bearbeitung sozialer Probleme durch die Sozialpolitik unzureichend ist (Benz & Rieger, 2015, S. 30). Althammer und Lampert (2014, S. 15) vertreten eine ähnliche Ansicht und heben hervor, dass sozialpolitische Probleme mittels wirtschaftswissenschaftlicher Methoden nur unvollständig erfasst, analysiert und gelöst werden können; hierfür bedarf es vielmehr einer interdisziplinären Herangehensweise. Nach Benz (2010, S. 321) zeigt sich das Überordnungsverhältnis wiederum an den grösseren Sachleistungs- und Geldleistungssystemen, welche der Sozialpolitik zur Verfügung stehen, etwa an der Sozialhilfe, weil dadurch eine grössere Bevölkerungsgruppe erreicht werden kann. Das Wechselverhältnis widerspiegelt sich somit darin, dass die Soziale Arbeit die der Sozialpolitik verwehrten Bereiche beeinflusst, wobei auch das Umgekehrte zutrifft. Dennoch weist die Abhandlung in diesem Kapitel auf einen gemeinsamen Gegenstandsbereich hin, welcher nachfolgend beleuchtet wird.

3.1.2 Gegenstandsbereich

Nach Mannemann und Dummann (2020, S. 62) liegt in Bezug auf den Gegenstand der Sozialen Arbeit der Schwerpunkt in sämtlichen Zuständigkeitsbereichen eindeutig auf sozialen Problemen, die jenseits der individuellen Dimension auf der Ebene sozialer Ungerechtigkeit in der Gesellschaft liegen. Hier übernimmt die Soziale Arbeit somit die Funktion einer Menschenrechtsprofession, um auf soziale Ungleichheiten sowie Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, und unterstützt die Klienten sowie Klientinnen zwar nicht auf direkte Weise wie bei der Einzelfallhilfe, jedoch indirekt durch die Thematisierung und Lösung sozialer Probleme in der Gesellschaft. Schmid (2011, S. 19) zufolge befasst sich die Soziale Arbeit theoretisch sowie praktisch sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene mit sozialen Problemen, indem sie Personen im

Alltag hilft, prekäre Lebenslagen zu bewältigen, und ihnen den Zugang zu Ressourcen ermöglicht.

In Bezug auf die Gegenstandsbestimmung für die Soziale Arbeit lassen sich in Anlehnung an Engelke, Spatscheck und Borrmann (2016, S. 241) die Kernaussagen der IFSW-Definition unter der verbreiteten Kurzformel «Verhindern und Bewältigen sozialer Probleme» subsumieren. Laut Groenmeyer (2012, S. 117) sowie Schönig (2013, S. 37) besteht die Gemeinsamkeit von (Sozial-)Politik und Sozialer Arbeit folglich in ihren möglichen Gegenstandsbestimmungen, nämlich sozialen Problemen. Diese stellen beispielsweise für Gesundheits- und Kriminalpolitik sowie gleichermassen für die Soziale Arbeit und diverse andere Bereiche des politischen Systems das Material sowie die Basis für sozialpolitische Interventionen dar (Groenmeyer, 2012, S. 117). An dieser Stelle ist allerdings zu beachten, dass der Einzelfall im Rahmen der generalisierenden Sozialpolitik lediglich ein Problem abbildet, wofür es keiner sozialpolitischen Reaktion bedarf. Aus diesem Grund ist der Hinweis auf die Quantität essenziell, damit politisch argumentiert werden kann (Schönig, S. 35).

Nach Betrachtung unterschiedlicher Varianten der Definition sozialer Probleme hebt Groenmeyer (2012, S. 27–32) drei zentrale übereinstimmende Merkmale hervor, welche diese charakterisieren. Zum einen handelt es sich um den Aspekt einer gesellschaftlichen Störung und eines Schadens, zum anderen um die Relevanz der öffentlichen Problematisierung sowie Thematisierung und schliesslich um die Erfordernis zur Bearbeitung oder Lösungsfindung. In einem letzten Schritt werden nachfolgend die Lösungsansätze der Sozialpolitik bzw. die Funktion der Sozialen Arbeit thematisiert.

3.1.3 Funktionsbereich

In Anlehnung an die IFSW-Definition (2014) lassen sich drei wesentliche berufsmoralische Imperative für die Soziale Arbeit ableiten: Auf der Mikroebene besteht die Funktion darin, die Handlungsfähigkeit von Individuen zu fördern, sodass diese soziale Probleme eigenmächtig lösen können. Daneben geht es auf der Mesoebene um strukturelle Unterstützung, damit die Erschliessung sowie Nutzung von Handlungsmöglichkeiten zur Lösung sozialer Probleme gelingen. Die letzte Funktion umfasst auf der Makroebene im weitesten Sinne politische Unterstützung, wobei es um die Förderung von Strukturveränderungen geht (Schmocker, 2011, S. 32). Gemäss Althammer und Lampert (2014, S. 8) liegt der Tatbestand, welcher die staatliche Sozialpolitik begründet, im gesellschaftspolitischen Ziel, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und die

Verwirklichungschancen materialer Freiheit gleichmässiger aufzuteilen. Demzufolge gelten Gerechtigkeit und Freiheit als die beiden Zielsetzungen, welche in jeder Gesellschaft für die politische Gestaltung als oberste Orientierungswerte dienen.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Sozialem und Politischem besagt Schönig (2013, S. 37–38), dass die Sozialpolitik und die Soziale Arbeit bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme unterschiedliche Funktionen erfüllen sowie abweichenden Ansätzen folgen, aber dennoch aufeinander angewiesen sind. Während sich die Soziale Arbeit stärker an Einzelfällen orientiert, zielt die Sozialpolitik darauf ab, allgemeinverbindliche Regelungen und generelle Massnahmen zu implementieren. Gemäss Althammer und Lampert (2014, S. 4) umfasst die praktische Sozialpolitik jenes politische Handeln, welches bezweckt, die wirtschaftliche und soziale Stellung schwacher Mitglieder der Gesellschaft durch adäquate Massnahmen zu optimieren und existenzgefährdende Risiken aufzufangen. Daneben bauen die fallbezogenen Interventionen der Sozialen Arbeit laut Schönig (2013, S. 36) auf den finanziellen bzw. materiellen Hilfeleistungen der Sozialpolitik auf, eröffnen Individuen Zugänge zu diesen Unterstützungsmassnahmen und beraten im Rahmen der Verwaltungstätigkeit in den entsprechenden sozialen Bereichen. Ferner weist die Soziale Arbeit eine immaterielle Orientierung auf, indem sie milieubezogene, psychische, zwischenmenschliche und sozialräumliche Gesichtspunkte von Einzelfällen benennt sowie diese zu beheben versucht.

In diesem Kontext wird auch die Verknüpfung von Sozialer Arbeit mit Sozialpolitik am Beispiel der Sozialhilfe deutlich. Als letztes Auffangnetz der sozialen Sicherheit gilt in der Schweiz die Sozialhilfe, die sich mit Recht, Öffentlichkeit und Politik auseinandersetzt (Akkaya, 2015, S. 12). Mit Bezug auf die mediale Debatte um den Sozialhilfemissbrauch, welche in einigen Parlamenten fortgesetzt wurde, stellte Schwegler (2008) folgende Frage «Haben es die Professionellen der Sozialen Arbeit versäumt, die öffentliche Diskussion zu versachlichen und ihr Fachwissen einzubringen?» (S. 42). Eine solche Frage impliziert, dass es an der Sozialen Arbeit liegt derartige öffentliche Diskussionen auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen und den Zugang zum Fachwissen der Sozialarbeitenden zu geben. Auf diese Fragestellung von Schwegler wird in Kapitel 3.3 nochmals kurz eingegangen. Auch Amann (2019, S. 24) betont, dass politische Entscheidungen, auf Bund-, Kanton- und Gemeindeebene getroffene politische Entscheidungen die Soziale Arbeit in ihren Möglichkeiten sowie in ihrer Ausgestaltung beeinflussen. Wer Soziale Arbeit leistet, befindet sich somit inmitten gesellschaftspolitischen Geschehens.

Die Ausführungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Sozialem und Politischem weisen grundsätzlich auf eine umfassende Schnittmenge zwischen Politik und Sozialer Arbeit hin, wobei eine starke Verknüpfung zwischen fachlichen sowie politischen Aspekten deutlich wird. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die IFSW-Definition in dieser Hinsicht als Legitimationsbasis für die Folgerung dient, dass politische Aspekte auf gesellschaftlicher Ebene zum Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit gehören. Ferner zeigt sich, dass die Relation in Bezug auf den Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit sowie der Sozialpolitik aus unterschiedlichen Sichtweisen betrachtet werden kann, wobei wiederum eine enge Verknüpfung deutlich wird. Im Kontrast zur Sozialen Arbeit verfügt die Sozialpolitik jedoch über ein grösseres Angebot an Instrumenten, um breite Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Ferner dienen soziale Probleme als verbindende Gegenstandsbestimmung der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik, wobei sich hinsichtlich ihrer Herangehensweise an soziale Probleme ein eindeutiger Unterschied zeigt. Während sich sozialpolitische Massnahmen an die Personenmehrheit richten, beschäftigt sich die Soziale Arbeit innerhalb der gesetzten Rahmenbedingungen primär mit Einzelfällen.

3.2 Politisches Mandat der Sozialen Arbeit

Der Blick in die Literatur zeigt, dass sich die Diskussion vor allem auch um die fachsprachliche Bezeichnung des politischen Mandats gedreht hat (Merten, 2001a; Mühlum, 2007). Das Wort Mandat stammt ursprünglich aus dem Lateinischen und bedeutet sinngemäss Auftrag, wobei auch Befugnis, Bevollmächtigung oder Ermächtigung als Synonyme gelten (Dudenredaktion, n. d.). Wie bereits erwähnt führte Merten (2001a) im Jahr 2001 in seinem Sammelband die kontroverse Debatte um das politische Mandat der Sozialen Arbeit zusammen, wobei Dischler und Kulke (2021, S. 9) zufolge vermehrt grundsätzliche Fragestellungen zu einem politischen Mandat der Sozialen Arbeit thematisiert und nicht abschliessend bestätigt oder abgelehnt wurden. Die Kritik an der Verwendung des Mandatsbegriff resultiert einerseits aus der Befürchtung, dass dadurch im Verhältnis von Sozialarbeitenden und Klient*innen eine kommunikative Asymmetrie reproduziert werden kann, andererseits aus der Frage, ob die Soziale Arbeit ein solches Mandat benötigt, um politisch aktiv werden zu dürfen (Schäfer & Jacobs, 2021, S. 29). Gegen die Verwendung des Mandatsbegriffs wenden Mühlum (2007, S. 25) und Merten (2001b, S. 9) ein, dass sofern von einem politischen Mandat Sozialer Arbeit die Rede ist, weitere essenzielle Fragen entstehen. Demnach muss geklärt werden, wem dieses politische Mandat zukommt und wer es erteilt, worüber hinaus eine inhaltliche Bestimmung vor allem hinsichtlich ihrer Funktion erforderlich wird. Die Autor*innen sind daher der Auffassung, dass von keinem Mandat gesprochen werden darf, sofern auf diese Fragen keine Antworten vorliegen. «Soziale Arbeit hat kein politisches Mandat, aber

sie hat einen professionellen Auftrag!» (Merten, 2001b, S. 98). In Anlehnung an dieses Zitat bestätigt auch Schneider (2001, S. 27–28), dass die Soziale Arbeit zwar per se kein politisches Mandat hat, aber der professionelle Auftrag durchaus politisches Engagement von Sozialarbeitenden impliziert.

Während im Jahr 2001 eine enge Auslegung des Mandatsbegriffs stattfand, scheinen die Forscher*innen in der Gegenwart das Verhältnis zwischen Politik und Sozialer Arbeit wie Merten überwiegend bezüglich ihres professionelles Auftrags aufzufassen (Amann, 2017, S. 11–12; Kindler, 2019b, S. 18; Dischler & Kulke, 2021, S. 11). Im Fachdiskurs findet der Mandatsbegriff laut Schäfer und Jacobs (2021, S. 29) trotz aller Kritik jedoch dann Verwendung, wenn es um die normative Legitimierung des politischen Handelns der Sozialen Arbeit durch die Berufung auf ihre berufsethischen Prinzipien geht. In Anbetracht der engen Auslegung der beiden Ausdrücke entschied sich die Autorin, im Rahmen der vorliegenden Master-Thesis zugunsten der Einheitlichkeit den Begriff des politischen Auftrags zu verwenden. Nachdem die Kritik am Mandatsbegriff aufgegriffen wurde, folgt daher im nächsten Kapitel eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem politischen Auftrag der Sozialen Arbeit.

3.3 Politischer Auftrag der Sozialen Arbeit

Die Soziale Arbeit ist laut Seithe (2012, S. 69) ausserstande, eigenhändig eine Gesellschaftsveränderung herbeizuführen, weil sie in ihrer Handlungsfähigkeit durch die Politik beschränkt ist. Dennoch beschreibt die Autorin Soziale Arbeit als Profession, die Individuen im Kontext der bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dabei helfen kann, ein würdiges und chancengerechtes Leben zu führen. Um dies zu erreichen, muss sie sich allerdings gegen die herrschende Politik einsetzen. Auch Staub-Bernasconi (2018, S. 118) sieht als prägendes Merkmal der Menschenrechtsprofession der Sozialen das Professionsmandat als Legitimationsbasis für eine Selbstmandatierung; so sollen Sozialarbeiter*innen auch ohne spezifischen Auftrag aktiv werden können, indem sie sich selbst anweisen, soziale Probleme zu thematisieren und gemeinsam mit den Beteiligten anzugehen. Bei der Forderung, dass sich die Soziale Arbeit zu ihrem politischen Auftrag bekennen soll, beziehen sich Kusche und Krüger (2001, S. 23) ebenfalls auf die Selbstmandatierung und bezeichnen diese als essenzielle Grundlage dafür, dass Soziale Arbeit ins politische Geschehen eingreifen darf.

Die Verpflichtung der politischen Intervention lässt sich aus der Perspektive der Lebensweltorientierung verdeutlichen, weil diese in Anbetracht der gesellschaftlichen Bedingtheit von Lebensverhältnissen die Lebensweltstrukturen von Klient*innen prägt (Thiersch,

2000, zitiert nach Benz & Rieger, 2015, S. 38). Entsprechend erklären Grunwald und Thiersch (2004, S. 23) das Prinzip der politischen Einmischung in verschiedene Politikbereiche als konstitutive Eigenschaft des Lebensweltorientierungskonzepts. Bei Betrachtung des Eingriffs in politische Themen aus lebensweltorientierter Sicht bleibt allerdings die Frage nach der Form unbeantwortet, weshalb Rieger (2013, S. 56) an dieser Stelle aus den theoretischen Überlegungen von Staub-Bernasconi sowie Thiersch einen politischen Auftrag ableitet, indem er politisches Engagement als Form der angebotenen Hilfen der Sozialen Arbeit konzeptualisiert. Benz und Rieger (2015, S. 39) zufolge lässt sich ein politischer Auftrag problemlos aus den gängigen lebensweltorientierten oder systemischen Theorien der Sozialen Arbeit ableiten, weil ihnen als Handlungstheorien der politische Bezug inhärent ist. Darüber hinaus weisen sie darauf hin, dass sich der politische Auftrag Sozialer Arbeit selbst ohne Rückgriff auf eine bestimmte Handlungstheorie aus ihrer gesellschaftlichen Funktion folgern lässt.

Schweglers (2008, S. 42) in Kapitel 2.1 aufgeworfene Frage im Kontext der Missbrauchsdebatte um die Sozialhilfe, ob es die Professionellen der Sozialen Arbeit versäumten, ihr Fachwissen einzubringen und die öffentliche Diskussion zu versachlichen, wird hier nochmals aufgegriffen, denn Staub-Bernasconi (2012, S. 227) erkennt in dieser Hinsicht einen politischen Auftrag: Sie spricht Fachpersonen der Sozialen Arbeit gegenüber die Empfehlung aus, sich an sozialpolitischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, indem sie öffentlichen Entscheidungstragenden ihr Wissen über soziale Probleme zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang fordert auch AvenirSocial (2010, S. 6–13) Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Berufskodex zu politischem Engagement auf. Sie sollen sozialpolitische Interventionen veranlassen, sich an der Lösung struktureller Probleme beteiligen und letztlich zugunsten einer sozialen sowie demokratischen Gesellschaft Gebrauch von ihren staatsbürgerlichen Mitteln machen.

Trotz aller Befürwortungen heben skeptische Personen den Ursprung Sozialer Arbeit als helfende Tätigkeit hervor, um Individuen in prekären Lebenslagen zu unterstützen (Benz & Rieger, 2015, S. 36). Auch Lüssi (2008, S. 130) haltet als Mandatsgegner am Dienstleistungscharakter fest und besagt, dass die Funktion Sozialer Arbeit ausschliesslich darin besteht, professionelle Dienstleistungen wie Betreuung, Beratung, Kontrolle und Beschaffung im sozialstaatlichen Auftrag zu erbringen, weshalb sie sich im Interesse der Klient*innen kein politisches Mandat für generelle politische Eingriffe anmassen darf. Kunstreich (2001, S. 122–123) hingegen vertritt als weiterer Mandats skeptiker die Meinung, dass von politischen Anforderungen Abstand genommen werden sollte, weil sie

entweder in einer Instrumentalisierung der Klient*innen und deren Bevormundung münden oder die Möglichkeit der politischen Einflussnahme der Sozialen Arbeit überschreiten. Demnach dürfen keine Erwartungen generiert werden, welche letztendlich unerfüllt bleiben. Laut Benz und Rieger (2015, S. 36) existiert für diese ablehnenden und skeptischen Positionen trotz grundlegender Argumente jedoch weder empirische noch theoretische Evidenz.

3.4 Policy-Practice als potenzielles Kernelement der Sozialen Arbeit

Aus Seithes (2012, S. 41) Sicht ist es von der Politisierung oder Nichtpolitisierung von Fachpersonen der Sozialen Arbeit abhängig, ob der Beruf als fremdbestimmtes Marktgeschehen bestehen bleibt. Der Anspruch nach gesellschaftspolitischer Mitgestaltung wird hauptsächlich im Zusammenhang mit der (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit diskutiert (Lallinger & Rieger, 2007, S. 8–9), wobei an dieser Stelle auf Kapitel 3.1 zu verweisen ist, denn laut Mühlum (1982, S. 334) kennzeichnen Soziale Arbeit und Sozialpolitik bei der Bearbeitung sozialer Probleme in derselben Weise widersprüchliche gesellschaftliche Funktionen. Sie leisten einerseits einen Beitrag zur Stabilisierung und Legitimierung des Status quo gesellschaftlicher Zustände und verändern zum anderen die ihr Handeln betreffenden Rahmenbedingungen. Darüber hinaus besagen Dischler und Kulke (2021, S. 9), dass sich die politische Soziale Arbeit, ähnlich wie die Sozialpolitik, zwischen Systemerhaltung und -gestaltung bewegt, während Mühlum (2007, S. 17) in der Repolitisierung eine Gelegenheit für die Soziale Arbeit sieht, sich in Richtung der Systemgestaltung zu bewegen. In Anlehnung an Benz, Rieger, Schönig und Többschukalla (2014, S. 8) verlässt die Soziale Arbeit durch den Eintritt in die praktische Politik den Gegenstandsbereich theoretischer Überlegungen, Ideologien, Utopien und Normen weitgehend. In diesem Kontext ist sie stärker in Interessenskonflikte und reale Machtfragen involviert, deren Austragung auf verschiedenen politischen Ebenen und in mehreren Handlungsfeldern erfolgt.

Aus den bisherigen Erläuterungen lässt sich weitgehend ein Konsens darüber ableiten, dass die Soziale Arbeit von politischen Prozessen und Entscheidungen abhängig ist und nach Seithe (2012, S. 18) entscheiden muss wem sie schliesslich beistehen will, womit sie absichtlich oder unabsichtlich politisch agiert. Unpolitische Soziale Arbeit ist gemäss Güntner und Langer (2014, S. 241) unmöglich, jedoch verweisen Benz und Rieger (2015, S. 70) auf die Marginalität der politischen Konzepte Sozialer Arbeit als Teil der Profession. Laut Benz et al. (2014, S. 9) muss eine Systematik entwickelt werden, um eine praktische Politik Sozialer Arbeit zu strukturieren und zu analysieren. Demzufolge fehlt in diesem Diskurs des politischen Elements in der Sozialen Arbeit ein Rahmen, um

die einzelnen Aspekte der praktischen Politik Sozialer Arbeit trennscharf zuordnen und dadurch die Verknüpfungen zwischen Politik und Sozialer Arbeit konzeptionell zu fassen.

Als Entgegnungsversuch wird in diesem Kapitel das Konzept der Policy-Practice vorgestellt, welches nach Burzlaff (2022b, S.17) aus dem angelsächsischen Diskurs stammt und im deutschsprachigen Raum bislang unbekannt ist. In diesem Kontext vertreten Mühlum (2007, S. 28) sowie Benz und Rieger (2015, S. 13) die Auffassung, dass die Professionalisierung politischen Engagements wesentliches Potenzial aufweist, wobei sich die Frage stellt, ob die politische Praxis in der Zukunft als Kernelement Sozialer Arbeit fungieren kann. An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass es sich beim Fachdiskurs dieser Master-Thesis in Bezug auf das Policy-Practice Konzept um keine systematische oder umfassende Darstellung handelt. Es geht vielmehr, um Streiflichter aufs Thema politische Praxis Sozialer Arbeit und die Rolle der Lehre hinsichtlich ihrem Einfluss für die Intentionsbildung von Fachpersonen der Sozialen Arbeit ein politisches Amt auszuüben.

Der anerkannte soziale Aktivismus von Jane Addams in den USA der frühen Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und ihre Forderung der Bildung von Kindern sowie ihre Proteste gegen die prekären Bedingungen einwandernder Personen, besonders Frauen, sind beispielhaft für die Policy-Practice (Burzlaff, 2022b, S. 58). Daneben lässt sich die Diskussion um Policy-Practice im englischsprachigen Raum bis in die späten 1970er Jahren zurückverfolgen und wurde von politikorientierten Lehrenden Sozialer Arbeit initiiert, welche die Sozialpolitik und die Soziale Arbeit näher zusammenbringen wollten (Wyers, 1991, S. 242). Diese Jahre gelten laut Mühlum (2007, S. 18) in beruflicher sowie theoretischer Hinsicht als Periode der starken Politisierung Sozialer Arbeit. Eine Verschmelzung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit sollte der Tendenz von Sozialarbeitenden entgegenwirken, Politiken im Zusammenhang mit sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung nur im Kontext des zwischenmenschlichen Dilemmas der Klient*innen zu sehen sowie folglich politische Fragen ausserhalb ihrer beruflichen Zuständigkeit zu verorten (Wyers, 1991, S. 242). Schliesslich etablierte sich der Begriff Policy-Practice laut Burzlaff (2022b, S. 58) in den USA, um die Rolle von Sozialarbeitenden im politischen Rahmen basierend auf der Auffassung zu beschreiben, dass es in der Verantwortung der Sozialen Arbeit liegt, soziale Gerechtigkeit zu fördern. Im deutschsprachigen Raum hingegen wurde durch die folgende neoliberale Wende, welche mit einer restriktiven Sozialpolitik und einer Ökonomisierung Sozialer Arbeit einherging, im öffentlichen Fachdiskurs ein deutlicher Rückgang politischer Begründungen und Argumentationen verzeichnet. So

etwa verlor die Frage nach dem politischen Selbstverständnis laut Merten (2001b, S. 7–8) und Seithe (2012, S. 402) durch die Einführung von Steuerungs- und Kontrollinstrumenten an Bedeutung.

3.4.1 Definition

Laut Burzlaff (2022a, S. 67) basiert das Konzept der Policy-Practice auf dem Grundverständnis, dass Politiken häufig nicht lediglich die Ursache für Unterdrückung bzw. Diskriminierung und Ungerechtigkeit darstellen, sondern gleichermassen als grundlegender Faktor zur deren Behebung dienen. Jansson (2018) definiert Policy-Practice dementsprechend als «efforts to change policies in legislative, agency, and community settings, whether by establishing new policies, improving existing ones or defeating policy initiatives of other people» (S. 14). In Anlehnung an dieses Verständnis beschreibt Burzlaff (2022a, S. 68) diejenigen Handlungen von Fachpersonen der Sozialen Arbeit als Policy-Practice, anhand derer sie neue Politiken implementieren oder gestalten bzw. bereits existierende Politiken zugunsten sozialer Gerechtigkeit beibehalten, verändern und gegebenenfalls abschaffen.

In der politischen Praxis sehen Benz et al. (2014, S. 8–9) die Aufgabe der Sozialen Arbeit darin, die Interessen der Klient*innen sowie der Profession in politische Diskussionen einzubringen und effektiv sowie gegebenenfalls mit drastischen Massnahmen durchzusetzen. Ein solches Vorgehen begründen die Autor*innen mit Interessenskonflikten, welche die praktische Politik der Sozialen Arbeit prägen sowie öffentliche Skandalisierungen sozialer Probleme provozieren. Als Beispiel für die öffentliche Skandalisierung kann der mediale Diskurs um den Sozialhilfemissbrauch genannt werden (Schwegler, 2008, S. 42).

Auf die Frage, welche Fähigkeiten Fachpersonen der Sozialen Arbeit benötigen, damit sie sich erfolgreich in politische Prozesse einbringen können, gibt Jansson (2018, S. 79–84) eine Antwort, indem er vier grundlegende Kompetenzen bestimmt. Folglich müssen Sozialarbeitende zum einen analytische Fähigkeiten aufweisen, worunter beispielsweise die evidenzbasierte Informationsbeschaffung, die Identifikation alternativer Politiken sowie das Schreiben von Empfehlungen zählen. Darüber hinaus benennt er die politische Möglichkeit, Machtstrukturen zu identifizieren, die politische Realisierbarkeit abzuschätzen sowie daraus Strategien abzuleiten. Ferner verweist der Forscher auf nötige Kommunikationsfähigkeiten zur Vernetzung und Interaktion, worüber hinaus die Kompetenz des Abwägens Sozialarbeitenden in ihren politischen Handlungen sowie

Entscheidungen dabei helfen soll, sich auf ihre berufsethischen Prinzipien oder andere ethische Werte zu beziehen. An dieser Stelle ist anzumerken, dass gemäss Burzlaff (2022a, S. 233) der hochschulische Sozialisationsprozess eine zentrale Rolle spielt und eine curriculare Verankerung von Policy-Practice relevant ist. In Kapitel 3.4.3 wird auf die Rolle der Lehre vertieft eingegangen.

Während in Kapitel 3.1.3 festgestellt wurde, dass die Soziale Arbeit in Bezug auf ihre Herangehensweise an soziale Probleme vor allem am Einzelfall orientiert ist, wird in diesem Kapitel ein Unterschied deutlich. Folglich lässt sich zusammenfassend festhalten, dass es im Rahmen der Policy-Practice darum geht, soziale Probleme nicht zu individualisieren, sondern im Gegensatz dazu zu kontextualisieren. Burzlaff (2022b, S. 58) besagt dazu, dass vom Einzelfall zu abstrahieren, zu hinterfragen und gleichzeitig zu erkennen ist, wie herrschende Strukturen mithilfe einer Anpassung, Verteidigung, Neuentwicklung oder Abschaffung von Politiken zur Förderung sozialer Gerechtigkeit beeinflusst werden können.

3.4.2 Policy Practice und (partei-)politisches Engagement

Aus Kapitel 3.3 geht hervor, dass der Schweizer Berufskodex den Einsatz staatsbürgerlicher Mittel von Professionellen der Sozialen Arbeit fordert. Dies führt zur Frage, welche Aktivitäten sich unter die sogenannten staatsbürgerlichen Mittel subsumieren lassen. In der politischen Soziologie werden staatsbürgerliche Mittel als politische Partizipation verstanden, wobei in diesem Kontext weitere Begrifflichkeiten wie politische Beteiligung und politisches Engagement synonym Verwendung finden (Kaase, 2002, S. 350). Bei der politischen Partizipation handelt es sich laut van Deth (2009, S. 141) um bestimmte Verhaltensweisen, während lediglich Interesse für die Politik und die Verfolgung politischer Sendungen im Fernsehen keine Formen politischen Engagements darstellen. Entsprechend Kaases (1995, S. 521) klassischer Definition werden unter staatsbürgerlichen Mitteln in der Regel sämtliche Aktivitäten subsumiert, welche Bürger*innen aus freiem Willen vornehmen, um Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen. Dabei kann zwischen zwei Formen politischer Beteiligung differenziert werden (van Deth, 2009, S. 146). Zum einen existieren etablierte und institutionalisierte Varianten, welche als konventionelle Partizipationsformen definiert werden und im Allgemeinen einen direkten Einfluss auf das politische System bezwecken. Zum anderen ermöglichen es nicht institutionalisierte, unkonventionelle Beteiligungsformen Bürger*innen, sich ins politische Geschehen einzubringen, beispielsweise mithilfe von Produktboykotten und Demonstrationen. Deren Einfluss erfolgt im Vergleich zu konventionellen

Formen indirekt und es ist kein unmittelbarer Kontakt zu politischen Vertreter*innen gegeben.

Hervorzuheben ist an dieser Stelle, dass politische Partizipation entsprechend dem Verständnis der Sozialforschung nicht mit Policy-Practice gleichzusetzen ist, obwohl ein Konsens hinsichtlich ihres Zwecks besteht, auf politische Prozesse und Entscheidungstragende Einfluss zu nehmen (Burzlaff, 2022b, S. 63). Gal und Weiss-Gal (2014, S. 6) zufolge umfasst Policy-Practice jedoch vereinfacht ausgedrückt diejenigen Aufgaben von Sozialarbeitenden, die im Rahmen ihrer beruflichen Verantwortung eine Änderung der Politik zum Wohle ihrer Klient*innen dienen. Dabei erfordern Handlungen von Sozialarbeitenden, welche im Sinne der Policy-Practice vorgenommen werden, nicht nur bestimmte Fertigkeiten und Kompetenzen sowie spezifisches Fachwissen, sondern müssen aus dem jeweiligen professionellen Auftrag resultieren (Burzlaff, 2022b, S. 63). Dagegen beinhaltet politische Partizipation grundsätzlich unterschiedliche Arten, sich als Bürger*in und demzufolge als Fachperson der Sozialen Arbeit in die Politik einzubringen. Ein politisches Engagement von Sozialarbeitenden kann im Sinne des Policy-Practice Konzepts, als eine bestimmte Möglichkeit aufgefasst werden, um explizit auf strukturelle Probleme bzw. Veränderungen hinzuwirken (Burzlaff, 2022a, S. 80). Gemäss Gal und Weiss-Gal (2014, S. 5) fallen jedoch politische Handlungen in diesem Sinne lediglich dann unter Policy-Practice, wenn sie zum einen nicht generellem, freiwilligem gesellschaftspolitischem Engagement zuzuschreiben sind, sondern professionelle Interventionen darstellen, und sich zum anderen im Verantwortungsbereich der Sozialen Arbeit verorten lassen. Zudem müssen die Aktionen einen direkten Zusammenhang mit dem jeweiligen sozialarbeiterischen Auftrag aufweisen und das Ziel verfolgen, Probleme langfristig zu lösen. Bezogen auf das politische Engagement von Sozialarbeitenden unterscheidet Weiss-Gal (2017, S. 248) im Rahmen des Policy-Practice-Konzepts folglich zwischen zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen, einer sogenannten professional route und einer civic route. Während der professionelle Weg auf dem vielfältigen politischen Auftrag der Sozialen Arbeit basiert, stimmt die bürgerliche Form bzw. der bürgerliche Weg grundsätzlich mit der freiwilligen politischen Partizipation nach dem Verständnis der Politikwissenschaft überein, welches zuvor in Kapitel 3.4.2 beschrieben wurde (Dischler & Kulke, 2021, S. 4). Laut Weiss-Gal (2017, S. 257) kann die Unterscheidung zwischen den politischen Vorgehensweisen Fachpersonen der Sozialen Arbeit als Übersicht über die vielfältigen effektiven Mittel dienen, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, um die soziale Gerechtigkeit zu fördern. Gleichermassen kann sie für Lehrende ein nützliches heuristisches Instrument darstellen, um Studierenden der Sozialarbeit

Optionen für politisches Engagement vorzustellen und sie darauf vorzubereiten, ihre staatsbürgerlichen Mitteln einzusetzen. Auf die weiterführenden Differenzierungen, welche Weiss-Gal (2017, S. 248) innerhalb der professional route und civic route aufzeigt, wird nachfolgend nicht weiter eingegangen, weil sie für die vorliegende Master-Thesis irrelevant sind.

Im Zusammenhang mit Policy-Practice ist an dieser Stelle zusätzlich auf die Ergebnisse der qualitativen Untersuchung von Amann (2019, S. 25–26) zu verweisen, bei welcher die Politisierungsprozesse von aktiv parteipolitisch engagierten Fachpersonen der Sozialen Arbeit, anhand biografischen Interviews analysiert wurden. Die interviewten Personen haben angegeben, dass ihre Entscheidung für parteipolitisches Engagement mehrheitlich aus ihrer praktischen Tätigkeit als Professionelle der Sozialen Arbeit resultiert. Die Erkenntnis, dass die Bearbeitung sozialer Problemlagen der Klient*innen in der Einzelfallarbeit nur begrenzt möglich ist, stellt demnach einen Motivator für die Befragten dar, sich auf politischer Ebene aktiv einzusetzen. Vor diesem Hintergrund lässt sich das parteipolitische Engagement im Sinne von Policy-Practice (Weiss-Gal (2014, S. 5) als eine politische Intervention verstehen.

3.4.3 Die Rolle der Lehre

In den vorangegangenen Abschnitten 3.4.1 und 3.4.2 fand eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Werken und Studien in Bezug auf Policy-Practice statt, welche einen Anregungsversuch zur Umsetzung des politischen Auftrags in der Praxis Sozialer Arbeit darstellen. Dabei erweist sich im Besonderen der hochschulische Sozialisationsprozess als entscheidender Faktor dafür, dass Professionelle der Sozialen Arbeit im Sinne der Policy-Practice auf strukturelle Veränderungen hinwirken (Burzlaff, 2022b, S. 16; Dischler & Kulke, 2021, S. 12; Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 190; Kulke & Schmidt, 2019, S. 311). Die Begründung dafür lautet gemäss Burzlaff (2022b, S. 16), dass die Ausbildung von Sozialarbeitenden auf Tertiärstufe nicht lediglich die Entwicklung eines entsprechenden Selbstverständnisses fördert, sondern ebenso darüber bestimmt, ob Fähigkeiten und Wissen für politische Partizipation im Kontext der Sozialen Arbeit vermittelt werden. Auch nach Dischlers und Kulkes (2021, S. 12) Ansicht lässt sich die Aufgabe der Befähigung Sozialarbeitender, einen Beitrag zu einer sozialen Politik zu leisten, primär den Lehrenden zuordnen.

Rieger (2019, S. 14) merkt kritisch an, dass es unabhängig davon, ob es sich um klassische Methoden der Einzelfallhilfe, Gemeinwesenarbeit oder neuartige Methoden wie

Case-Management, Mediation oder Empowerment handelt, stets um die Instruktion zur Bearbeitung konkreter Fälle in Bezug auf Situationen spezifischer Individuen geht. Der gegenseitige Bezug zwischen Politikwissenschaft und der Lehre der Sozialen Arbeit fällt laut Benz und Rieger (2015, S. 11–12) dagegen zu gering aus, weshalb sie die fehlende forschungspraktische Verankerung und theoretische Aufarbeitung in der Lehre kritisieren. Darüber hinaus besagen sie, dass die Entwicklung und Struktur des Sozialstaats sowie die Reflexion normativer sozialpolitischer Rahmenbedingungen zwar im Vordergrund stehen, aber erforderliche Kompetenzen zur Politikanalyse selten systematisch studiert oder gelehrt werden. Es existiert im deutschsprachigen Raum keine Evaluation darüber, ob und inwiefern politikbezogene Module im Rahmen des Bachelor- sowie Masterstudiengangs Sozialer Arbeit die erforderlichen Kompetenzen erfolgreich zu lehren vermögen (Rieger, 2019, S. 12), allerdings berichten Untersuchungen von Problemen und Herausforderungen bei der Vermittlung sozialarbeitsrelevanter politischer Inhalte im Studium. Im Vergleich zu Fachpersonen der Sozialen Arbeit zeigen Studierende der Sozialen Arbeit ein eingeschränktes Interesse an Politik und schätzen ihre politischen Kompetenzen gering ein (Rieger, 2019, S. 12). Kulke und Schmidt (2019, S. 310–311) stellten im Rahmen ihrer Studie fest, dass Fachkräfte der Sozialen Arbeit zwar stärkeres politisches Interesse äussern, sich in diesem Bereich jedoch inkompetent fühlen. So lässt sich festhalten, dass fehlendes Grundwissen zu Politik bzw. defizitäre Allgemeinbildung im Zusammenhang mit mangelndem Verständnis für politische Zusammenhänge und Fragestellungen eine kompetenzorientierte Entwicklung politischer Sozialer Arbeit nahelegt (Rieger, 2019, S. 12–13).

In Anlehnung an ihre internationale Studie zur Policy-Practice führen Gal und Weiss-Gal (2014, S. 202) die Marginalität der Policy-Practice in der Sozialen Arbeit auf die begrenzte Aufmerksamkeit zurück, welche ihr im Prozess der beruflichen Sozialisation zuteilwird. Gleichermassen stellen sie fest, dass die Einbeziehung der Policy-Practice in die Ausbildung Sozialer Arbeit mit einem stärkeren Engagement der Sozialarbeitenden in der politischen Praxis einhergeht. Der Frage, inwiefern ein Studium Sozialer Arbeit die politische Partizipation erhöht, gingen auch Lane et al. (2018, S. 13–14) in ihrer Untersuchung nach, die klare Nachweise lieferte. Es wurden an zwei Universitäten Seminare in Political Social Work angeboten und mithilfe von Pre- sowie Posttests belegt, dass die Absolvierung des Trainingsprogramms bei Studierenden der Sozialen Arbeit zu einer signifikanten Steigerung ihrer künftig geplanten politischen Aktivität geführt hat. Die Anzahl der Studienteilnehmenden, die in Zukunft auf lokaler Ebene für ein politisches Amt kandidieren wollen, stieg beispielsweise von 37 Prozent auf 68 Prozent (Kindler, 2021,

S. 99). Für Sozialarbeitende ist demzufolge eine Politiklehre erforderlich, die nicht lediglich ein basales Regierungspolitikverständnis unterbreitet, sondern die Vermittlung Policy-Practice-bezogenen Wissens und dementsprechender Strategien mit dem Ziel beinhaltet, Kompetenzen zur Politikgestaltung zu erproben und zu entwickeln (Burzlaff, 2022, S. 76).

Als Zwischenfazit ist an dieser Stelle festzuhalten, dass die Soziale Arbeit in vielfältiger Weise auf Politik angewiesen und darüber hinaus auf Mikro-, Meso- sowie Makroebene in politische Prozesse involviert ist. Ein politischer Auftrag Sozialer Arbeit ergibt sich vor allem aus dem Ethikkodex mit der Begründung der Förderung sozialer Gerechtigkeit. Durch den Ethikkodex entsteht gleichermassen die Aufforderung zu Policy-Practice, die auf bürgerliche oder professionelle Weise stattfinden kann. In diesem Kontext liegt die Notwendigkeit zur entsprechenden Befähigung der Fachpersonen Sozialer Arbeit nahe, weshalb der Lehre eine zentrale Rolle zugesprochen wird. Nach der Auseinandersetzung mit dem politischen Element der Sozialen Arbeit folgt im nächsten Abschnitt die Erläuterung der TPB als Ausgangsmodell der empirischen Forschung, in deren Operationalisierung unter anderem konkrete Bezüge zum bisher geführten Diskurs hergestellt werden.

4. Einbettung der Theorie des geplanten Verhaltens

Während sich Personen wie Gysi (2018) parteipolitisch engagieren, üben andere Fachpersonen der Sozialen Arbeit trotz Befürwortung politischer Sozialer Arbeit kein politisches Amt aus (Kindler, 2019b, S. 91). Es stellt sich somit die Frage, weshalb sich einige Fachpersonen der Sozialen Arbeit dafür entscheiden, ihre staatsbürgerlichen Mitteln zu nutzen, während andere hierauf verzichten. Auf diese und andere Unklarheiten in Bezug auf das Verhalten liefert die von Fishbein und Ajzen begründete TPB Antworten bzw. Hinweise (Rossmann, 2021, S. 11), wobei sie dazu dient, das Verhältnis zwischen der Einstellung und dem Verhalten von Fachpersonen der Sozialen Arbeit theoretisch zu analysieren. Zudem kann die TPB laut Graf (2007, S. 38) überall dort zweckmässig zum Einsatz kommen, wo die Erfassung von Verhaltensursachen sowie die Anpassung von Handlungsweisen angestrebt wird. Bevor der gewählte Theorieansatz im Rahmen der empirischen Forschung operationalisiert werden kann, findet zunächst eine theoretische Erklärung statt.

4.1 Theorie des geplanten Verhaltens

Im Rahmen der Sozialpsychologie wurden in der Vergangenheit gemäss Garms-Homolová (2020, S. 24) zahlreiche Annahmen zur Vorhersehbarkeit von Verhalten durch Einstellungen empirisch nicht eindeutig bestätigt, wodurch sich die verbreitete Hypothese, dass eine positive Einstellung gegenüber einem Verhalten stets mit einer positiven Intention bzw. Handlungsweise einhergeht, als zweifelhaft erwies (Graf, 2007, S. 32). Auch Ajzen und Fishbein (2005, S. 175) zufolge verloren Einstellungen ihre Bedeutsamkeit hinsichtlich der Vorhersage von Verhalten. An dieser Stelle äusserten Fishbein und Ajzen (1975, S. 405) Kritik dahingehend, dass in der Einstellungsforschung die Bedeutsamkeit anderer Variablen nicht systematisch erforscht wurde. Die unzureichende Korrelation zwischen Einstellung und Verhalten kann demnach einerseits auf die Mehrdimensionalität des Einstellungskonzepts zurückgeführt werden, andererseits auf die fehlende Berücksichtigung anderer Variablen wie Normen und Persönlichkeitseigenschaften, die Handlungen erheblich beeinflussen (Haunberger, 2011, S. 142). Vor diesem Hintergrund analysierten Wissenschaftler*innen Bedingungen, worunter die Erklärung eines Verhaltens möglich ist. Nach Garms-Homolová (2020, S. 9) wird beispielsweise im mehrdimensionalen Strukturmodell der Einstellung zwischen drei Einstellungskomponenten differenziert, wobei die affektiven Bestandteile Vorlieben, gefühlsbetonte Evaluationen sowie subjektive Gefühlszustände umfassen, wohingegen kognitive Elemente aus Meinungen, Glaubensgrundsätzen und Überzeugungen bestehen. Zuletzt setzt sich die konative Komponente aus Verhaltensabsichten und -tendenzen zusammen. Das

Verhalten kann laut Fishbein und Ajzen (1975, S. 24) nur unzureichend erklärt werden, weil durch einen einzigen Messwert die Wiedergabe aller drei Komponente nicht angemessen gelingen kann. Um den Zusammenhang mit der Einstellung adäquat zu erklären, entwickelte zunächst der israelisch-amerikanische Sozialpsychologen Ajzen gemeinsam mit dem amerikanischen Psychologen Fishbein im Jahr 1980 die Theorie des überlegten Handelns (TRA) (Ajzen, 1991, S. 181; Graf, 2007, S. 34), in deren Rahmen nebst der Einstellung andere Einflussgrößen zur Vorhersage von Verhalten operationalisiert werden (Graf, 2007, S. 34). Gemäss Haunberger (2011, S. 141) und Graf (2007, S. 34) greift die TRA zur vollständigen Bestimmung einer Handlung durch die entsprechende Absicht zum einen auf die verhaltensbezogene Einstellung und zum anderen auf die subjektive Norm zurück. Damit die TRA jedoch Gültigkeit besitzt, müssen gemäss Ajzen und Fishbein (1980) zwei essenzielle Grundprämissen gegeben sein. Demnach basiert die TRA auf der Annahme, dass Menschen rational denken sowie handeln und die Bedeutung ihres entsprechenden Verhaltens unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informationen bewusst antizipieren, woraufhin sie entscheiden, ob sie eine bestimmte Handlung ausführen. Zudem müssen sie in der Lage sein, gewisse Verhaltensweisen problemlos einzusetzen, sofern sie dies wünschen. Somit steht die zu erklärende Handlung unter willentlicher Kontrolle. An dieser Stelle ist in Anlehnung an Rossmann (2021, S. 13) allerdings anzumerken, dass sich Menschen teilweise unzureichend mit der Bedeutung ihres Verhaltens oder ihren Intentionen auseinandersetzen, etwa beim Ernährungsverhalten, in dessen Rahmen sich Gewohnheiten automatisieren und langfristig manifestieren können. Gerade wenn Menschen ausserstande sind, ein bestimmtes Verhalten umzusetzen, etwa aufgrund eines Mangels an zeitlichen und monetären Ressourcen oder Fähigkeiten, ist die TRA ebenso unzureichend, weil sie kein nicht bewusst überlegtes und willentlich unkontrollierbares Verhalten erklären kann. Daher erfolgte laut Haunberger (2011, S. 141) eine Modifizierung der TRA zur Berücksichtigung des fehlenden Aspekts durch die Erweiterung um eine dritte Komponente, der sogenannten wahrgenommenen Verhaltenskontrolle. Die TPB baut somit auf der TRA auf, indem letzterer Aspekt als weiterer Prädiktor der Verhaltensintention hinzugefügt wird (Ajzen, 1991, S. 181).

4.1.1 Das Kernmodell

Im vorherigen Kapitel 4.1 wurde erläutert, weshalb und inwiefern an der TPB eine Revision sowie eine Erweiterung vorgenommen wurde. Nachfolgend wird auf das sogenannte Kernmodell der TPB als erste Theorieebene mit den einzelnen Komponenten

und deren Zusammenhänge eingegangen, das in der nachfolgenden Abbildung 1 dargestellt wird.

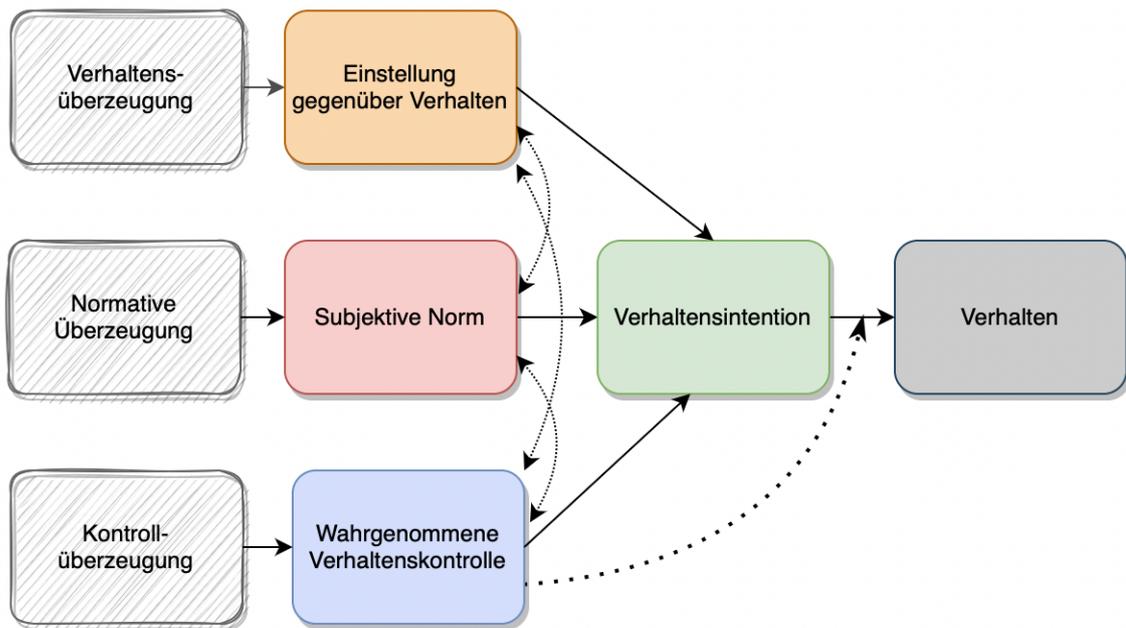


Abbildung 1. Erste Ebene der Theorie des geplanten Verhaltens

Quelle: Eigene Darstellung (Ajzen, 2005, S. 126)

Aus Abbildung 1 geht hervor, dass die Verhaltensintention einen bedeutenden Prädiktor für die Ausführung einer spezifischen Handlung darstellt, weil sie diese voraussagen kann. Demnach erklärt das Kernmodell das Verhalten als Folge einer Verhaltensintention. An den gesetzten Pfeilen können die Einflussrichtungen abgelesen werden, wobei die Pfeile darstellen, dass das Verhalten nicht direkt von der Einstellung, der subjektiven Norm oder der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle beeinflusst wird, sondern diese lediglich auf die entsprechende Intention wirken. Die gebogenen Pfeile zwischen den drei Prädiktoren der Verhaltensabsicht weisen zudem auf ihre gegenseitige Beeinflussung hin, während der gestrichelte Pfeil die Prüfung durch die wahrgenommene Verhaltenskontrolle abbildet. Eine ausführliche Erklärung der einzelnen Komponenten des Kernmodells findet in den folgenden Unterkapiteln statt.

4.1.1.1 Verhalten

Nach Rossmann (2021, S. 14) ist für das Verständnis konkreter Handlungen sowie die Operationalisierung der Zusammenhänge von Einstellung und Verhalten massgeblich, Letzteres im Hinblick auf Handlung, Ziel, Kontext sowie Zeit zu spezifizieren. Nach Ajzen (2005, S. 85) wird dafür der Begriff des Kompatibilitäts- oder Korrespondenzprinzips verwendet. Fishbein und Ajzen (2010, S. 44) zufolge müssen nach dem Kompatibilitäts-

bzw. Korrespondenzprinzips die Variablen bzw. die im Rahmen der TPB spezifizierten Modellkomponenten den gleichen Spezifikationsgrad haben. In Anlehnung an die TPB wird das spezifische Verhalten, über welches ein Individuum nachdenkt, von einer konkreten Intention am besten vorhergesagt (Ajzen, 1991, S. 15). Die vorliegende Untersuchung fokussiert im empirisch-methodischen Teil auf Basis der TPB als Verhalten das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Hierbei lässt sich das Verhalten im Rahmen eines politischen Engagements, wie in Kapitel 3.4.2 erläutert, als eine konventionelle Partizipationsform verstehen. Demnach wird im Kontext dieser Arbeit das Verhalten spezifisch definiert als die Ausübung eines politischen Amtes in der Legislative oder Exekutive auf kommunaler, kantonaler oder nationaler Ebene. Der zu Beginn formulierten Fragestellung entsprechend wird in der quantitativen Untersuchung die Absicht ein politisches Amt auszuüben als abhängige Variable verwendet. Im Rahmen dieser Master-Thesis ist demzufolge primär die Intention Gegenstand der Betrachtung.

4.1.1.2 Intention

Gemäss Ajzen und Fishbein (1980, S. 5) wurde die Verhaltensintention im Rahmen der TRA als alleinige und unmittelbare Determinante einer Handlung dargestellt, weshalb sie als Mass für die Wahrscheinlichkeit verstanden wird, mit welcher eine Person ein spezifisches Verhalten ausführen wird (Ajzen & Fishbein, 1980, S. 42). Je stärker die Absicht ist, sich auf ein bestimmtes Verhalten einzulassen, desto höher fällt demnach die Wahrscheinlichkeit aus, dass eine entsprechende Handlung ausgeführt wird. Mithilfe dieses Grundsatzes beschreibt Ajzen (1991, S. 181) den Zusammenhang zwischen Verhalten und Intention.

Damit sich ein bestimmtes Verhalten vorhersagen lässt, müssen laut Ajzen und Fishbein (1980, S. 51) zwei Bedingungen vorliegen. Da die Verhaltensintention gleichermassen wie das tatsächliche Verhalten in Bezug auf Handlung, Ziel, Kontext sowie Zeit spezifiziert werden kann, basiert die erste Kondition auf dem bereits dargelegten Kompatibilitätsprinzip, wonach Intention sowie Verhalten korrespondieren müssen (Ajzen, 2005, S. 86; Rossmann, 2021, S. 17). In Hinblick auf die zweite Bedingung muss laut Rossmann (2021, S. 17) zwischen der Messung der Intention sowie dem tatsächlichen Verhalten zeitliche Stabilität vorliegen, denn nach Ajzen (1985, S. 12) können sich Absichten im Laufe der Zeit ändern. Je länger das Zeitintervall ist, desto höher liegt dabei die Wahrscheinlichkeit, dass unvorhergesehene Ereignisse zur Änderung einer Absicht führen; so kann beispielsweise eine Fachperson der Sozialen Arbeit unmittelbar nach dem

Studium die Ambition hegen, sich parteipolitisch zu engagieren, durch eine Schwangerschaft kann diese Absicht jedoch aufgrund fehlender zeitlicher Ressourcen nachlassen. Wird also die Intention direkt nach dem Studium und das tatsächliche Verhalten während der Familienplanung gemessen, «so würde man aus den Befunden fälschlicherweise schliessen, dass sich das Verhalten nicht aus der Verhaltensintention vorhersagen lässt, obwohl dies zum entsprechenden Zeitpunkt durchaus der Fall gewesen wäre» (Rossmann, 2021, S. 17). Anschliessend werden die Prädiktoren bzw. Determinanten der Intention dargestellt, weil die TPB nicht lediglich zur Vorhersage, sondern ebenso zur Erklärung menschlichen Verhaltens konzipiert wurde (Ajzen & Fishbein, 1980, S. 54).

4.1.1.3 Einstellung

Als erste Determinante der Verhaltensintention gilt die Einstellung, welche als Ausmass einer positiven oder negativen Bewertung des zu erklärenden Verhaltens durch das Individuum verstanden wird (Ajzen, 1991, S. 188). Zudem setzen Fishbein und Ajzen (1980, S. 55) einen positiven Zusammenhang zwischen der Einstellung zur einer Handlung sowie der Verhaltensintention voraus, wobei Rossmann (2021, S. 18) an dieser Stelle auf einen Unterschied zu anderen Einstellungskonzepten in der Sozialpsychologie hinweist. Die TPB fokussiert demnach nicht die Einstellung gegenüber Objekten, Menschen oder Institutionen, sondern beschäftigt sich ausschliesslich mit kognitiven, affektiven und konativen Reaktionen auf ein spezifisches Verhalten. Zudem erwähnt der Forscher, dass eine Charakterisierung hinsichtlich instrumenteller und erfahrungsbezogener Aspekte möglich ist, wobei beispielsweise die Nützlichkeit und Unterhaltsamkeit eine Rolle spielen können. Die nahe liegende Frage nach der Einstellungsänderung ist ebenfalls von Interesse für die vorliegende Arbeit, weil daraus gegebenenfalls Empfehlungen abgeleitet werden können. Auf die Änderung oder Beeinflussung der drei Determinanten bzw. Prädiktoren hinsichtlich der Verhaltensintention kann jedoch im Rahmen dieser Forschung nur in begrenztem Umfang eingegangen werden, weil diese nicht primär im Fokus stehen, sondern vielmehr ihre empirische Erfassung.

Ajzen (1975, zitiert nach Garms-Homolová, 2020, S. 31) bezeichnet eine Einstellungsänderung grundsätzlich als «die Veränderung der subjektiven Wahrscheinlichkeit, dass die Konsequenzen vom nachfolgenden Verhalten neu bewertet werden». Folglich stellt sich die Frage wie eine solche Einstellungsänderung erfolgen kann. Nach Garms-Homolová (2020, S. 32) beeinflusst die Kommunikation die Einstellung am stärksten. Die Theorie der persuasiven Kommunikation bildet kommunikative Prozesse ab, welche primär die Einstellungsänderung einer Person mithilfe überzeugender Argumente und

Botschaften bezwecken (Werth, Denzler & Mayer, 2020, S. 271), wobei nach Garms-Homolová (2020, S. 36) zentral ist, dass das Individuum anhand persuasiver Kommunikationselemente zum Nachdenken angeregt wird. Einen weiteren bedeutenden Einfluss auf die Einstellung einer Person hat das Streben nach Konsistenz. Laut Werth et al. (2020, S. 261) beschreibt kognitive Dissonanz einen als unangenehm empfundenen Zustand, bei dem zwei Gedanken oder Überzeugungen miteinander unvereinbar sind, wozu auch die Diskrepanz zwischen Einstellung und Verhalten gehört. Eine solche Unstimmigkeit lässt sich durch eine Verhaltensänderung oder einen dazugehörigen Haltungswechsel auflösen. Wenn demnach die Einstellung gegenüber dem spezifischen Verhalten positiv ausfällt, aber die Fachpersonen der Sozialen Arbeit keine Absicht aufweisen, dieses Verhalten auszuführen, handelt es sich um eine kognitive Dissonanz.

4.1.1.4 Subjektive Norm

Die subjektive Norm beschreibt als zweite Determinante der Verhaltensintention den sozialen Druck, welchen das Individuum in Bezug auf das Ausführen oder Unterlassen eines bestimmten Verhaltens wahrnimmt (Ajzen, 2005, S. 117). Demnach wird davon ausgegangen, dass empfundene Erwartungen anderer Menschen und soziale Einflüsse die Intentionsbildung einer Person beeinflussen (Graf, 2007, S. 36). Laut Rossmann (2021, S. 19) entspricht die subjektive Norm in dieser Hinsicht der individuellen Wahrnehmung des sozialen Umgebungsdrucks, welcher entsteht, wenn relevante Bezugspersonen oder -gruppen ein bestimmtes Verhalten als angemessen oder unangemessen bewerten. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass die direkte Messung der subjektiven Norm im Allgemeinen Bezug auf bedeutende Personen und Gruppen nimmt (Ajzen, 2005, S. 117). Die in Kapitel 5.2.1 erfolgte Operationalisierung der einzelnen Komponenten der TPB im Kontext der Fragebogenentwicklung verdeutlicht diese Aussage.

Die Literaturrecherche hinsichtlich der Beeinflussung subjektiver Normen und normativer Überzeugungen zeigt sich wenig aufschlussreich, aufgrund fehlender Literatur. Dennoch liegt entsprechend den bisherigen Erläuterungen nahe, dass es für die Entstehung eines sozialen Umgebungsdrucks einer sozialen Interaktion mit den relevanten Bezugsgruppen bedarf. Einen diesbezüglichen Ansatzpunkt liefert die sogenannte Lernthese, welche den kulturellen Aspekt des sozialen Kapitals in den Erklärungszusammenhang politischer Partizipation einbezieht und die Entwicklung partizipationsrelevanter Werte sowie Normen als Ergebnis sozial-kognitiver Lernprozesse bezeichnet (Lütters, 2022, S. 87). Als soziale Netzwerke gegenseitiger Verpflichtungen setzt das soziale Kapital Putnam (2000, S. 20) zufolge normative Handlungsregeln fest und sorgt für kooperatives sowie

gerechtes Verhalten. In sozialen Netzwerken werden demnach entsprechende Einstellungen sowie Verhaltensorientierungen anhand der Auseinandersetzung mit positiven Rollenvorbildern sowie durch Interaktion, Imitation oder Beobachtung vermittelt (Lütters, 2022, S. 87).

4.1.1.5 Wahrgenommene Verhaltenskontrolle

Die letzte Determinante bzw. Prädiktor der Verhaltensintention stellt, wie in Kapitel 4.1 erwähnt, eine Erweiterung der TRA dar, welche auf der Grundannahme basiert, dass das Verhalten einer Person nicht lediglich durch die Intention beeinflusst wird, sondern auch durch die wahrgenommene Kontrolle (Ajzen, 1991, S. 184). Als Grund für die Aufnahme der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle gilt, dass das Verhalten oft nicht wie zunächst angenommen willentlich kontrollierbar, sondern vielmehr von diversen internen sowie externen Einflüssen abhängig ist (Rossmann, 2021, S. 24). So ist beispielsweise nicht jede Person in der Lage, ein politisches Amt auszuüben, weil dies von internen Faktoren wie notwendigen Fähigkeiten abhängt, um das entsprechende Verhalten auszuführen. Darüber hinaus können externe Kriterien wie die monetären Ressourcen eine Rolle spielen (Rossmann, 2021, S. 24). Die wahrgenommene Verhaltenskontrolle beschreibt ferner die Schwierigkeit, welche das Individuum bezüglich der Ausführung oder des Unterlassens eines bestimmten Verhaltens wahrnimmt (Ajzen, 1996, S. 132). Eine direkte Beeinflussung der Handlung liegt vor, sofern die wahrgenommene Verhaltenskontrolle einer Person vollständig ausbleibt (Graf, 2007, S. 37). Als Beispiel dafür kann die eingeschränkte politische Partizipationsmöglichkeit von Ausländer*innen in der Schweiz genannt werden, weil diese grösstenteils an die Staatsbürgerschaft gekoppelt ist (Bundesamt für Statistik [BFS], n. d.).

An dieser Stelle ist allerdings kritisch anzumerken, dass die Abgrenzung des Konstrukts der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle nach Schmitz und Perels (2006, S. 93) vom gängigen Konzept der Selbstwirksamkeit undeutlich ausfällt. Ajzen (1991, S. 196) schlägt vor, die Selbstwirksamkeit als Faktor zu definieren, der die wahrgenommene Verhaltenskontrolle beeinflusst. Angelehnt an diesen Vorschlag ist erkennbar, dass die wahrgenommene Verhaltenskontrolle gleichermassen von der Kontrollüberzeugung sowie von der Selbstwirksamkeit direkt beeinflusst wird. Auf die Differenzierung der Begriffe Kontrollüberzeugung und Selbstwirksamkeit wird hier jedoch nicht näher eingegangen, weil die Ausdrücke synonym Verwendung finden.

In Bezug auf die Änderung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle spielt laut Schmitz und Perels (2006, S. 93) die internale und externale Ursachenzuschreibung für Verhaltensweisen sowie Handlungen eine Rolle, die in der Sozialpsychologie grundsätzlich als Attribution verstanden wird (Werth et al., 2020, S. 125). Um eine internale Attribution handelt es sich dabei, wenn eine Person ihre Erfolge auf die eigenen Fähigkeiten zurückführt, wohingegen sie bei externaler Attribution externen Ursachen wie dem Zufall zugeschrieben werden (Schmitz & Perels, 2006, S. 93). Mielke (1982) fasst dies wie folgt zusammen: «Eine Person mit interner Kontrollüberzeugung lebt mit der Überzeugung, sehr viele Kontrollmöglichkeiten zu haben, während eine Person mit externer Kontrollüberzeugung glaubt, sehr wenig Kontrolle ausüben zu können» (S. 21). Die Förderung der Selbstwirksamkeit bzw. der internen Kontrollüberzeugung eines Individuums führt zu einem dazu, dass das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten gestärkt wird, während zum anderen die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung einer Intention steigt (Schmitz & Perels, 2006, S. 95).

In theoretischer Hinsicht kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Intention von Fachpersonen der Sozialen Arbeit zur Ausübung eines politischen Amtes durch ihre Einstellung, ihre subjektive Norm sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle bestimmt wird. Je positiver die Einstellung sowie die subjektiven Normen gegenüber dem betrachteten Verhalten sind und je grösser die wahrgenommene Verhaltenskontrolle ausfällt, desto stärker sollte somit eine Absicht der Sozialarbeitenden vorliegen, ein parteipolitisches Amt auszuüben. Diese Erkenntnis wird im Anschluss an die empirische Forschung erneut in Kapitel 7 aufgegriffen und im Rahmen der Diskussion kritisch reflektiert.

4.1.2 Ebene der Überzeugungen

Nach Erläuterung des sogenannten Kernmodells wird im Folgenden die zweite Ebene der TPB vorgestellt, weil das gesamte Modell mehrere Konstrukte umfasst. Laut Graf (2007, S. 37) liegen der Einstellung, der subjektiven Norm sowie der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle entsprechende Überzeugungen zugrunde, welche als Determinanten zugleich deren Ausprägungen erklären. In Anlehnung an Ajzen (1996, S. 134) kann eine Person in Bezug auf ein spezifisches Verhalten zahlreiche Überzeugungen besitzen, welche sie positiv oder negativ bewertet. Diese Einstellungen entsprechen nach Graf (2007, S. 37) der Verknüpfung zwischen einer spezifischen Handlung und den erwarteten Konsequenzen, weshalb die TPB in dieser Hinsicht als Erwartungs-mal-Wert-Theorie aufgefasst werden kann. Dieses Erwartungs-mal-Wert-Modell erklärt die

Motivation der Individuen ein bestimmtes Verhalten auszuführen sowie die Konsequenzen, welche dabei herbeigeführt werden. Dabei kann die Motivation auf die Erwartung spezifischer Handlungsergebnisse, Handlungskonsequenzen wie auch auf deren negative oder positive Evaluation zurückgeführt werden (Ajzen, 2005, S. 120-122). Die Erwartung widerspiegelt die Wahrscheinlichkeit des Auftretens einer bestimmten Konsequenz. Nach dieser Theorie wählen Individuen aus mehreren Handlungsmöglichkeiten jene aus, deren erwartete Konsequenzen in der Summe optimal ausfallen. In anderen Worten ausgedrückt ergibt die Multiplikation von Erwartung mal Wert in der Summe den subjektiven Nutzen (Fishbein & Ajzen, 1975, S. 222). Die nachfolgende Abbildung 2 stellt die Verhaltens-, die normative sowie die Kontrollüberzeugung aus der zweiten Theorieebene des TPB farblich dar, wobei die Pfeile auch auf dieser Visualisierung die entsprechenden Einflussrichtungen symbolisieren. Der Abbildung 2 kann demzufolge entnommen werden, dass die Autorin der vorliegenden Arbeit die Überzeugungen als eine zweite Theorieebene in das TPB-Modell einordnet.

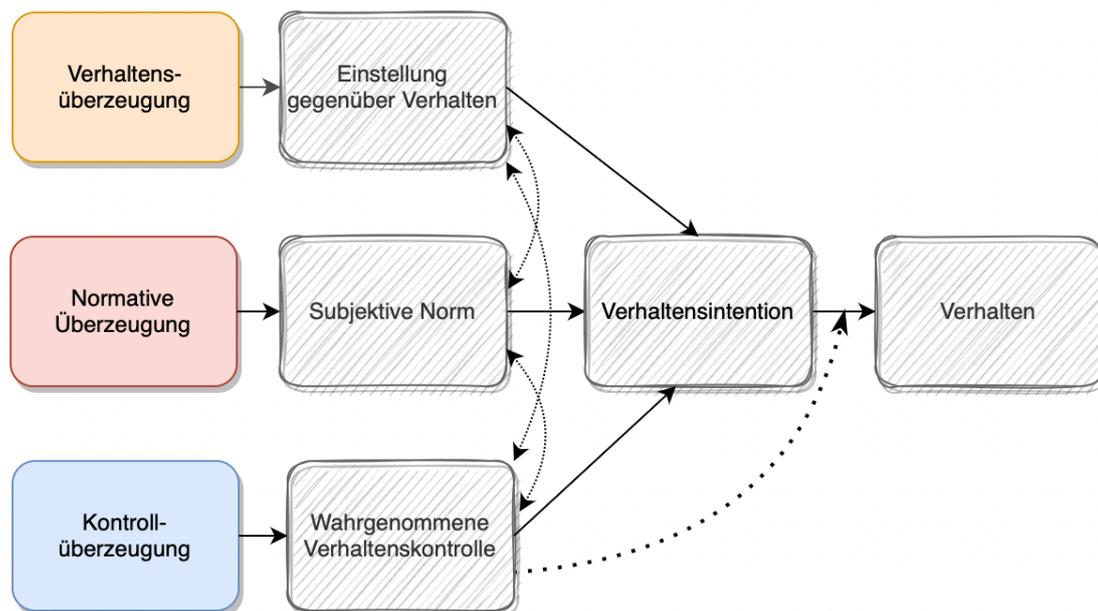


Abbildung 2. Zweite Ebene der Theorie des geplanten Verhaltens

Quelle: Eigene Darstellung (Ajzen, 2005, S. 126)

Ajzen (2005, S. 120–121) ist der Ansicht, dass die Summe der Produkte, welche aus den Überzeugungen sowie den entsprechenden Bewertungen erzeugt werden, zu einer besseren Einschätzung der einzelnen Konstrukte aus der ersten Theorieebene führen. Aus diesem Grund werden in den nächsten Unterkapiteln die einzelnen Überzeugungen näher beleuchtet.

4.1.2.1 Verhaltensüberzeugung

Gemäss Rossmann (2021, S. 20) reicht es nicht aus, lediglich die wahrgenommenen Konsequenzen eines bestimmten Verhaltens zu betrachten, wenn es darum geht die verhaltensbezogenen Überzeugungen abzuleiten. Die Überzeugungen eines Menschen in Bezug auf ein bestimmtes Verhalten können nämlich positiv und negativ ausfallen, weshalb diese Vorstellungen einerseits vom Bewertungsgrad der wahrgenommenen Folgen eines Verhaltens abhängen und andererseits von der Stärke dieser Überzeugungen selbst. Beim Bewertungsgrad handelt es sich demnach um die Frage, ob die Konsequenzen eines spezifischen Verhaltens als positiv oder negativ wahrgenommen werden. Die Überzeugungsstärke hingegen lässt sich von wahrgenommener Wahrscheinlichkeit hinsichtlich des Auftretens der Verhaltenskonsequenz ableiten. Im Rahmen der bereits genannten Erwartungs-mal-Wert-Theorie versteht sich an dieser Stelle nach Ajzen und Fishbein (1980, S. 66–67) die Produktsumme als Prädiktor für die Einstellung gegenüber einem spezifischen Verhalten. Wenn beispielsweise eine Fachperson der Sozialen Arbeit es für sehr wahrscheinlich hält, durch die Ausübung eines politischen Amtes die soziale Gerechtigkeit zu fördern und gleichermassen mögliche negative Folgen, wie die zeitliche Beanspruchung eines solchen Amtes für sehr unwahrscheinlich hält, so wird daraus eine positive Einstellung resultieren. Daraus lässt sich schliessen, dass Menschen trotz divergierenden Überzeugungen dennoch ähnliche Einstellungen besitzen können (Rossmann, 2021, S. 21).

4.1.2.2 Normative Überzeugung

Wie die verhaltensbezogene Einstellung basiert auch die subjektive Norm auf Überzeugungen einer Person, welche sich in einer Erwartungs-mal-Wert-Theorie darstellen lassen, wobei sich die Überzeugungen unterscheiden. Rossmann (2021, S. 22) zufolge handelt es sich hier um die Vorstellung, ob Referenzpersonen oder -personengruppen beispielsweise die Ausübung eines politischen Amtes gutheissen oder ablehnen. Diese Empfindungen beschreiben Ajzen und Fishbein (1980, S. 7) als normative Überzeugungen. Als bedeutende Referenzpersonen nennt Rossmann (2021, S. 22) dabei die Eltern, die Kollegschaft, enge Bekannte sowie Fachexpert*innen. Sofern die relevanten Bezugspersonen die Ausübung eines politischen Amtes begrüessen oder ein solches selbst besetzen, wird sozialer Druck aufgebaut, sodass Personen ein entsprechendes Verhalten ausführen. Im Umkehrschluss kann eine negative Bewertung sozialen Druck herstellen, die bestimmte Handlung zu unterlassen (Ajzen & Fishbein, 1980, S. 7). Wie stark der soziale Druck dabei verspürt wird, hängt nach Rossmann (2021, S. 22) von der

Motivation ab, sich an entsprechenden Referenzpersonen oder -personengruppen zu orientieren, womit die subjektive Norm auf der Produktsumme aus der normativen Überzeugung und der Motivation basiert, sich an Referenzpersonen oder -personengruppen zu orientieren (Ajzen, 2005, S. 125).

4.1.2.3 Kontrollüberzeugung

Die wahrgenommene Verhaltenskontrolle wird wie die Einstellung und die subjektive Norm von den Überzeugungen einer Person determiniert. An dieser Stelle wird der Frage nachgegangen, wie stark welche wahrgenommenen Faktoren die Ausführung eines bestimmten Verhaltens behindern oder fördern (Rossmann, 2021, S. 25). Gemäss Ajzen (2005, S. 125) dienen als Quelle der Überzeugungen in der Regel subjektive Erfahrungen, Erlebnisse anderer Personen sowie die in Kapitel 4.1.1.5 erwähnten internen und externen Faktoren. In diesem Fall bilden die kontrollspezifischen Überzeugungen die wahrgenommene Verhaltenskontrolle. Demzufolge kann beispielsweise eine Fachperson der Sozialen Arbeit zeitliche Ressourcen potenziell als Erleichterung für die Ausübung eines politischen Amtes ansehen (Ajzen, 2005, S. 125).

Die wahrgenommene Verhaltenskontrolle kann ein bestimmtes Verhalten direkt oder indirekt über die entsprechende Intention beeinflussen. Wenn sich eine Person für unfähig hält, eine spezifische Handlung auszuführen, fällt die Ausprägung der entsprechenden Intention trotz begünstigender Einstellung und subjektiver Norm niedrig aus. In dieser Hinsicht scheitert die Ausübung eines politischen Amtes durch Fachpersonen der Sozialen Arbeit nicht zwangsläufig daran, dass sie diese als negativ bewerten oder keinen entsprechenden sozialen Druck verspüren, sondern vielmehr kann die Absicht politischer Partizipation ebenso durch fehlende Fähigkeiten oder Ressourcen gemindert werden (Rossmann, 2021, S. 25–26). Die direkte Beeinflussung wurde bereits in Kapitel 4.1.1.5 anhand des Beispiels der Staatsangehörigkeit erläutert, welche einen Faktor darstellt, die eine Person nicht willentlich beeinflussen kann, sich aber dennoch direkt auf die Verhaltensaübung auswirkt (Graf, 2007, S. 37; Rossmann, 2021, S. 26).

4.1.2.4 Hintergrundfaktoren

Gemäss den Erläuterungen in den vorherigen Unterkapiteln gelten die verhaltensbezogene Einstellung, die subjektive Norm und die wahrgenommene Verhaltenskontrolle als die hauptsächlichen Prädiktoren für die Verhaltensintention, wobei sich allerdings die Frage stellt, woraus Einstellungen gegenüber einer bestimmten Handlung resultieren. Obwohl Ajzen und Fishbein (1980, S. 80) in ihren Ausführungen in Bezug auf die TPB

nicht näher auf diese Frage eingehen, können Hintergrundfaktoren laut ihnen direkten Einfluss auf persönliche sowie normative Überzeugungen haben. Demzufolge wirken sich solche Hintergrundfaktoren indirekt auf das Verhalten und die entsprechende Intention aus. Diese Annahme wird im Folgenden ins theoretische TPB-Modell integriert, mit welchem in dieser Master-Thesis gearbeitet wird. Zugunsten des Verständnisses verweist die nachfolgende Abbildung 3 auf die Komplettierung des theoretischen Modells durch eine weitere Ebene, welche aus den sogenannten Hintergrundfaktoren besteht. Laut Ajzen und Fishbein (2005, S. 196) fallen darunter allgemeine Einstellungen und vor allem soziodemografische Variablen wie Alter, Geschlecht, Zivilstand, Migrationshintergrund usw.

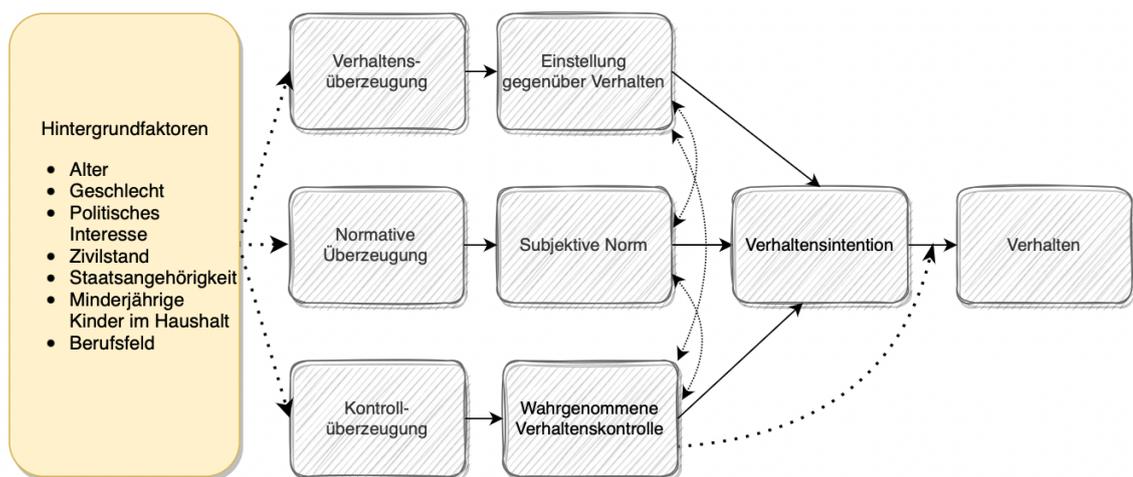


Abbildung 3. Theorie des geplanten Verhaltens ergänzt um Hintergrundfaktoren

Quelle: Eigene Darstellung (Ajzen & Fishbein, 2005, S. 194)

Der gestrichelte Pfeil in Abbildung 3 zwischen den Hintergrundfaktoren sowie den Überzeugungen verdeutlicht, dass die ausgewählten externen Variablen zwar auf die Ansichten einer Person einwirken können, dies jedoch nicht zwangsläufig zutrifft. Im Rahmen der TPB wird keine Aussage zum Einfluss der einzelnen Faktoren getroffen, weil je nach infrage stehendem Verhalten unterschiedliche Kriterien eine Rolle spielen. Um deren Relevanz hervorzusagen, bedarf es jeweils eigener Theorien (Ajzen, 2005, S. 134). Gemäss Graf (2007, S. 41) wird die gesamte Theorie mit Einbezug der Hintergrundfaktoren selten operationalisiert, weil Fragebogen, welche das vollständige Modell berücksichtigen, übermässig umfangreich ausfallen. In der vorliegenden Master-Thesis werden bestimmte Hintergrundfaktoren zwar berücksichtigt, jedoch ist zu erwähnen, dass es sich dabei um keine abschliessende Aufzählung handelt.

4.2 Fragestellungen der empirischen Forschung

Im Rahmen der vorliegenden Master-Thesis werden im Wesentlichen drei Fragenkomplexe bearbeitet, zu deren Untersuchung die vorgestellte TPB zugrunde gelegt wird. Zu Beginn wurde in Kapitel 1.3 die leitende Fragestellung aufgezeigt, wonach herauszufinden ist, inwiefern die Einstellung, subjektive Norm wie auch die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zur Ausübung eines politischen Amtes vorhersagen können. Um dieser Hauptfrage mittels einer empirischen Untersuchung nachzugehen, werden die folgenden drei Teilfragen formuliert, wobei es bei der ersten Forschungsfrage in erster Linie darum geht, die konkrete Verhaltensintention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zu ermitteln. Im Rahmen der zweiten Forschungsfrage werden als spezifizierte Modellkomponenten zur Erklärung der Verhaltensintention die klassischen Prädiktoren analysiert, d. h. zum einen die Einstellung, die subjektive Norm und die wahrgenommene Verhaltenskontrolle und zum anderen die entsprechenden Überzeugungen. Als Betrachtungsgegenstand der dritten Forschungsfrage dienen wiederum die Hintergrundfaktoren.

Hauptfragestellung:

Inwiefern können die Einstellung, subjektive Norm wie auch die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit zur Ausübung eines politischen Amtes vorhersagen?

Teilfrage 1:

Inwiefern beabsichtigen Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Laufe ihrer Tätigkeit ein parteipolitisches Amt auszuüben?

Teilfrage 2:

Welche Bedeutung kommt den in der TPB spezifizierten Modellkomponenten zur Erklärung der Verhaltensintention bei?

Teilfrage 3:

Welchen zusätzlichen Beitrag können im Rahmen der TPB die Hintergrundfaktoren, über die klassischen Prädiktoren hinaus, zur Erklärung der Verhaltensintention leisten?

5. Methodisches Vorgehen

Bisher bestand das zentrale Interesse der vorliegenden Arbeit darin, einen theoretischen Rahmen für die Untersuchung zu schaffen. Im zweiten Hauptteil dieser Master-Thesis findet nun eine empirische Forschung mittels einer quantitativen Onlinebefragung und deren statistischer Auswertung statt, wovon die methodische Vorgehensweise im Hinblick auf die Stichprobenziehung, die Fragebogenentwicklung, den Pretest sowie die verwendeten Erhebungs- und Auswertungsmethoden erläutert wird.

5.1 Zugang zum Feld und Stichprobenrekrutierung

Im Rahmen der vorliegenden Master-Thesis wurde zu Beginn festgelegt, dass die Mitglieder des schweizerischen Berufsverbandes AvenirSocial als empirische Grundgesamtheit angestrebt werden sollen. Um die Erhebung mit sämtlichen Mitgliedern aus der Schweiz durchzuführen, wurde die Geschäftsleitung des Berufsverbandes AvenirSocial direkt per E-Mail für eine Teilnahme angefragt. Diese Anfrage wurde jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen abgewiesen. Durch eine Bekanntschaft konnte allerdings bilateral ein Zugang zum Berufsverband AvenirSocial der Region Ostschweiz hergestellt werden, welche die Kantone Thurgau, St. Gallen, Appenzell Innerrhoden und Appenzell Aargau, Glarus und das Fürstentum Liechtenstein umfasst. Die AvenirSocial-Regionalleitung Ostschweiz willigte in die Teilnahme an der empirischen Forschung ein und erklärte sich bereit, die erstellten Fragebogen an die 440 Mitglieder zu versenden. Demnach bilden die Grundgesamtheit dieser Forschung 440 Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die zugleich Mitglieder des Berufsverbands AvenirSocial der Region Ostschweiz darstellen. Weil die Online-Fragebogen per E-Mail an alle Mitglieder verschickt wurden, handelt es sich in diesem Kontext um eine Vollerhebung; nach Döring und Bortz (2016, S. 293) sind Vollerhebungen möglich, sofern es sich um effektiv erreichbare sowie überschaubare Populationen handelt. Zudem bestand für alle 440 Fachpersonen der Sozialen Arbeit dieselbe Wahrscheinlichkeit, die Einladung zur Teilnahme an der Online-Befragung zu erhalten, sodass eine probabilistische Stichprobe vorlag (Döring & Bortz, 2016, S. 311).

5.2 Messinstrument

Die Entwicklung eines adäquaten Messinstruments umfasst unterschiedliche Arbeitsschritte, welche im Wesentlichen die Operationalisierung der zentralen Modellkomponenten, einen Pretest der ausgewählten Frage- und Antwortkategorien sowie gegebenenfalls deren Anpassung beinhalten. Somit sind die verschiedenen Phasen der

Fragebogenentwicklung Bestandteil der nachfolgenden Abschnitte. Zu Beginn erfolgt jedoch im Hinblick auf den Einsatz von Ratingskalen ein verkürzter Exkurs.

5.2.1 Exkurs: Einsatz von Ratingskalen

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit findet die Fragebogenentwicklung, vor dem Hintergrund der TPB statt und es werden Likert-Skalierungen angewendet. Laut Häder (2019, S. 102) stellen Likert-Skalierungen eine sogenannte Technik der summierten Einschätzungen dar, die aufgrund ihrer einfachen Umsetzung beliebt ist. Die im Fragebogen verwendeten Antwortformate der einzelnen Items stützen sich auf die Empfehlungen sowie Beispiele von Ajzen (2006), Graf (2007) und Francis et al. (2004), wobei mehrheitlich siebenstufige Adjektiv- und Ratingskalen Verwendung fanden. In Bezug auf die Verbalisierung der Kategorien empfiehlt Franzen (2019, S. 849), an den Endpunkten siebenstufiger Skalen extreme Formulierungen zu wählen.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Diskussion um die Gestaltung von Ratingskalen in Fragebogen bis dato unabgeschlossen ist (Haunberger, 2011, S. 209). Hier bringt Bosnjak (2002, S. 87) die Kritik an, dass im Zuge der Fragebogenentwicklung bei Ajzen (1991) generell unklar bleibt, ob bei der Erwartungs- und Wertkomponente eher eine bipolare, unipolare oder gemischte Skalierung angebracht ist. Aus diesem Grund sieht auch Haunberger (2011, S. 209) die Nutzung jeweiliger Empfehlungen a priori als unproblematisch.

Döring und Bortz (2016, S. 251) zufolge werden in der empirischen Forschungspraxis Ratingskalen mit mindestens fünf Stufen und gleichabständiger Etikettierung meist als intervallskaliert betrachtet, womit vorausgesetzt wird, dass die Abstände zwischen den sieben Ausprägungen stets identisch sind (Häder, 2019, S. 99). Diese Annahme liegt ebenso der vorliegenden Master-Thesis zugrunde. Auf diese Weise ist es beispielsweise möglich, effektiv interpretierbare Mittelwerte zu bilden und statistischen Analyseverfahren anzuwenden, die für intervallskalierte Daten vorgesehen sind (Döring & Bortz, 2016, S. 251). Aufgrund der Intervallskalierung wird die Voraussetzung der linearen Regression erfüllt, dass die zu erklärende Variable, welche im Rahmen dieser Arbeit die Verhaltensintention darstellt, ein metrisches Skalenniveau aufweist (Urban & Mayerl, 2011, S. 14). Franzen (2019, S. 847) rät von Ratingskalen mit weniger als fünf Ausprägungen ab, wohingegen mehr als sieben oder neun Antwortkategorien keine weiteren Vorteile generieren, denn Schätzurteile auf Ratingskalen können Befragte überfordern, sofern sie durch sorgfältiges Nachdenken zu fundierten Urteilen kommen wollen (Döring &

Bortz, S. 2016. S. 249). Es existiert jedoch die Vermutung, dass Befragte mit einem höheren Bildungshintergrund ausdifferenzierte Skalenstufen effektiver nutzen können (Franzen, 2019, S. 47). In dieser Hinsicht sollte Fachpersonen der Sozialen Arbeit der Umgang mit siebenstufigen Skalen gelingen, weil sie betreffend ihres Bildungsstands eine homogene Gruppe darstellen.

5.2.2 Operationalisierung der Theorie des geplanten Verhaltens

In den nachfolgenden Unterkapiteln 5.2.2.1 bis 5.2.2.8 wird zum einen die konkrete Operationalisierung der Verhaltensintention, zum anderen die der drei Konstrukte Einstellung, subjektive Norm, wahrgenommene Verhaltenskontrolle sowie die der Hintergrundfaktoren erläutert. Dabei ist die Präsentation der einzelnen Items für ihre direkte und indirekte Messung Gegenstand der Betrachtung, worüber hinaus anderweitig relevante Schritte der Operationalisierung dargestellt werden. Trotz Empfehlung von Ajzen (1991, S. 192), vor jeder Hauptuntersuchung die jeweils relevanten Überzeugungen im Rahmen einer empirischen Vorstudie zu ermitteln, wurde in der vorliegenden Master-Thesis aus zeitlichen Gründen auf ein solches Vorgehen verzichtet. Bei der Konstruktion des Fragebogens im Rahmen der TPB dienten unter anderem die Anleitungen von Ajzen (2006), Graf (2007), Francis et al. (2004) sowie Fischbein und Ajzen (2010) als essenzielle Hilfen, wobei die relevanten Überzeugungen aus unterschiedlichen Studien und Fachliteraturen adaptiert wurden. Der Originalfragebogen ist Anhang B zu entnehmen.

5.2.2.1 Messung der Verhaltensintention

In einem ersten Schritt wurde in Anlehnung an Graf (2007, S. 39) die generelle Verhaltensintention gemessen, wofür auf einer siebenstufigen Likert-Skala erfragt wurde, mit welcher Wahrscheinlichkeit die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Laufe ihrer Tätigkeit ein politisches Amt ausüben werden. Die Endpunkte wurden mit «sehr unwahrscheinlich» und «sehr wahrscheinlich» verbalisiert, wobei die Nutzung der siebenstufigen Antwortskala auf der Empfehlung unterschiedlicher Autor*innen basiert (Ajzen, 2006, Francis et al., 2004; Graf, 2007).

In einem zweiten Schritt wurde die Verhaltensintention mithilfe drei weiterer Items erhoben, bei welchen eine zeitliche Spanne angegeben wurde. Auf diese Weise kann die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Laufe ihrer Tätigkeit ein politisches Amt auszuüben, genauer erfasst werden. Für die entsprechende Operationalisierung wurden Ajzens (2006, S. 4) empfohlene Formulierungen verwendet. Anhand einer siebenstufigen Likert-Skala wurde demnach erfragt, ob Fachpersonen der Sozialen Arbeit dazu tendieren, versuchen wollen oder planen, im Laufe ihrer Tätigkeit ein politisches

Amt auszuüben. Die Endpunkte wurden dabei mit «trifft überhaupt nicht» zu und «trifft völlig zu» beschrieben.

5.2.2.2 Direkte Messung der Einstellung

Die Einstellung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit gegenüber der Ausübung eines politischen Amtes im Laufe ihrer Tätigkeit wurde ebenfalls in Form einer siebenstufigen Adjektivskala in Anlehnung an den Grafs (2007, S. 39) Itemkatalog erhoben, wobei sich die Multi-Item-Skala aus gesamthaft sechs gegensätzlichen Adjektivpaaren zusammensetzte. Die Auswahl der Adjektivpaare erfolgte vor dem Hintergrund der gewählten Forschungsthematik. Graf (2007, S. 36) zufolge klammert das Konstrukt der Einstellung kognitive und konative Aspekte aus, weil es als generelle affektive Bewertung des gefragten Verhaltens konzipiert wurde. Demnach wurde mithilfe der Einstellungskomponente erfasst, ob Fachpersonen der Sozialen Arbeit die Ausübung eines politischen Amtes im Laufe ihrer Tätigkeit als negativ oder positiv bewerten. Bei der Verbalisierung der Endpunkte wurde darauf geachtet, extreme Formulierungen zu verwenden (Franzen, 2019, S. 671). Der Gesamteinstellungswert ergibt sich durch das Aufsummieren der Antwortwerte der jeweiligen Adjektivpaare, wobei höhere Werte positive Einstellungen, niedrigere dagegen eine negative Haltung gegenüber dem gefragten Verhalten widerspiegeln.

5.2.2.3 Indirekte Messung der Einstellung

Zur Messung der Verhaltensüberzeugungen wurden unterschiedliche Konsequenzen herangezogen. Zum einen wurde Bezug auf die Studie von Dickinson (2004, S. 12–15) genommen, in welcher die Einstellung von 152 Fachpersonen der Sozialen Arbeit erhoben wurde. Auf die Frage nach dem Grund für ihre politische Inaktivität gaben 32 Prozent der befragten Personen an, für politisches Engagement aufgrund familiärer, persönlicher sowie beruflicher Verpflichtungen keine Zeit zu haben. Aus diesem Grund wurden Folgen in Bezug auf zeitliche Ressourcen mittels dreier Items erhoben. Zum anderen geht aus der qualitativen Studie von Amann (2017, S. 61) hervor, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit aufgrund ihres politischen Engagements Schwierigkeiten bei der Stellensuche erleben, weshalb diese Konsequenz hinsichtlich der beruflichen Karriere mithilfe eines Items thematisiert wurde. Ferner wurden in Anlehnung an den geführten Fachdiskurs in Bezug auf den politischen Auftrag zwei weitere Items gebildet, denn nach Güntner und Langer (2014, S. 238) sollen Fachpersonen der Sozialen Arbeit die Interessen ihrer Klientinnen und Klienten in politischen Diskussionen vertreten. Diese Aussage bestätigten die teilnehmenden Personen im Rahmen der qualitativen Studie von

Amann (2017, S. 70), indem sie angaben, sich in ein politisches Gremium wählen zu lassen, um unter anderem die Anliegen der Klientinnen und Klienten zu repräsentieren. Zudem wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit, welche in Kapitel 3.1 auf Basis von Althammer und Lampert (2014, S. 4) sowie des Berufskodex (2010) als gemeinsames Ziel der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit bestimmt wurde, mittels eines Items erhoben. Zuletzt wurde ein Item aus Witzkes (2016, S. 61–62) Studie in Bezug auf das soziale Ansehen der Fachpersonen der Sozialen Arbeit adaptiert.

Die subjektive Eintrittswahrscheinlichkeit der festgelegten Konsequenzen wurde jeweils anhand einer siebenstufigen Likert-Skala erfragt, wobei die Endpunkte als «sehr unwahrscheinlich» und «sehr wahrscheinlich» definiert wurden. In einem weiteren Schritt bewerteten die befragten Personen die erwarteten Konsequenzen gleichermassen auf einer siebenstufigen Likert-Skala, wobei die Endpunkte mit «äusserst unerwünscht» und «äusserst erwünscht» verbalisiert wurden.

5.2.2.4 Direkte Messung der subjektiven Norm

Zur direkten Messung der subjektiven Norm kommt in der empirischen Forschung meist nur ein Item zum Einsatz (Ajzen, 1991, 188; Graf, 2007, S. 39). Aus diesem Grund ist bei der Interpretation der Ergebnisse in Kapitel 7 zu bedenken, dass die Reliabilität gering und die Vorhersagekraft schwächer ausfällt als bei den anderen Prädiktoren der Verhaltensintention. Um die subjektive Norm direkt zu messen, wurde in Anlehnung an Graf (2007, S. 39) als entsprechendes Item folgende Aussage formuliert: «Die Personen, deren Meinung ich schätze, finden, dass ich im Laufe meiner Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt ausüben sollte». Diese Behauptung beurteilen die Teilnehmenden ebenfalls auf einer siebenstufigen Likert-Skala mit den Endpunkten «trifft überhaupt nicht zu» und «trifft völlig zu». Das Konstrukt der subjektiven Norm veranschaulicht demnach den Einfluss bedeutsamer Referenzpersonen oder -personengruppen auf die gefragte Intention, ein politisches Amt auszuüben (Ajzen, 1991, S. 188).

5.2.2.5 Indirekte Messung der subjektiven Norm

In den verwendeten Onlinefragebogen wurde in einem weiteren Schritt eine indirekte Messung der subjektiven Norm integriert, um die sogenannten normativen Überzeugungen zu messen. In diesem Kontext wurde zum einen die Familie als Referenzpersonengruppe berücksichtigt, weil diese nach Hurrelmann (2006, S. S. 127) bei politischer Sozialisation eine essenzielle Rolle spielt. Zudem fällt gemäss Kuhn (200, S. 55) und Rippl (2015, S. 742) die politische Aktivitätsbereitschaft höher aus, wenn innerhalb der Familie häufig über politische Themen gesprochen wird, weil solche Diskussionen positiven

Einfluss auf das politische Interesse haben. Ferner geht aus der Studie von Felderhoff et al. (2016, S. 30) hervor, dass sich 57 Prozent von 149 befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Austausch mit Bekannten, Mitarbeitenden und Familienmitgliedern über politische Aktualitäten informieren. Auch Kindler (2019b, S. 82) kommt zum Schluss, dass im Freundeskreis besonders häufig über politische Themen diskutiert wird. Darüber hinaus beschreibt Lütters (2022, S. 33) den Arbeitsplatz als einen Ort, an welchem politische Rekrutierung stattfinden kann.

Vor diesem Hintergrund wurde die Zutreffwahrscheinlichkeit der normativen Überzeugung der Familie, des Freundeskreises, der Berufskolleginnen sowie -kollegen und des Arbeitgebers auf einer siebenstufigen Likert-Skala erhoben, wobei die Formulierung des Items auf der Planungshilfe basiert, welche Graf (2007, S. 39) für die Konstruktion eines Fragebogens im Rahmen der TPB erstellte. Auch hier wurden die Endpunkte als «trifft überhaupt nicht zu» und «trifft völlig zu» benannt. Anschliessend wurde die Motivation der Fachpersonen der Sozialen Arbeit bezüglich ihrer Orientierung an Bezugspersonen auf einer siebenstufigen Likert-Skala mit denselben Endpunkten mittels zweier Items gemessen, für deren Formulierung die Empfehlungen von Graf (2007, S. 39) und Ajzen (2010, S. 6) adaptiert wurden.

5.2.2.6 Direkte Messung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle

Zur direkten Operationalisierung des Konstrukts der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle bestehen in der empirischen Forschung typische Itemformulierungen (Ajzen, 2010, S. 7; Graf, 2007, S. 39; Francis et al., 2004), weshalb die Beschreibung der drei entsprechenden genutzten Items in Anlehnung an die Empfehlungen der jeweiligen Autorinnen sowie Autoren erfolgte. Hierzu wurde ebenfalls eine siebenstufigen Likert-Skala mit den Endpunkten «trifft überhaupt nicht zu» und «trifft völlig zu» verwendet, wobei das letzte Item an den entsprechenden Endpunkten verbal als «absolut unmöglich» oder «absolut möglich» benannt wurde. Mithilfe dieses Konstrukts wurde gemessen, ob die Fachpersonen der Sozialen Arbeit überzeugt sind, im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt ausüben zu können, sofern sie dies wünschen. Zudem wurde danach gefragt, ob die Entscheidung für oder gegen die Besetzung einer solchen Position allein von ihnen abhängt. Abschliessend wurde erhoben, inwiefern es die Fachpersonen der Sozialen Arbeit für möglich halten, im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt auszuüben.

5.2.2.7 Indirekte Messung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle

Um zusätzlich eine indirekte Messung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle in den Onlinefragebogen zu integrieren, wurde die Zutreffwahrscheinlichkeit der Kontrollüberzeugungen auf einer siebenstufigen Likert-Skala mit den Endpunkten «sehr klein» und «sehr gross» erhoben (Graf, 2007, S. 39), wobei die in Kapitel 5.2.1.3 aufgeworfene Problematik aus Amanns (2017, S. 61) qualitativer Studie in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und politischen Ämtern aufgegriffen wurde. In diesem Kontext geht aus der aktuellen Studie von Derungs et al. (2021, S. 3) hervor, dass parteipolitisch engagierte Personen generell mit den Rahmenbedingungen der Unternehmen zufrieden sind, in welchen sie tätig sind, aber dennoch grundsätzlich ein stärkeres Engagement der Arbeitgeber in Bezug auf die Förderung des politischen Engagements fordern. Diesbezüglich wurde gefragt, für wie wahrscheinlich es die Fachpersonen der Sozialen Arbeit halten, dass ihre Unternehmen ihnen Zeit bzw. freie Tage für die Ausübung eines politischen Amtes gewähren. Darüber hinaus stellen die Ressourcen im CVM gemäss Verba et al. (1995, S. 269) einen wesentlichen Prädiktor des politischen Engagements dar, weshalb sich die weitere Kontrollüberzeugung vor dem Hintergrund der Rolle der Hochschule auf die Fähigkeiten der Teilnehmenden bezieht. Das letzte Item hingegen steht mit der Steigerung des persönlichen Einkommens in Zusammenhang, indem erfragt wurde, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Befragten nach Abschluss des Studiums der Sozialen Arbeit die notwendigen Fähigkeiten besitzen werden, um ein politisches Amt auszuüben und dadurch ihr persönliches Einkommen zu steigern. Die drei Items verknüpfen somit die zeitlichen sowie finanziellen Ressourcen mit der Besetzung einer politischen Position. Zuletzt wurde die wahrgenommene Verhaltens erleichterung hinsichtlich der drei Items erneut auf einer siebenstufigen Likert-Skala mit den Endpunkten «sehr unwahrscheinlich» und «sehr wahrscheinlich» analysiert, wobei die Items auf Basis von Grafs (2007, S. 39) Empfehlung formuliert wurden.

5.2.2.8 Operationalisierung der Hintergrundfaktoren

Vervollständigt wurde das theoretische Modell durch den Einbezug der Hintergrundfaktoren in den Fragebogen (Ajzen & Fishbein, 1980, S. 82), wozu die soziodemografischen Variablen thematisiert wurden. Das Alter wurde anhand des Geburtsjahrs operationalisiert, worüber hinaus der Zivilstand, die Staatsangehörigkeit, die Anzahl der Minderjährigen im Haushalt sowie das Berufsfeld erhoben wurde, in welchem die Fachpersonen der Sozialen Arbeit tätig sind. Die Auswahl der Hintergrundfaktoren basierte auf bestehende Studien in Bezug auf das politische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit (Amann, 2017; Kindler, 2019b; Kulke & Schmidt, 2019). Die exakte

Operationalisierung der einzelnen soziodemografischen Variablen ist Anhang B zu entnehmen. Zudem wurde die politische Wirksamkeit und das politische Interesse berücksichtigt, weil diese laut Ritter (2008, S. 353) signifikante Prädiktoren für politische Aktivität darstellen. Für die Operationalisierung dieser beiden Aspekte wurden die Formulierungen zu Vergleichszwecken unverändert aus dem European Social Survey (ESS) (2018, S. 4) übernommen, wobei die politische Wirksamkeit in eine externe und interne Variante unterteilt wurde, wozu jeweils zwei Items gebildet und anhand einer fünfstufigen Likert-Skala geprüft wurden. Das politische Interesse hingegen wurde mittels eines Items auf einer vierstufigen Likert-Skala erfragt. Anhang B oder den Ergebnissen in Kapitel 6 können die benannten Ausprägungen entnommen werden.

5.2.3 Güterkriterien

Laut Häder (2019, S. 109) stehen für quantitative Forschungen gesamthaft drei Güterkriterien bzw. die Objektivität, Reliabilität und die Validität im Mittelpunkt, welche erfüllt sein müssen, um verlässliche Erkenntnisse zu gewinnen. Messinstrumente können nur dann gültige Messwerte liefern, wenn sie eine hohe Reliabilität sowie Objektivität aufweisen (Döring & Bortz, 2016, S. 95). Nach Häder (2019, S. 109) liegt Objektivität einer Messung dann vor, wenn unterschiedliche Personen bei einer Untersuchung dieselben Untersuchungsergebnisse erzielen. Dies bedeutet, dass es bei der Befragung keine Rolle spielen darf, wer die Messung durchführt. In der vorliegenden Untersuchung ist die Objektivität gegeben, weil eine Online-Befragung durchgeführt wird, ohne die Anwesenheit der Autorin und ausführliche Erläuterungen des Fragebogens.

Zur Ermittlung der Reliabilität empfiehlt Ajzen (2005, S. 32) eine Überprüfung der internen Konsistenz. Um in einem Fragebogen den Übereinstimmungsgrad zwischen mehreren Fragen zu messen, wird die interne Konsistenz über den Koeffizienten Cronbachs Alpha bestimmt (Döring & Bortz, 2016, S. 271). Dieser Kennwert gibt Auskunft darüber, ob in einem Fragebogen ein bestimmtes Konstrukt, beispielsweise die Einstellung, mittels Multi-Item-Skalen gemessen werden kann (Häder, 2019, S. 110). Ferner empfiehlt es sich nach Döring und Bortz (2016, S. 105), bereits etablierte Messinstrumente zu nutzen, welche eine hohe Reliabilität aufweisen, weshalb es gerade bei selbst entwickelten Instrumenten elementar ist, die Messgenauigkeit zu prüfen. Die Ergebnisse der Reliabilitätsanalyse werden in Kapitel 6.1.2 im Rahmen der deskriptiven Analyse dargelegt. Für eine adäquate Interpretation der Cronbachs Alpha Werte können als Orientierungshilfe die Richtlinien von Blanz (2015, S. 256) dienen. Somit werden Cronbachs Alpha Werte, welche grösser als .9 ausfallen als exzellent beurteilt, Werte über .8 als gut bis hoch, Werte über .7 gelten noch immer als akzeptabel und Werte grösser .6 werden

bereits als fragwürdig bewertet. Ein anderes Mass für die Interpretation bieten Kuckartz, Rädiker, Ebert und Schehl (2013, S. 247) indem sie besagen, dass das Cronbachs Alpha, Werte zwischen null und eins annehmen kann, wobei null als unreliabel und eins als perfekt reliabel gilt.

Zuletzt wird das Güterkriterium Validität laut Häder (2019, S. 109) als Gültigkeit oder inhaltliche Funktionstüchtigkeit aufgefasst. Eine Messung ist demnach erst dann valide, wenn tatsächlich auch das gemessen wird, was gemessen werden soll, sodass die Untersuchung glaubwürdige Ergebnisse liefern kann.

5.2.4 Pretest

Gemäss Häder (2019, S. 411) bedarf es in der Sozialforschung einer speziellen Methode, welche im Rahmen einer Voruntersuchung zuverlässig Auskunft über die Qualität des Erhebungsinstruments liefert. Aufgrund der Standardisierung des Online-Fragebogens können nach Beginn der Feldphase keine weiteren Anpassungen vorgenommen werden, weswegen Frageverständnis, Beantwortungsweise sowie technische Aspekte im Vorhinein geprüft werden müssen (Döring & Bortz, S. 411).

Aus diesem Grund wurde ein erster Entwurf des Onlinefragebogens nach dessen Fertigstellung per E-Mail an fünf Personen zugesandt und einem ersten Pretest unterzogen, wobei vier der Teilnehmenden über forschungsmethodisches sowie fachspezifisches Wissen verfügten. Zudem bietet die Onlineumfragesoftware Unipark ein Pretest-Tool an, welches die Erfassung von Kommentaren durch Testpersonen erlaubt. Im Rahmen des Pretests wurde demnach dieses Tool von Unipark genutzt. Aus den Ergebnissen des ersten Pretests ging hervor, dass einige Fragen unzureichend präzise und verständlich formuliert wurden, worüber hinaus die verwendeten fünfstufigen Likert-Skalen durch siebenstufige Varianten ersetzt wurden. Ferner wurde auf die Vergleichbarkeit der Daten hingewiesen, mit dem Zweck die gewonnenen Daten auf nationaler Ebene vergleichen zu können, wie beispielsweise das politische Interesse der befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Aus diesem Grund wurden die Items und Skalen bei zwei Fragen an die Operationalisierung der länderübergreifenden ESS-Erhebung angepasst wurden. Nach Überarbeitung des Onlinefragebogens wurde ein weiterer Pretest durchgeführt, wobei weitere Rückmeldungen hinsichtlich der Funktionsfähigkeit der gesetzten Filterbedingungen gegeben wurden. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Pretest zentrale Erkenntnisse in Bezug auf Inhalt, Gliederung sowie Verständlichkeit des Online-Fragebogens lieferte und somit zu dessen Weiterentwicklung beitrug.

5.3 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mittels einer Online-Befragung (Döring & Bortz, 2016, S. 414), welche über die Onlineumfragesoftware Unipark erstellt und im Zeitraum vom 8. Mai bis zum 5. Juni 2022 realisiert wurde. Einladungen zur Teilnahme an der Studie wurden aus datenschutzrechtlichen Gründen durch den Berufsverband AvenirSocial verschickt, worüber hinaus die Forschungsdaten anonym erhoben wurden, sodass die Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte der Teilnehmenden bewahrt blieben (Döring & Bortz, 2016, S. 128).

Bei einer Online-Befragung werden die einzelnen Antworten der Teilnehmenden laut Döring und Bortz (2016, S. 414) auf einem Befragungsserver gesichert und in Form digitaler Datensätze zur Verfügung gestellt, weshalb die Teilnehmenden den bereitgestellten Fragebogen online im Befragungsserver von Unipark ausfüllten und anschliessend absendeten. Eine Mehrfachteilnahme wurde mithilfe der Aktivierung einer technischen Funktion in Unipark ausgeschlossen. In Bezug auf die Bearbeitungsdauer sollte diese maximal 10–15 Minuten betragen (Döring & Bortz, 2016, S. 415). Gemäss Feldbericht betrug die durchschnittliche Beantwortungszeit der lancierten Onlinebefragung 10 Minuten, wohingegen der Median mit rund 9 Minuten niedriger ausfiel.

Ferner kann dem Feldbericht entnommen werden, dass von 196 Personen lediglich 107 die Umfrage vollständig ausfüllten, was einer Beendigungsquote von 55 Prozent entspricht. Die meisten Abbrüche wurden dabei auf der Startseite der Umfrage registriert. Vor dem Hintergrund der fehlenden Kommunikation mit den Teilnehmenden ist bei Online-Befragungen im Vergleich zu mündlichen Interviews mit höheren Abbruchs- und Verweigerungsraten zu rechnen (Döring & Bortz, 2016, S. 415). Laut Häder (2019, S. 189) kann die Übermittlung sogenannter Incentives, also Teilnahmeanreize, die Rücklaufquote erhöhen, weshalb am Schluss der Befragung ein Gewinnspiel im Wert von 60 CHF angeboten wurde. Nach der Hälfte der Feldphase wurde zudem der Berufsverband AvenirSocial gebeten, eine Erinnerungs-E-Mail an die Mitglieder zu versenden. Im Hinblick auf die Repräsentativität von Online-Befragungen verweisen Döring und Bortz (2016, S. 415) darauf, dass bei ihrer Verbreitung nur Personen erreicht werden, die über einen Internetzugang verfügen. In der Schweiz trifft dies allerdings auf 99 Prozent der Haushalte zu (BFS, 2021).

5.4 Datenaufbereitung

Gemäss Lück und Landrock (2019, S. 461) ist es unzureichend, die bei der Datenerhebung gesammelten Merkmalsausprägungen lediglich in ein gewünschtes Datenformat zu transformieren, weshalb vor der Auswertung eine Datenaufbereitung stattfinden muss, um eine hohe Datenqualität sicherzustellen (Döring & Bortz, 2016, S. 585). Dafür müssen insbesondere die Variablen formatiert und Variablen- sowie Wertelabels vergeben werden. Ferner werden im Zuge der Datenaufbereitung die ungültigen Fragebogen ausgeschlossen, neue Variablen und Skalen gebildet sowie fehlende Werte definiert (Lück & Landrock, 2019, S. 461).

Nach Abschluss der Feldphase wurden die erhobenen Daten der beendeten Fragebogen im XLS-Format exportiert, wonach die Excel-Datei ins Statistikprogramm Statistical Package for the Social Sciences (SPSS) Version 28.0.0.0 von der Softwarefirma IBM importiert wurde. Beim Einlesen der Daten aus Excel in SPSS wurden die Wertelabel inkorrekt übertragen, weshalb es einer Überarbeitung bedurfte. Durch eine technische Funktion in Unipark wurde jedoch bereits bei der Erstellung der Fragen jedem Item ein externer Variablenname zugewiesen. Um die Übersicht zu wahren, wurde ein separates Dokument mit den externen Variablen erstellt. Infolgedessen mussten die Variablen in SPSS nicht erneut einzeln benannt werden, weil dies bereits direkt in Unipark vorgenommen wurde.

Zudem wurden fünf Fragebogen von der Analyse ausgeschlossen, weil die Teilnehmenden keine Mitglieder des Berufsverbands AvenirSocial der Region Ostschweiz darstellten. Weiter wurden zehn Teilnehmende aus der Analyse ausgeschlossen, weil diese bereits ein politisches Amt ausüben. Auch wurden beispielsweise die Items der politischen Wirksamkeit zu zwei Skalen, jeweils intern und extern, zusammengefasst. Eine Befragungsperson tätigte bei der Frage zur Einstellung zwei fehlende Angaben, weil diese Frage fälschlicherweise nicht als Pflicht markiert wurde. Einzelne fehlende Werte im Datensatz beschreiben Döring und Bortz (2016, S. 591) jedoch als unproblematisch, sofern sie in geringem Mass auftreten. Darüber hinaus werden die Erwartungs-Wertkomponente der Verhaltensüberzeugung, normativen Überzeugung sowie der Kontrollüberzeugung multipliziert und die erhaltenen Produkte summiert.

Die erhobenen Daten wurden somit vollständig aufbereitet und für die nachfolgende Datenauswertung in eine analysefähige Form gebracht.

5.5 Datenauswertung

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgte gleichermassen wie deren Aufbereitung mittels der Statistiksoftware SPSS. Im Folgenden wird dargelegt, welche statistischen Analysemethoden zur Auswertung und Überprüfung der Forschungsergebnisse gewählt wurden, worüber hinaus eine Erläuterung der Vorgehensweise und der einzelnen Analysemethoden folgt.

5.5.1 Deskriptive Analyse

Häder (2019, S. 439) zufolge sollten in einem ersten Schritt der Auswertung deskriptive Analysen vorgenommen werden, um einen Überblick über die gewonnenen Untersuchungsergebnisse zu erhalten. Auch Döring und Bortz (2016, S. 261) besagen, dass die deskriptive Statistik der übersichtlichen Darstellung von Merkmalsausprägungen sowie -verteilungen in quantitativen Datensätzen mittels statistischer Kennwerte im Fließtext sowie durch Grafiken und Tabellen dient. Zudem können die vorhandenen Daten bezüglich ihrer Verteilungsform betrachtet werden, auch unter Einbezug von Gruppenunterschieden, worüber hinaus sich Zusammenhänge zwischen zwei oder mehr Variablen feststellen lassen. Je nach Anzahl der betrachteten Merkmale ist eine Unterscheidung zwischen uni-, bi- und multivariaten Verfahren notwendig. Nach Häder (2019, S. 439) handelt es sich bei der univariaten Darstellung darum, die empirisch erfassten Merkmalsausprägungen zu beschreiben, wobei dazu vor allem der Mittelwert sowie die Streuung als Massgrösse herangezogen werden. Anhand des arithmetischen Mittelwerts können gewonnene Datenmengen zusammenfassen dargelegt und einfach miteinander verglichen werden (Kuckartz et al., 2013, S. 61). Die Verständigung über die jeweils vorliegenden Skalenniveaus ist bei der deskriptiven Datenanalyse eine zentrale Voraussetzung, weil diese für infrage kommenden Analysemethoden determinieren (Häder, 2019, S. 339).

In der vorliegenden Arbeit wurde die deskriptive Analyse vorgenommen, um einerseits die Stichprobe zu beschreiben und andererseits für sämtliche Variablen bzw. Skalen die entsprechenden Mittelwerte und Standardabweichungen darzulegen. In Anbetracht dessen, dass die Skalen mehrheitlich intervallskaliert sind, wurden die Ergebnisse aus der direkten und indirekten Messung der Einstellung, subjektiver Norm, wahrgenommener Verhaltenskontrolle sowie der Verhaltensintention mittels univariaten Verfahren deskriptiv analysiert (Häder, 2019, S. 441–442). Bei der tabellarischen Darlegung wurde das arithmetische Mittelwert und die Streuung angegeben und miteinander verglichen.

5.5.2 Regressionsanalyse

Der TPB liegt laut Fishbein und Ajzen (2010, S. 198) im Kern ein regressionsanalytisches Modell bzw. eine Regressionsanalyse zugrunde, wobei das beobachtbare oder tatsächliche Verhalten die abhängige Variable darstellt, die wiederum von den drei unabhängigen Variablen Einstellung, subjektive Norm und wahrgenommene Verhaltenskontrolle determiniert wird. Die Verhaltensintention kann dabei als unmittelbare, vorläufige Variable des Verhaltens angesehen werden, welche wie in Kapitel 4.1.1 ausgeführt als Verhaltensbereitschaft bezeichnet wird und in der vorliegenden Master-Thesis als abhängige Variable Gegenstand der Betrachtung darstellt.

Im Vergleich zu einer einfachen Regression lässt sich mittels einer multiplen Regression der Zusammenhang zwischen einer abhängigen Variable und mehreren Prädiktoren analysieren (Kuckartz et al., 2013, S. 266), wodurch mittels der multiplen Regression beispielsweise die Vorhersagekraft der Absicht, ein politisches Amt auszuüben, durch die Hinzunahme weiterer Hintergrundfaktoren erhöht werden kann. Wenn die Absicht von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, im Laufe ihrer Tätigkeit eine politische Position zu besetzen, somit nicht lediglich anhand der klassischen drei Prädiktoren, sondern zusätzlich mittels ihres Geschlechts oder Alters erklärt wird, werden die Prognosen optimiert.

In der vorliegenden Arbeit wird daher in einem ersten Schritt zur Erklärung der Verhaltensintention durch die Prädiktoren Einstellung, subjektive Norm und wahrgenommene Verhaltenskontrolle eine multiple Regressionsanalyse durchgeführt bzw. das erste Regressionsmodell entwickelt, bei dem alle drei Prädiktoren gleichberechtigt und gleichzeitig berücksichtigt werden (Kuckartz et al., 2013, S. 271). Die hauptsächlichen Kennwerte für die multiple Regressionsanalyse stellen zum einen die Regressionskoeffizienten bzw. Effektstärken dar, wobei das Vorzeichen des Effekts die Richtung und die Höhe die Stärke angibt. Damit die Effektstärken verglichen werden können, werden sie standardisiert. Die Effektstärke wird dabei anhand des standardisierten Regressionskoeffizienten verglichen, welcher in der Regel «Beta-Koeffizient» genannt wird (Döring & Bortz, S. 687). Zur Überprüfung des Regressionsmodells auf Gesamtsignifikanz wird ein F-Test durchgeführt, um festzustellen, ob durch die Hinzunahme einer unabhängigen Variable die Vorhersagekraft der abhängigen gesteigert wird (Urban & Mayerl, 2011, S. 164–165). Hingegen wird zur Kontrolle der Signifikanz der einzelnen Regressionskoeffizienten ein t-Test ausgeführt, beispielweise bei der Hintergrundvariable «Geschlecht». In dieser Arbeit wird zudem als Kennwert die Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. der p-Wert angegeben

(Backhaus et al., 2021, S. 97–98), worüber hinaus in der empirischen Forschung das Signifikanzniveau in der Regel auf 5 Prozent festgesetzt wird (Kuckartz et al., 2013, S. 149). Dies gilt auch für die vorliegende Arbeit.

Ferner wird die Modellgüte über das Bestimmtheitsmass bzw. anhand des normalen sowie korrigierten R-Quadrats (R^2) angegeben, weil letzteres ein unverzerrtes Mass darstellt. Das Bestimmtheitsmass gibt Auskunft über den relativen Anteil der durch die Regression ausgeschöpften Varianz der abhängigen Variable bzw. der Verhaltensintention und kann einen Wert zwischen 0 sowie 1 annehmen, wobei höhere Beträge prinzipiell eine stärkere Vorhersagekraft der Verhaltensintention symbolisieren (Häder, 2019, S. 68; Kuckartz et al., 2013, S. 263). Die Interpretation der Effektstärke erfolgt in dieser Arbeit nach Cohen (1992, S. 157).

In einem weiteren Schritt werden die Hintergrundfaktoren mithilfe einer hierarchischen Regressionsanalyse berücksichtigt, wobei die unabhängigen Variablen nicht gleichzeitig ins Regressionsmodell einbezogen werden, sondern in mehreren Schritten bzw. Blöcken (Urban & Mayerl, 2011, S. 310). Wenn in dieser Arbeit von «schrittweise» gesprochen wird, ist somit keine schrittweise Regression gemeint, bei welcher die Auswahl der Prädiktoren durch ein automatisiertes Verfahren im Statistikprogramm erfolgt, sondern es geht um Etappen der hierarchischen Regressionsanalyse (Kuckartz et al., 2013, S. 272). Die hierarchische Vorgehensweise wird angewendet, weil zum einen die Anzahl der Hintergrundvariablen überschaubar ist und dadurch zum anderen überprüft werden kann, wie sich die Regressionskoeffizienten durch die Beifügung weiterer Hintergrundvariablen verändern (Kuckartz et al., 2013, S. 272; Urban & Mayerl, 2011, S. 310–311). Dabei wird die Hinzunahme insignifikanter Prädiktoren bzw. Hintergrundvariablen geduldet. Die betrachteten Kennwerte bleiben dabei dieselben wie bei der linearen Regression.

An dieser Stelle ist jedoch zu beachten, dass die zur Vorhersage hinzugenommenen Hintergrundvariablen ebenfalls intervallskaliert sind, beispielsweise das Alter, welches in Jahren gemessen wird (Kuckartz et al., 2013, S. 267). Damit überprüft werden kann, welchen zusätzlichen Beitrag die Hintergrundfaktoren über die klassischen Prädiktoren der TPB hinaus zur Erklärung der Verhaltensintention leisten, müssen also Dummy-Kodierungen vorgenommen werden. Nach Backhaus et al. (2021, S. 11) bedeutet dies, dass zusätzliche Variablen für die Ausprägungen der ordinal- oder nominalskalierten Variablen anzulegen sind, welche jeweils lediglich zwei Ausprägungen aufweisen. In der vorliegenden Arbeit wird beispielsweise die unabhängige Variable «Geschlecht» dichotom kodiert, sodass «weiblich» den Wert 0 und «männlich» den Wert 1 annimmt. Die weiteren Variablen «Zivilstand» und «Kinder im Haushalt» werden gleichermassen

transformiert, wodurch die neu erzeugten Variablen mit lediglich zwei Ausprägungen als intervallskaliert aufgefasst und im Rahmen der Regressionsanalyse als Prädiktoren eingesetzt werden können.

Zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass nach Kuckartz et al. (2013, S. 272) bei der multiplen linearen Regression bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wobei ein Verstoß gegen eine dieser Bedingungen laut Urban und Mayerl (2011, S. 177) meist zu einer Verringerung der Genauigkeit der getroffenen Annahmen führt.

In erster Linie besagt die Linearitätsannahme, dass ein linearer Zusammenhang zwischen der abhängigen sowie den unabhängigen Variablen vorliegen muss, was zunächst mittels Streudiagrammen zu überprüfen ist. Auch die Residuen sollen nach Kuckartz et al. (2013, S. 272) einer Normalverteilung folgen, was mithilfe einer visuellen Analyse durch eine optische Inspektion der Histogramme aller Residuen und der P-P-Diagramme der standardisierten Residuen kontrolliert wird, worin ein idealer Verlauf der Normalverteilungskurve sichtbar ist (Urban & Mayerl, 2011, S. 196). Ferner sollten die Residuen eine konstante Varianz besitzen, was «Homoskedastizität» genannt wird. In einer grafischen Veranschaulichung bedeutet dies, «dass die Streuung der Punkte um eine Regressionsgerade homogen ist» (Kuckartz et al., 2013, S. 272). Zudem ist zu beachten, dass keine Ausreisser vorliegen, weil diese die Qualität der Annahmen stark beeinflussen können, weshalb sie in der Regel aus der Regressionsanalyse exkludiert werden. Gerade bei kleinen Stichproben besteht jedoch eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass Ausreisser auftreten (Urban & Mayerl, 2011, S. 185). Zuletzt ist zu beachten, dass keine oder nur eine geringe Multikollinearität vorliegt. Hiervon wird in der Regel gesprochen, wenn eine hohe Korrelation zwischen den unabhängigen Variablen besteht (Kuckartz et al., 2013, S. 272; Urban & Mayerl, 2011, S. 225). Trotz aller Voraussetzungen gelten Teststatistiken laut Backhaus et al. (2021, S. 220) gegenüber Verletzungen der Normalverteilungsannahme insgesamt als relativ robust. Auch die vorliegende Arbeit geht von dieser Annahme aus.

6. Ergebnisse

Die relevanten Ergebnisse der empirischen Erhebung werden in den folgenden Unterkapiteln dargestellt. Dazu folgt zuerst die deskriptive Beschreibung der einzelnen Modellkomponenten der TPB. Anschliessend findet die Ausführung der Ergebnisse aus der Regressionsanalyse statt.

6.1 Deskriptive Ergebnisse

Die im Rahmen der deskriptiven Analyse gewonnenen Ergebnisse werden im Folgenden beschrieben, wofür in einem ersten Schritt die Stichprobe anhand der soziodemografischen Variablen, des Bildungsstands usw. charakterisiert wird. Anschliessend wird die Einstellung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit gegenüber der Ausübung eines politischen Amtes dargelegt, die entsprechende subjektive Norm erläutert sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle beleuchtet. Die Überzeugungen aus der zweiten Theorieebene der TPB werden mittels der deskriptiven Analyse ausführlich dargelegt, weil diese in der Regressionsanalyse unberücksichtigt bleiben.

6.1.1 Stichprobenbeschreibung

Die Stichprobe setzte sich aus gesamthaft 92 Personen zusammen, welche Mitglied beim Berufsverband AvenirSocial der Region Ostschweiz sind. Ihr Durchschnittsalter beträgt 39 Jahre, wobei das jüngste Mitglied 21 und das älteste 66 Jahre alt ist. Die Standardabweichung dieser Variable beträgt 12,7 Jahre. In Bezug auf die geschlechterspezifische Auswertung ordnen sich 66 (71,7 %) der Befragten dem weiblichen, 23 (25 %) dem männlichen, eine Person (1,1 %) einem anderen und zwei Personen (2,2 %) keinem Geschlecht zu. Weiter besitzen 88 der 92 befragten Mitglieder des Berufsverbandes AvenirSocial Ostschweiz (95,7 %) die Schweizer und 7 Personen (7,6%) eine ausländische Staatsangehörigkeit, wobei 3 eine doppelte Staatsbürgerschaft aufweisen. Zudem sind 47 Personen (51,5 %) in der Stichprobe ledig, 38 (41,3 %) verheiratet, 5 (5,4 %) geschieden und zwei 2 (2,2 %) getrennt lebend. Es existieren in der Stichprobe keine Personen, die angaben, verwitwet zu sein. Dagegen erläuterten 74 Personen (80,4 %), mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt zu leben, wohingegen die restlichen 18 Teilnehmenden (19,6 %) dies verneinten. Die meisten befragten Personen (53,3 %) arbeiten im Berufsfeld der Sozialarbeit, 29 Befragte (31,5 %) im Bereich der Sozialpädagogik, lediglich eine Person (1,1 %) beschäftigt sich mit soziokultureller Animation und 13 Teilnehmende (14,1 %) gaben an, in einem anderen Sektor tätig zu sein. Es verfügen 52,2 % der Befragten über einen Bachelorabschluss in Sozialer Arbeit, 17 % über einen

entsprechenden Mastertitel und 12 % studieren derzeit. Eine spezifische Aufschlüsselung der erhobenen Bildungsstände kann Tabelle 1 entnommen werden.

Tabelle 1. Höchster Bildungsstand

Items	Häufigkeit	Prozent
Ich studiere derzeit Soziale Arbeit	12	13%
Höhere Fachschule (Soziale Arbeit)	11	12%
Fachhochschule - Bachelor in Sozialer Arbeit	48	52.2%
Fachhochschule - Master in Sozialer Arbeit	17	18.5%
Universität - Master in Sozialer Arbeit	1	1.1%
anderer Abschluss	3	3.3%

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die Tabelle 2 zeigt, wie häufig die einzelnen Ausprägungen beobachtet werden. In Bezug auf das politische Interesse gaben 34 (37 %) der Befragten an, politisch sehr interessiert zu sein, 45 (48,9 %) bezeichneten sich als ziemlich interessiert, 10 (10,9 %) als kaum und 3 (3,3 %) als überhaupt nicht an Politik interessiert.

Tabelle 2. Politisches Interesse

Items	Häufigkeit	Prozent
... sehr interessiert,	34	37%
... ziemlich interessiert,	45	48.9%
... kaum interessiert,	10	10.9%
oder überhaupt nicht interessiert	3	3.3%

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.2 Skalenbildung und Reliabilitätsanalysen

In den folgenden Abschnitten werden die deskriptiven Statistiken, also die Mittelwerte und Standardabweichungen, für die Einzelitems der direkten und indirekten Messung der Konstrukte Verhaltensintention, Einstellung, subjektive Norm sowie wahrgenommene Verhaltenskontrolle dargestellt. Ferner werden die Trennschärfekoeffizienten angegeben, die im Rahmen von Reliabilitätsanalysen kalkuliert werden. Für die Beurteilung der internen Skalenkonsistenz wird Cronbachs Alpha (α) herangezogen, wonach anhand des berechneten Mittelwerts der entsprechenden Einzelitems eine Skala für die Konstrukte gebildet wird.

6.1.2.1 Verhaltensintention

Die nachfolgende Tabelle 3 zeigt die Ausprägung der Intention der Befragten an, im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt auszuüben, wobei der Mittelwert bei 3.20 (SD = 1.73) liegt und die allgemeine Wahrscheinlichkeit für dieses

Verhalten beschreibt. Dieser befindet sich unter der Skalenmitte von 4. Anschliessend folgen die Auswertungen der drei weiteren Items, welche verschiedene Zeitspannen repräsentieren. Der Mittelwert der Tendenz liegt demnach bei 3.21 (SD = 1.73), des Versuchs bei 3.07 (SD = 1.81) und der Planung bei 2.49 (SD = 1.56).

Tabelle 3. Übersicht der Verhaltensintention

	M	SD	Trennschärfe
Generelle Intention politisches Amt auszuüben	3.20	1.73	.834
Ich tendiere ...	3.21	1.73	.945
Ich möchte versuchen...	3.07	1.81	.940
Ich plane ...	2.49	1.56	.837
Cronbachs α .954, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Hier verweist Cronbachs Alpha mit einem Wert von .954 auf eine hohe interne Skalenkonsistenz, wobei sämtliche Trennschärfekoeffizienten grösser als der geforderte Wert von .30 ausfallen. Somit lässt sich Cronbachs Alpha nicht steigern, indem ein Item aus der Skalenbildung ausgeschlossen wird. Dementsprechend messen die verwendeten Items das theoretische Konstrukt angemessen und die Bildung der Verhaltensintentionsskala ist in Anlehnung an die Reliabilitätsanalyse gerechtfertigt.

6.1.2.2 Einstellung

Die nachfolgende Tabelle 4 gibt Auskunft über die deskriptiven Statistiken und die Trennschärfe für die einzelnen Items der Skala zur Einstellung gegenüber der Ausübung eines politischen Amtes. Dabei liegt der Mittelwert der Gesamtskala auf Basis der Einzelitemberechnung bei 5.01 (SD = 1.00) und fällt positiv aus. Auf dieser Skala weisen hohe Werte auf positive Bewertungen des Zielverhaltens und eine entsprechende Einstellung gegenüber der Besetzung einer politischen Position hin. Den niedrigsten Wert weist hierbei das Adjektivpaar «sehr unangenehm – sehr angenehm» mit einem Mittelwert von 3.90 (SD = 1.33) auf.

Tabelle 4. Übersicht der verhaltensbezogenen Einstellung

Items – Adjektivpaare	M	SD	Trennschärfe
sehr schlecht - sehr gut	4.71	1.311	.776
sehr wertvoll - sehr wertlos	5.27	1.223	.744
sehr unnütz - sehr nützlich	5.17	1.173	.721
sehr unangenehm - sehr angenehm	3.90	1.325	.554
sehr langweilig - sehr spannend	5.24	1.485	.607
sehr sinnvoll - sehr sinnlos	5.73	1.159	.668
Cronbachs α .871, $N = 91$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Zudem beträgt die Cronbachs Alpha für diese Itemgruppierung .871 und weist somit ebenfalls auf hohe interne Skalenkonsistenz hin. Sämtliche Trennschärfekoeffizienten sind grösser als der geforderte Wert von .30 und Cronbachs Alpha lässt sich nicht verbessern, indem ein Item nicht in die Skalenbildung mitaufgenommen wird. Dementsprechend messen auch hier die verwendeten Items das theoretische Konstrukt angemessen und die Bildung der Skala Einstellung ist im Zuge der Reliabilitätsanalyse gerechtfertigt.

6.1.2.3 Verhaltensüberzeugung

Tabelle 5 gibt einen Einblick in die Skalenwerte der Verhaltensüberzeugung bzw. die Zutreffswahrscheinlichkeit der Verhaltensüberzeugungen. Die Befragten gehen demnach davon aus, dass sie einen hohen zeitlichen Aufwand erleiden ($M = 5.98$, $SD = 1.08$), jedoch die soziale Gerechtigkeit fördern können ($M = 89$, $SD = 1.41$), wenn sie ein politisches Amt ausüben.

Die Daten, wonach die Ausübung eines politischen Amtes der Karriere schadet, jedoch das soziale Ansehen steigert, fallen hinsichtlich einer Skalenbildung aus dem Rahmen. Cronbachs Alpha weist mit einem Wert von .505 eine niedrige interne Skalenkonsistenz auf, worüber hinaus das erste und letzte Item niedrige Kennwerte besitzen und ihre Trennschärfen .219 bzw. .278 betragen. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, diese beiden Items im Rahmen der bivariaten Analyse in Kapitel 6.2.1 auszuschliessen. Sofern diese beiden Items aus der Skalenbildung ausgeschlossen werden, steigt der Wert für Cronbachs Alpha auf .545.

Tabelle 5. Übersicht der Zutreffswahrscheinlichkeit der Verhaltensüberzeugungen

Items	M	SD	Trennschärfe
Schaden für Karriere	2.45	1.304	.219
Hoher zeitlicher Aufwand	5.98	1.079	.434
Vereinbarkeit familiäre und persönliche Verpflichtungen	5.29	1.322	.452
Vereinbarkeit berufliche Verpflichtungen	4.16	1.543	.332
Interessen von Klient*innen stark machen	6.11	1.032	.444
Soziale Gerechtigkeit fördern	5.89	1.411	.565
Soziales Ansehen steigern	4.20	1.251	.278
Cronbachs α .505, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die Tabelle 6 zeigt die Bewertung der Verhaltensüberzeugungen durch die Befragten an und gibt Auskunft über die deskriptiven Statistiken sowie Trennschärfen für die einzelnen Items. Dabei beträgt das Cronbachs Alpha für diese Itemgruppierung .510, was auf eine

schlechte interne Konsistenz verweist. In Anbetracht der Kennwerte über die Trennschärfe empfiehlt sich der Ausschluss der gleichen beiden Items wie in der vorherigen Tabelle 5, wobei damit das Cronbachs Alpha mit .535 nicht erheblich gesteigert werden kann. Im Rahmen der bivariaten Analyse in Kapitel 6.2.1 werden jedoch auch hier die beiden Items ausgeschlossen.

Tabelle 6. Übersicht der Bewertung der Verhaltensüberzeugungen

Items	M	SD	Trennschärfe
Schaden für Karriere	2.57	1.337	.279
Hoher zeitlicher Aufwand	3.07	1.413	.325
Vereinbarkeit familiäre und persönliche Verpflichtungen	2.10	1.359	.404
Vereinbarkeit berufliche Verpflichtungen	2.57	1.361	.391
Interessen von Klient*innen stark machen	5.76	1.417	.321
Soziale Gerechtigkeit fördern	6.10	1.139	.333
Soziales Ansehen steigern	4.13	1.260	.285
Cronbachs α .510, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.2.4 Subjektive Norm

Die subjektive Norm wurde lediglich mithilfe eines Item gemessen, wobei der Mittelwert bei 3.55 (SD = 1.72) liegt und eher negativ ausfällt. Personen, deren Meinung die Fachpersonen der Sozialen Arbeit schätzen, vertreten demnach nicht die Ansicht, dass die Befragten im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt ausüben sollten.

6.1.2.5 Normative Überzeugung

Die nachfolgende Tabelle 7 gibt einen Einblick in die Skalenwerte der normativen Überzeugungen bzw. deren Zutreffwahrscheinlichkeit. Die Mittelwerte widerspiegeln dabei, inwiefern die einzelnen Referenzpersonen oder -personengruppen fordern, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein politisches Amt ausüben. Hier weisen Berufskolleginnen und -kollegen mit einem Mittelwert von 3.70 (SD = 1.57) sowie der Freundeskreis mit einem Mittelwert von 3.39 (SD = 1.54) die höchsten Werte auf.

Ferner beträgt Cronbachs Alpha für diese Itemgruppierung .804 und weist folglich auf eine hohe interne Skalenkonsistenz hin. Sämtliche Trennschärfekoeffizienten liegen über dem geforderten Wert von .30 und Cronbachs Alpha lässt sich nicht steigern, indem ein Item aus der Skalenbildung ausgeschlossen wird.

Tabelle 7. Übersicht der Zutreffenswahrscheinlichkeit der normativen Überzeugen

Items	M	SD	Trennschärfe
Familie	2.89	1.533	.613
Freundeskreis	3.39	1.540	.703
Berufskolleg*innen	3.70	1.574	.647
Arbeitgeber*in	2.80	1.361	.523

Cronbachs α .804, $N = 92$

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

In Tabelle 8 werden die Skalenwerte der normativen Überzeugung bzw. der Motivation der Fachpersonen der Sozialen Arbeit angezeigt, sich an Referenzpersonen oder -personengruppen zu orientieren. Dabei geben die Mittelwerte an, wie bedeutend die Meinung der Referenzpersonen oder -personengruppen für die Befragten hinsichtlich der Ausübung eines politischen Amtes im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ist. Hier weisen die Meinung von Familienmitgliedern mit einem Mittelwert von 4.77 (SD = 1.57), des Freundeskreises mit einem Mittelwert von 4.34 (SD = 1.32) und der Berufskolleginnen sowie -kollegen mit einem Mittelwert von 4.25 (SD = 1.44) ähnlich hohe Werte auf. Cronbachs Alpha beträgt für diese Itemgruppierung .758, sodass auf eine ausreichende interne Skalenkonsistenz geschlossen werden kann. Der Ausschluss eines Items aus der Skalenbildung ist überflüssig, weil sämtliche Trennschärfekoeffizienten höher als der geforderte Wert von .30 liegen.

Tabelle 8. Übersicht der Motivation für die Orientierung an Referenzpersonen oder -personengruppen

Items	M	SD	Trennschärfe
Familie	4.77	1.718	.371
Freundeskreis	4.34	1.319	.638
Berufskolleg*innen	4.25	1.445	.599
Arbeitgeber*in	3.82	1.668	.599

Cronbachs α .758, $N = 92$

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.2.6 Wahrgenommene Verhaltenskontrolle

Tabelle 9 widerspiegelt erneut die deskriptiven Statistiken und die Trennschärfe für die einzelnen Items der Skala der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle. Der Mittelwert der aus den drei Einzelitems berechneten Gesamtskala liegt hier bei 4.76 (SD = 1.23). Darüber hinaus wurde im Zuge der Reliabilitätsanalyse ermittelt, dass Cronbachs Alpha .650 beträgt, was auf eine ausreichende interne Skalenkonsistenz schliessen lässt. Auch hier ist die Eliminierung eines Items aus der Skalenbildung überflüssig, weil sämtliche Trennschärfekoeffizienten grösser als der geforderte Wert von .30 sind.

Tabelle 9. Übersicht wahrgenommene Verhaltenskontrolle

Items	M	SD	Trennschärfe
Ich kann ein politisches Amt ausüben, wenn ich will ...	4.90	1.684	.609
Entscheidung ein politisches Amt auszuüben, liegt ganz bei mir...	4.91	1.630	.337
Ein politisches Amt auszuüben ist für mich ...	4.43	1.492	.461
Cronbachs α .650, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.2.7 Kontrollüberzeugung

Die nachfolgende Tabelle 10 gibt einen Einblick in die Skalenwerte der Zutreffenswahrscheinlichkeit der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle. Die Mittelwerte widerspiegeln dabei, wie klein bzw. wie gross die Befragten die Wahrscheinlichkeit des Auftretens der wahrgenommene Verhaltenskontrollen einschätzen. Darüber hinaus beträgt Cronbachs Alpha für diese Itemgruppierung .630 und weist folglich auf eine niedrige interne Skalenkonsistenz hin. Sämtliche Trennschärfekoeffizienten liegen dennoch über dem geforderten Wert von .30, weshalb kein Item aus der Skalenbildung ausgeschlossen wird.

Tabelle 10. Übersicht der Zutreffenswahrscheinlichkeit der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle

Items	M	SD	Trennschärfe
Arbeitgeber*in stellt freie Tage (Zeit) zur Verfügung	3.10	1.678	.318
Besitz der notwendigen Fähigkeiten nach Abschluss des Studiums	4.07	1.525	.325
Steigerung des persönlichen Einkommens	3.02	1.213	.363
Cronbachs α .630, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die Tabelle 11 zeigt die Ergebnisse in Bezug auf die deskriptiven Statistiken und die Trennschärfe für die einzelnen Items, die der Skala zur Zutreffenswahrscheinlichkeit der wahrgenommenen Verhaltens erleichterung zugeordnet sind. Die Mittelwerte widerspiegeln dabei, inwiefern die Befragten die genannten Verhaltens erleichterungen auch tatsächlich als Erleichterung für die Ausübung eines politischen Amtes wahrnehmen. Die Steigerung des persönlichen Einkommens weist mit einem Mittelwert von 3.79 (SD = 1.799) den niedrigsten Wert auf. Darüber hinaus beträgt Cronbachs Alpha für diese Itemgruppierung .769 und weist folglich auf eine akzeptable Skalenkonsistenz hin. Sämtliche Trennschärfekoeffizienten liegen über dem geforderten Wert von .30, weshalb kein Item aus der Skalenbildung ausgeschlossen werden muss.

Tabelle 11. Übersicht der wahrgenommenen Verhaltenserleichterung

Items	M	SD	Trennschärfe
Arbeitgeber*in stellt freie Tage (Zeit) zur Verfügung	5.13	1.298	.642
Besitz der notwendigen Fähigkeiten nach Abschluss des Studiums	5.20	1.462	.638
Steigerung des persönlichen Einkommens	3.79	1.799	.520
Cronbachs α .769, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.2.8 Politische Wirksamkeit

Die politische Wirksamkeit wurde insgesamt mit vier Items gemessen, welche wiederum in die externe und interne politische Wirksamkeit unterteilt wurden. Die Tabelle 12 und Tabelle 13 geben Auskunft über die entsprechenden Mittelwerte der Items sowie die dazugehörigen Standardabweichungen. Das Cronbachs Alpha fällt bei der externen .905 sowohl auch bei der internen politischen Wirksamkeit .853 hoch aus. Diese Werte weisen entsprechend auf eine exzellente Skalenskonsistenz hin, weshalb auch in Anbetracht der Trennschärfekoeffizienten kein Item aus der Skalenbildung ausgeschlossen wird.

Tabelle 12. Externe politische Wirksamkeit

Items	M	SD	Trennschärfe
Mitsprachemöglichkeit bei dem, was die Regierung macht...	3.36	0.91	.827
Möglichkeit die Politik zu beeinflussen...	3.25	0.99	.827
Cronbachs α .905, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Tabelle 13. Interne politische Wirksamkeit

Items	M	SD	Trennschärfe
Aktive Rolle in einer Gruppe übernehmen...	2.96	1.11	.743
Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten...	3.21	1.05	.743
Cronbachs α .853, $N = 92$			

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.1.3 Zusammenhänge der direkten und indirekten Messung

Im Rahmen einer Korrelationsanalyse wird der Zusammenhang zwischen den Prädiktoren der Verhaltensintention sowie deren Determinanten untersucht. Um die einzelnen Werte der Überzeugungen zu erhalten, werden die Erwartungs-Wertkomponente zumal multipliziert sowie die erhaltenen Produkte summiert. Die Abbildung 4 zeigt jeweils die Pearson-Korrelationen für die indirekten und direkten Messung der Einflusskonstrukte Einstellung, subjektiver Norm sowie wahrgenommener Verhaltenskontrolle. Die Pearson-Korrelation zwischen sämtlichen Überzeugungen sowie der Prädiktoren weisen signifikante Werte auf.

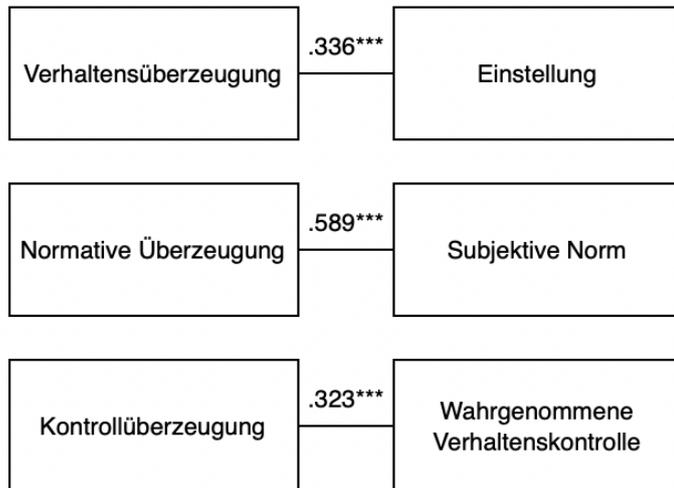


Abbildung 4. Korrelation zwischen der direkten und indirekten Messung

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.2 Ergebnisse aus Regressionsanalyse

Im nächsten Abschnitt wird auf den Effekt von den Hintergrundvariablen wie Alter, Geschlecht, politisches Interesse und politische Wirksamkeit auf die Intention, sich parteipolitisch zu engagieren, eingegangen. Dazu werden schrittweise hierarchische Regressionsanalysen gerechnet. Im ersten Schritt wird das Modell in Kapitel 6.2.1.2 gerechnet mit den Prädiktoren Einstellung, subjektive Norm und wahrgenommene Verhaltenskontrolle. In einem zweiten Schritt wird im Rahmen der hierarchischen Regression jeweils eine Hintergrundvariable mit in das Modell aufgenommen und der zusätzliche Beitrag dieser Variable zur Varianzaufklärung berechnet. Dabei bleiben die restlichen Hintergrundvariablen jedoch auf Grund der Stichprobengrösse von $n = 92$ unberücksichtigt.

6.2.1 Interkorrelation

Im Zuge der bivariaten Analyse zeigen sich in Anlehnung an Tabelle 14 signifikant positive Korrelationen, die einen Zusammenhang moderater bis grosser Stärke zwischen der Verhaltensintention auf der einen Seite und den Skalen zur Einstellung, zur subjektiven Norm und der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle auf der anderen Seite belegen.

Tabelle 14. Interkorrelation

	VI	E	SN	WVK
Verhaltensintention (VI)	1			
Einstellung (E)	.504**	1		
Subjektive Norm (SN)	.554**	.409**	1	
Wahrgenommene Verhaltenskontrolle (WVK)	.439**	.347**	.480**	1

Anmerkung: * $p < .05$, ** $p < .001$

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

6.2.2 Multiple lineare Regression

Die durchgeführte Regressionsanalyse zur Erklärung der Verhaltensintention anhand der Prädiktoren Einstellung, subjektive Norm und wahrgenommene Verhaltenskontrolle ergibt einen Wert von korrigiert $R^2 = .40$, $F(3,88) = 21.27$, $p < .001$. Dies bedeutet, dass 40 % der Varianz in der Verhaltensintention durch die drei Prädiktoren erklärt werden kann, was einer grossen Effektstärke entspricht. Die Tabelle 15 gibt Auskunft über die entsprechenden Regressionskoeffizienten und ihre Signifikanzniveaus.

Tabelle 15. Hierarchische lineare Regressionsanalyse

Modelle	1	2	3	4	5	6	7	8
Abhängige Variable Intention								
<i>Modelleigene Komponenten</i>								
Einstellung	.304***	.298***	.295**	.306**	.318***	.324**	.306**	.305***
Subjektive Norm	.350***	.262**	.348***	.347***	.351***	.352***	.347***	.351***
Wahrgenommene Verhaltenskontrolle	.166	.199*	.156	.153	.181	.177	.119	.199*
<i>Hintergrundfaktoren</i>								
Alter		-.426***						
Zivilstand (1 = ledig, geschieden, getrennt; 0 = verheiratet)			.142					
Geschlecht (1 = weiblich, 0 = männlich)				-.029				
Kinder im Haushalt (1 = ja, 0 = nein)					.141			
Politisches Interesse						-.049		
Politische Wirksamkeit (intern)							.088	
Politische Wirksamkeit (extern)								-.177*
Korrigiertes R^2	.401	.577	.414	.386	.414	.395	.399	.425
R^2	.420	.596	.440	.414	.440	.422	.401	.401
N	92	92	92	89	92	92	92	92

Anmerkung: Ausgabe standardisierter Regressionskoeffizient (β). Signifikanzniveaus: * $p < .05$, ** $p < .01$, *** $p < .001$

Quelle: Eigene Darstellung und Erhebung

Die wahrgenommene Verhaltenskontrolle spielt hinsichtlich der Erklärungskraft im Rahmen des multiplen Regressionsmodells im Unterschied zur bivariaten Korrelationsanalyse allerdings keine Rolle ($B = 0.22$, $SE = 0.12$, $\beta = .17$, $t = 1.76$, $p = .081$). Bei gegebenen Werten der beiden Variablen «Einstellung» und «subjektive Norm» kann kein Effekt der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle auf die Intention der Ausübung eines politischen Amtes nachgewiesen werden. Den stärksten Einfluss auf die Verhaltensintention weist dagegen die subjektive Norm auf ($B = 0.33$, $SE = 0.09$, $\beta = .35$, $t = 3.62$, $p < .001$).

Je eher das nahe Umfeld der Person die Ausübung eines politischen Amtes befürwortet, desto grösser ist demnach die Absicht der Fachpersonen der Sozialen Arbeit, im Laufe ihrer Tätigkeit ein solches Verhalten aufzuzeigen. Als zweiter bedeutender Prädiktor erweist sich die Einstellung ($B = 0.49$, $SE = 0.15$, $\beta = .30$, $t = 3.35$, $p = .001$), denn eine positive Haltung bezüglich parteipolitischen Engagements wirkt sich positiv auf die entsprechende Intention aus.

Im nächsten Kapitel 6.2.3 wird auf den Effekt von Hintergrundvariablen wie Alter, Geschlecht, politisches Interesse und politische Wirksamkeit auf die Intention parteipolitischen Engagements eingegangen, wozu Regressionsanalysen in zwei Schritten erfolgen. In der ersten Etappe wird das Kernmodell der TPB mit den klassischen Prädiktoren Einstellung, subjektive Norm und wahrgenommene Verhaltenskontrolle berechnet, wonach im zweiten Schritt jeweils eine Hintergrundvariable ins Modell aufgenommen und der zusätzliche Beitrag dieser Variable zur Varianzaufklärung berechnet wird. Dabei bleiben die restlichen Hintergrundvariablen aufgrund der Stichprobengrösse von $n = 92$ unberücksichtigt. Sämtliche Ausführungen in Kapitel 6.2.3 beziehen sich auf die vorgängig dargelegte Tabelle 15.

6.2.3 Hierarchische lineare Regression

Im Rahmen der Korrelationsanalyse ergab sich zwischen der unabhängigen Variable «Alter» und der abhängigen Variable «Verhaltensintention» ein signifikant negativer Korrelationskoeffizient moderater Stärke ($r(90) = -.50$). Mit zunehmendem Alter nimmt folglich die Intention ab, ein politisches Amt auszuüben. Im Regressionsmodell 2 zeigt sich dieser Effekt ebenfalls. Mit einem Wert von $\beta = -.43$ ($B = -0.05$, $SE = 0.01$, $t = -6.14$, $p < .001$) gilt das Alter als stärkster Prädiktor für die Verhaltensintention und liefert einen Beitrag von zusätzlich 18 % zur Varianzaufklärung ($\Delta R^2 = 0.18$, $F(1, 87) = 37.72$, $p < .001$).

Ledige bzw. geschiedene oder getrennt lebende Personen ($n = 54$) erreichen im Mittel höhere Werte auf der Intentionsskala ($M = 3.27$, $SD = 1.51$) gegenüber verheirateten Fachpersonen der Sozialen Arbeit ($n = 38$, $M = 2.59$, $SD = 1.66$), $t(90) = 2.06$, $p = .042$). Die Stärke des Effekts fällt dabei jedoch gering aus ($d = 0.44$). Im Regressionsmodell 3 liefert die unabhängige Variable «Zivilstand» bei gegebenen Werten für die Einstellung, die subjektive Norm und die wahrgenommene Verhaltenskontrolle keinen darüber hinausgehenden substanziellen Beitrag zur Varianzaufklärung ($\Delta R^2 = 0.02$, $F(1, 87) = 3.08$,

$p = .083$) und der entsprechende Regressionskoeffizient ist ebenfalls insignifikant ($B = 0.46$, $SE = 0.26$, $\beta = .14$, $t = 1.75$, $p = .083$).

Frauen ($n = 66$) gaben im Vergleich zu Männern ($n = 23$, $M = 3.35$, $SD = 1.46$) im Mittel eine niedrigere Absicht an, ein politisches Amt auszuüben ($M = 2.81$, $SD = 1.61$). Dieser Mittelwertunterschied ist allerdings insignifikant ($t(87) = -1.42$, $p = .159$, $d = 0.34$). Im weiteren hierarchischen Regressionsmodell 4 trägt die Variable «Geschlecht» in keinem relevanten Mass zur Varianzaufklärung bei ($\Delta R^2 = 0.00$, $F(1, 84) = 0.12$, $p = .733$) und der entsprechende Regressionskoeffizient ist ebenso insignifikant ($B = -0.11$, $SE = 0.31$, $\beta = -.03$, $t = -0.34$, $p = .733$).

Im Rahmen der Korrelationsanalyse stellt sich zudem heraus, dass die Tatsache, ob Kinder im Haushalt leben oder nicht, keinen Einfluss auf die Intention parteipolitischen Engagements von Fachpersonen der Sozialen Arbeit haben. Personen, die mit einem bzw. mehreren Kindern im Haushalt leben ($n = 18$, $M = 3.11$, $SD = 1.65$) weisen im Durchschnitt einen ähnlichen Skalenwert auf wie solche, auf die dies nicht zutrifft ($n = 74$, $M = 2.96$, $SD = 1.60$), $t(90) = 0.36$, $p = .721$, $d = 0.09$). Im Rahmen der Regressions-schätzung bzw. Regressionsmodell 5 bewirkt die unabhängige Variable «Kinder im Haushalt» lediglich einen unbedeutenden Zuwachs an Varianzaufklärung ($\Delta R^2 = 0.02$, $F(1, 87) = 3.01$, $p = .087$).

Zwischen Politikinteresse und Verhaltensintention ergibt sich im Rahmen der Korrelationsanalyse ein signifikant positiver Korrelationskoeffizient moderater Stärke ($r(90) = .29$, $p = .005$). Mit zunehmendem Politikinteresse wächst demnach die Intention der Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit, ein politisches Amt auszuüben. Im Regressionsmodell 6 ist die unabhängige Variable «Politikinteresse» jedoch insignifikant, sodass sie keinen relevanten zusätzlichen Beitrag zur Varianzaufklärung liefert ($\Delta R^2 = 0.00$, $F(1, 87) = 0.25$, $p = .619$). Der entsprechende Regressionskoeffizient ist ebenso unbedeutend ($B = -0.10$, $SE = 0.21$, $\beta = -.05$, $t = -0.50$, $p = .619$).

Auch zwischen der internen politischen Wirksamkeit und der Verhaltensintention konnte im Rahmen der Korrelationsanalyse eine signifikant positive Korrelation moderater Stärke festgestellt werden ($r(90) = .30$, $p = .004$), während zwischen der externen politischen Wirksamkeit und der Verhaltensintention kein signifikanter Korrelationskoeffizient ($r(90) = -.09$, $p = .412$) ausgewiesen wurde. Im Regressionsmodell 7 ist die unabhängige

Variable «interne politische Wirksamkeit» jedoch insignifikant und trägt demnach nicht relevant zur Varianzaufklärung bei ($\Delta R^2 = 0.01$, $F(1, 87) = 0.82$, $p = .368$) und auch der entsprechende Regressionskoeffizient ist insignifikant ($B = 0.14$, $SE = 0.15$, $\beta = .09$, $t = 0.91$, $p = .368$). Die unabhängige Variable «externe politische Wirksamkeit» fällt im letzten Regressionsmodell 8 ebenso unbedeutend aus, sodass sie keinen relevanten zusätzlichen Beitrag zur Varianzaufklärung liefert ($\Delta R^2 = 0.03$, $F(1,87) = 4.77$, $p = .368$). Der Regressionskoeffizient hingegen fällt an dieser Stelle signifikant aus ($B = 0.14$, $SE = 0.15$, $\beta = .09$, $t = 0.91$, $p = .032$).

7. Diskussion

In der vorliegenden Master-Thesis wurde eine empirische Forschung zum parteipolitischen Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, vor dem Hintergrund der TPB durchgeführt. Es wurden gesamthaft 92 Fachpersonen der Sozialen Arbeit, die zugleich Mitglied des Berufsverbandes AvenirSocial der Region Ostschweiz sind, zum Thema befragt. Die Ergebnisse zielten darauf ab, mittels einer Online-Befragung aufzudecken, wie die Einstellung, subjektive Norm sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Zielgruppe, ein politisches Amt auszuüben, beeinflussen bzw. erklären können. Im folgenden Kapitel sollen die vorgängig dargestellten Ergebnisse kritisch reflektiert, fachlich fundiert diskutiert und mit bestehenden Forschungserkenntnissen verknüpft werden.

7.1 Diskussion der deskriptiven Ergebnisse

In diesem Teil der Diskussion geht es zunächst darum, die Ergebnisse sämtlicher metrischer Variablen hinsichtlich ihrer Mittelwerte und Standardabweichungen zu reflektieren. In Kapitel 6.1 wurde erwähnt, dass die deskriptive Darlegung der Ergebnisse vor allem darauf abzielte, einen vertieften Einblick in die einzelnen Überzeugen zu erhalten, weil die Erkenntnisse aus der indirekten Messung in der Regressionsanalyse unberücksichtigt blieben. Aus diesem Grund werden nachfolgend vor allem die Überzeugen bzw. Ergebnisse der indirekten Messungen diskutiert. Zunächst wird die erste Fragestellung beantwortet, bei welcher es darum ging herauszufinden, inwiefern Fachpersonen der Sozialen Arbeit beabsichtigen, im Laufe ihrer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit ein parteipolitisches Amt auszuüben.

7.1.1 Verhaltensintention

Die deskriptiven Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass die allgemeine Einschätzung der Verhaltensabsicht auf die gesamte Stichprobe bezogen mit einem Mittelwert von 3.20 (SD = 1.73) negativ ausfällt. In Anbetracht dessen, dass die Verhaltensintention der Prädiktor für das tatsächliche Verhalten ist (Ajzen, 1991, S. 181), implizieren die Ergebnisse, dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit nicht beabsichtigen, sich im Laufe ihrer Tätigkeit tatsächlich parteipolitisch zu engagieren. Der durchgeführte Mittelwertvergleich des Konstrukts Intention, zeigt jedoch auch Unterschiede auf. Es ist interessant, dass mit zunehmender Verbindlichkeit der Aussagen, die angegebene Intention sinkt. Die Angabe darüber, ob die Befragten es planen ein politisches Amt auszuüben, fällt somit mit einem Mittelwert von 2.49 (SD = 1.56) im Vergleich zur generellen Einschätzung der Intention deutlich tiefer aus. Hinsichtlich der Standardabweichung lässt sich ebenso sagen, dass die Befragten sich einiger über die Aussage waren, die Ausübung eines

politischen Amtes nicht zu planen. Dies bestätigt nochmals, dass womöglich die wenigsten Mitglieder des Berufsverbandes der Region Ostschweiz künftig ein politisches Amt ausüben werden. Dabei ist dieser Aussage kritisch bzw. mit Vorbehalt gegenüberzustehen, weil Ajzen (1985, S. 12) darauf hinweist, dass sich die Intention im Laufe der Zeit durchaus ändern kann.

7.1.2 Einstellung

Gemäss den Forschungsergebnissen fällt die Einstellung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit gegenüber parteipolitischem Engagement mit einem Mittelwert von 5.01 trotz negativer Intention deutlich positiv aus, wobei die entsprechende Standardabweichung von 1.00 nahelegt, dass sich die Befragten hierüber einig sind. Dieses Ergebnis bestätigt die Annahme, dass eine positive Einstellung nicht immer mit einer positiven Intention einhergeht (Graf, 2007, S. 32), und spricht für die Entwicklung der TPB (Ajzen, 1991, S. 181). Es muss jedoch kritisch angemerkt werden, dass die direkte Messung der Einstellung vor allem affektive Komponente umfasst, jedoch kognitive sowie konative Aspekte ignoriert (Graf, 2007, S. 36).

Zudem verweist der tiefste Mittelwert von 3.90 darauf, dass die Ausübung eines politischen Amtes als unangenehm empfunden wird. Auch Kindler (2019a, S. 37) stellte in seiner Untersuchung fest, dass Fachpersonen der Sozialen Arbeit politische Aktivitäten bevorzugen, welche weder zeitliche noch monetäre Ressourcen erfordern und keine öffentlichen Expositionen bedingen. Dies stellt einen Hinweis darauf dar, dass die Befragten durch die Ausübung eines politischen Amtes eine öffentliche Exposition befürchten. Im Allgemeinen bestätigt jedoch die positive Einstellung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit die vorangehenden Untersuchungsergebnisse von Kindler (2019b), Kulke und Schmidt (2019) sowie Roth und Ragus (2018), welche eine überwiegende Zustimmung zu einem politischen Auftrag feststellen. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um eine kognitive Dissonanz, weil die positive Einstellung und die tiefe Intention nicht übereinstimmen (Werth et al., 2020, S. 261). Aus theoretischer Sicht empfiehlt sich in einem solchen Fall entweder das Verhalten anzupassen, also ein politisches Amt auszuüben oder die entsprechende Haltung zu überdenken.

Hinsichtlich der Ergebnisse zu den Verhaltensüberzeugungen zeigt sich, dass der hohe zeitliche Aufwand, die Förderung der sozialen Gerechtigkeit sowie die Überzeugung, die Interessen von Klient*innen in politischen Diskussionen zu vertreten, die entsprechende Einstellung am stärksten determinieren. In Anbetracht des tiefen Cronbachs Alpha mit .505 und der jeweiligen Trennschärfe sind einige Angaben jedoch wenig aussagekräftig

und kritisch zu betrachten. So etwa liegt bezüglich der Entstehung der Haltung der Fachpersonen der Sozialen Arbeit kein Zusammenhang zwischen der Steigerung des sozialen Ansehens sowie der Wahrscheinlichkeit vor, dass die Ausübung eines politischen Amtes der Karriere schaden kann. Die Erwartung in Bezug auf den hohen zeitliche Aufwand bestätigt die Aussagen aus der Studie von Dickinson (2004, S. 12–15) und Kindler (2019a, S. 37), wobei die Standardabweichung hinsichtlich der Zutreffwahrscheinlichkeit, dass die Interessen der Klient*innen in politischen Diskussion durch die Besetzung einer politischen Position vertreten werden können, mit einem Wert von 1.03 darauf hindeutet, dass sich die Befragten darüber weitgehend einig sind.

Die Ergebnisse sind im Zusammenhang mit der Diskussion um eine politische Praxis Sozialer Arbeit relevant, weil insbesondere Benz et al. (2014, S. 8–9) die angegebenen Überzeugungen bzw. die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und die Stärkung der Interessen der Klient*innen in politischen Diskussionen als politischen Auftrag der Sozialen Arbeit sehen. Auch stehen die Resultate mit Amanns (2019, S. 25–26) qualitativer Studie im Einklang, in welcher hervorging, dass die Entscheidung der Sozialarbeitenden sich aktiv parteipolitisch zu engagieren mehrheitlich aus ihrer praktischen Tätigkeit als Professionelle der Sozialen Arbeit resultiert. Sofern die Fachpersonen der Sozialen Arbeit ein politisches Amt aufgrund der genannten Überzeugungen ausüben, lässt sich ihr politisches Engagement, auch wenn es sich um ein staatsbürgerliches Mittel handelt, im Sinne des Policy-Practice-Konzepts (Gal & Weiss-Gal, 2014, S. 5) auf der professional route verorten.

7.1.3 Subjektive Norm

Das Ergebnis hinsichtlich der subjektiven Norm fällt mit einem Mittelwert von 3.55 negativ aus, wobei sich hieran kritisieren lässt, dass die subjektive Norm lediglich mit einem Item gemessen wurde, was auf eine geringe Reliabilität schliessen lässt. Dennoch befindet sich der Mittelwert leicht unter der Skalenmitte von 4 und ist somit nur schwach negativ. Die Standardabweichung mit 1.72 weist auf eine leicht höhere Streuung der Ergebnisse hin, weshalb die Annahme naheliegt, dass sich die Befragten uneinig sind.

Die Ergebnisse der indirekten Messung zeigen in Bezug auf die normativen Überzeugungen, dass bei der Intention der Ausübung eines politischen Amtes vor allem die Meinung der Familie, des Freundeskreises und der Berufskolleginnen sowie -kollegen eine Rolle spielt. Es ist dabei hervorzuheben, dass die Motivation, sich nach Referenzpersonen oder -gruppen zu richten, mit einem Mittelwert von 4.77 (SD = 1.71) bei der Familie

am höchsten ausfällt, gefolgt vom Freundeskreis mit 4.34 (SD = 1.32) und von Berufskolleginnen sowie -kollegen mit 4.25 (SD = 1.45). Die Motivation der Orientierung am Arbeitgeber fällt mit einem Mittelwert von 3.82 (SD = 1.67) hingegen leicht negativ aus.

In Anbetracht der Lernthese (Lütters, 2022, S. 87) ist kritisch zu betrachten, dass in der Befragung die Angehörigen wenig Beachtung fanden. Es geht aus den Ergebnissen beispielsweise nicht hervor, welche Referenzpersonen oder -gruppen bereits ein politisches Amt ausüben und den Fachpersonen der Sozialen Arbeit somit als positive Rollenvorbilder dienen. Angesichts der Mittelwerte werden jedoch die Ergebnisse aus der Studie von Felderhoff et al. (2016, S. 30) bestätigt, wonach sich Sozialarbeiter*innen vor allem im Austausch mit Bekannten, Berufskolleginnen und -kollegen sowie Familienmitgliedern über politische Aktualitäten informieren.

7.1.4 Wahrgenommene Verhaltenskontrolle

Die Ergebnisse der direkten Messung der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle fallen insgesamt positiv aus, was bedeutet, dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit über eine starke wahrgenommene Verhaltenskontrolle haben. Sie können demnach ein politisches Amt ausüben, wenn sie es wollen (M = 4.90) und die Entscheidung ein solches Amt auszuüben liegt deutlich bei den Personen selbst (M = 4.91) und wird nicht durch externe Ursachen entscheidend beeinflusst. Ferner geht aus den deskriptiven Ergebnissen hervor, dass die Befragten die Ausübung eines politischen Amtes für möglich halten (M = 4.43). Aus der Sichtweise von Schmitz und Perels (2006, S. 93) handelt es sich in diesem Fall um eine internale Ursachenzuschreibung. In Anlehnung an die Aussage von Mielke (1982, S. 21) ist das Ergebnis erfreuend, weil die Fachpersonen mit internen Kontrollüberzeugungen leben, sodass sie glauben über Kontrollmöglichkeiten zu verfügen, wenn es um die Entscheidung geht ein politisches Amt auszuüben.

Die Betrachtung der Ergebnisse aus der indirekten Messung zeigen dennoch bemerkenswerte Erkenntnisse. Die Fachpersonen der Sozialen Arbeit halten die Tatsache, dass Arbeitgebende für die Ausübung eines politischen Amtes freie Tage bzw. zeitliche Ressourcen zur Verfügung stellen für unwahrscheinlich (M = 3.10), obwohl gerade dies die Ausübung eines politischen Amtes erleichtern würde (M = 5.13).

In Artikel 324a Abs. 1 OR (Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 30. März 1911, SR 220) ist festgehalten, dass Personen, die ein öffentliches Amt ausüben, arbeitsrechtlich Anspruch auf einzelne freie Tage haben, wenn sie an ihrer Arbeit unverschuldet verhindert sind. So ist gemäss Art. 374a Abs. 1

OR die Ausübung eines politischen Amtes von seiner Wirkung her einem Unfall oder einer Krankheit gleichgestellt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Personen unbeschränkt freie Zeit in Anspruch nehmen können. Bei Möglichkeit soll das politische Amt ausserhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden, wobei für amtsbedingte Absenzen empfohlen wird, einvernehmliche Lösungen mit dem Arbeitgebenden zu finden (Derungs et al., 2021, S. 20–21). Aus der Befragung geht nicht hervor, inwiefern die Fachpersonen über ihre entsprechenden Rechte aufgeklärt sind. Das Ergebnis könnte aber als Hinweis dafür gesehen werden, dass dies nicht der Fall ist oder in der Praxis kaum thematisiert wird.

Darüber hinaus halten es die Fachpersonen der Sozialen Arbeit für knapp wahrscheinlich, dass sie nach Abschluss des Studiums in Sozialer Arbeit die notwendigen Fähigkeiten besitzen, um ein politisches Amt auszuüben ($M = 4.07$), obgleich dies klar als eine Erleichterung ($M = 5.20$) für die Ausführung dieses Verhaltens angesehen wird. Angesichts dessen erscheint die Einbeziehung der Policy Practice in die Ausbildung Sozialer Arbeit, wie von Gal & Weiss-Gal (2014, S. 202) und Burzlaff (2022a, S. 76) gefordert, sinnvoll. Im Vergleich zu den bereits genannten Aspekten spielt die Steigerung des persönlichen Einkommens durch die Ausübung eines politischen Amtes für die Fachpersonen eine unbedeutende Rolle.

7.1.5 Hintergrundfaktoren

In der Einleitung dieser Arbeit wurde erwähnt, dass Seithe (2014, S. 109) die Auffassung vertritt, dass Sozialarbeitende politisch apathisch sind. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung bezeichnen sich allerdings 48,9 % der Befragten als ziemlich politisch interessiert. Im nationalen Vergleich fällt dieser Wert sogar höher aus, da in der ESS 45,1 Prozent der befragten Personen mit einer tertiären Ausbildung angeben am politischen Geschehen ziemlich interessiert zu sein (Ernst Stähli et al., 2016). Diese Aussage von Seithe (2014, S. 109), lässt sich somit in Bezug auf das politische Interesse der Fachpersonen der Sozialen Arbeit, nicht bestätigen. Der hohe Wert kann womöglich mit der Stichprobenrekrutierung begründet werden, weil die Annahme nahe liegt, dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit, welche zugleich eine Mitgliedschaft beim Berufsverband AvenirSocial haben und bei dieser Befragung teilnehmen, sich eher für politische Angelegenheiten interessieren.

7.2 Diskussion der Ergebnisse aus Regressionsanalyse

Im zweiten Teil der Diskussion besteht das Ziel darin die zweite und dritte Teilfrage der vorliegenden Forschung zu diskutieren. Zum einen handelt es sich also um die Frage, welche Bedeutung den in der TPB spezifizierten klassischen Modellkomponenten zur

Erklärung der Verhaltensintention beikommt. Unter den klassischen Modellkomponenten der TPB lassen sich die Einstellung zum Verhalten, die subjektive Norm sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle subsumieren. Zum anderen soll diskutiert werden, welchen zusätzlichen Beitrag die Hintergrundfaktoren bzw. Hintergrundvariablen zur Erklärung der Verhaltensintention leisten können. Die Ergebnisse aus der multiplen Regressionsanalyse, welche jeweils in zwei Schritten vorgenommen wurde, werden in den bestehenden Forschungsstand eingeordnet und mit dem geführten Fachdiskurs in Verbindung gebracht.

7.2.1 Einfluss der drei klassischen Prädiktoren der TPB

Für die TPB ist die Grundannahme, dass die Verhaltensintention durch die indirekte Messung der Einstellung zum Verhalten, der subjektiven Norm sowie der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle vorhergesagt werden kann (Ajzen, 1991, S. 181). In der vorliegenden Master-These konnte tatsächlich 40 Prozent der Varianz in der Verhaltensintention durch die Einstellung zum Verhalten, der subjektiven Norm und der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle erklärt werden. Dieses Ergebnis erfreut, weil sie mit den Ergebnissen aus der Metaanalyse, in welcher 185 unabhängige Studien der TPB von Armitage und Conner (2001, S. 417) untersucht wurden und dadurch 39 Prozent der Varianz der Verhaltensintention durch die drei Prädiktoren erklärt werden konnte, übereinstimmt. Dabei ist allerdings zu beachten und kritisch anzumerken, dass lediglich die Einstellung und die subjektive Norm zur Schätzung der Verhaltensintention einen signifikanten Beitrag geleistet haben, während die wahrgenommene Verhaltenskontrolle mit einem p-Wert von .081 keinen zusätzlichen Beitrag leisten konnte. Dieses Ergebnis war in Anbetracht des p-Werts, wenn gleich knapp verfehlt, dennoch nicht statistisch signifikant.

In Kapitel 7.1.4 wurde bereits geschildert, dass eine mögliche Begründung eine abweichende Interpretation der formulierten Fragebogenitems aus Sicht der Befragten sein könnte. Nebstdem könnte aber auch die eher schwache Aussagekraft der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle im langen bzw. vage formulierten Zeitraum bis zur Ausübung des politischen Amtes liegen. Zudem ist in Bezug auf die Operationalisierung der drei Prädiktoren auch kritisch zu reflektieren, dass das Cronbachs Alpha mit einem Wert von .650 bei der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle fragwürdig ausgefallen ist, während die interne Konsistenz bei der Einstellung mit einem Cronbachs Alpha von .871 sehr gut war und dadurch auf eine höhere Reliabilität schliessen lässt. Im Rahmen dieser Master-These hatte im traditionellen Modell der TPB die subjektive Norm mit einem p-Wert von

< .001 den stärksten Einfluss auf die Verhaltensintention. Dieses Ergebnis erstaunt, weil in vielen anderen Studien (Armitage & Conner, 2001, S. 481–482) die subjektive Norm nicht zur Vorhersage der Intention beigetragen hat. Gerade deswegen ist der Ruf in der Literatur nach einer umfassenderen und adäquateren Konzeptualisierung der subjektiven Norm laut geworden (Terry & Hogg, 1996, S. 780–781). Der Grund für die vorliegenden Ergebnisse jedoch könnte in der Tatsache liegen, dass die subjektive Norm lediglich mit einem Item operationalisiert und nicht mit einer ganzen Skala gemessen wurde. Einen weiteren Grund könnten tatsächlich die Untersuchungsergebnisse von Felderhoff et al. (2016, S. 30) und Kindler (2019b, S. 82) darstellen, welche besagen, dass sich die Fachpersonen der Sozialen Arbeit vor allem mit ihrem Umfeld rege über politische Themen austauschen. Als zweiter bedeutender Prädiktor hat sich nebst der subjektiven Norm die Einstellung erwiesen, so dass angenommen werden kann, dass eine positive Haltung bezüglich parteipolitischen Engagements wirkt sich positiv auf die entsprechende Intention aus.

7.2.2 Einfluss der Hintergrundfaktoren

Gemäss Ajzen und Fishbein (1980, S. 80) kann die Berücksichtigung einzelner Hintergrundfaktoren zum Verständnis einer bestimmten Handlung beitragen, weshalb die einzelnen Hintergrundvariablen schrittweise ins Regressionsmodell hinzugenommen wurden. Die Ergebnisse der vorliegenden Masterthesis zeigen dabei, dass die Hintergrundvariable «Alter» mit einem p-Wert von < .001 und einem Regressionskoeffizienten B von -.43 als einziger signifikanter Prädiktor den stärksten Einfluss auf die Verhaltensintention ausübt und mit 18 % einen erheblichen Beitrag zur Varianzaufklärung liefert. Im Vergleich zu den anderen Modellen bietet Regressionsmodell 2 durch die Hinzunahme des Alters somit den höchsten Erklärungsgehalt. Der negative Regressionskoeffizient weist inhaltlich allerdings auf einen negativen Zusammenhang hin, was bedeutet, dass mit zunehmendem Alter die Intention der Ausübung eines politischen Amtes abnimmt.

Dieses Ergebnis widerspricht der Studie von Kindler (2019b, S. 87–88), wonach die politische Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit im Alter von 31 bis 35 Jahren einen ersten Höchstwert erreicht und später im Alter von 56 bis 60 Jahren erneut auf einen zweiten Höhepunkt ansteigt. Hierbei wurde jedoch keine Art der politischen Aktivität bestimmt. Eine Begründung für die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit kann lauten, dass die Intention mit zunehmendem Alter sinkt, weil andere Arten politischen Engagements bevorzugt werden, die weniger zeitintensiv sind und vor begrenztem Publikum stattfinden (Kindler, 2019a, S. 37).

Die restlichen Hintergrundvariablen Zivilstand, Geschlecht, Anzahl Kinder im Haushalt, Politikinteresse sowie die politische Wirksamkeit konnten im Rahmen der Regressionsanalyse durch ihre Hinzunahme keinen zusätzlichen Beitrag zur Varianzaufklärung leisten. Bei der externen politischen Wirksamkeit ist interessant, dass dieser trotz fehlender Korrelation, bei der Regression mit einem p-Wert von .032 plötzlich signifikant ausfällt. Es handelt sich dabei um einen sogenannten Suppressorvariable (Urban & Mayerl, 2011, S. 82) und wird daher nicht weiter interpretiert. Die Entstehung des Suppressionseffekts könnte allerdings daran liegen, dass die Skalenniveaus in der Berechnung unterschiedlich waren.

In Kapitel 3.4.3 wurde die Rolle der Lehre diskutiert und eine Studie vorgestellt, bei welcher bewiesen wurde, dass die Absolvierung von Trainingsprogrammen bei Studierenden der Sozialen Arbeit zu einer signifikanten Steigerung ihrer künftig geplanten politischen Aktivität geführt hat (Lane et al., 2018, S. 13–14). Auch im Rahmen dieser Arbeit erscheint es angemessen solche politische Weiterbildungsangebote für Fachpersonen der Sozialen Arbeit anzubieten, weil dadurch einerseits die notwendigen Kompetenzen vermittelt und andererseits die wahrgenommene Verhaltenskontrolle bzw. die politische interne Wirksamkeit gestärkt werden kann. Gerade in Anbetracht dessen, dass mit zunehmendem Alter die Intention abnimmt, ist es womöglich gewinnbringend denjenigen, die eine höhere Intention aufweisen, das notwendige Wissen in Bezug auf Policy-Practice näher zu bringen, so dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit über wichtige Kompetenzen zur Politikgestaltung besitzen und ihren politischen Auftrag wahrnehmen können und wollen.

8. Fazit

Nachdem die Untersuchungsergebnisse im vorangegangenen Abschnitt dargestellt und diskutiert wurden, werden im nachfolgenden Unterkapitel die hauptsächlichlichen Ergebnisse zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet. In einem weiteren Schritt werden kritische Anmerkungen in Bezug auf die verwendete Untersuchungsmethodik gemacht, wobei es vor allem darum geht, mögliche Fehlerquellen und Einschränkungen der vorliegenden Master-Thesis zu verdeutlichen, um auf diese Weise die Grundlage für eine objektive Betrachtung der gewonnenen Untersuchungsergebnisse zu schaffen. In Anlehnung an die Limitationen werden im letzten Abschnitt zum einen offen gebliebene Fragen aufgezeigt, zum anderen zukünftige Forschungsmöglichkeiten erläutert.

8.1 Zusammenfassung und Beantwortung der Forschungsfragen

Das Ziel dieser Master-Thesis bestand darin, anhand eines Online-Fragebogens die Einstellung, die subjektive Norm, die wahrgenommene Verhaltenskontrolle sowie die Intention von Fachpersonen der Sozialen Arbeit, ein politisches Amt auszuüben, durch eine indirekte und direkte Messung zu erfassen. Dabei ging es um die leitende Fragestellung inwiefern die Einstellung, subjektive Norm sowie die wahrgenommene Verhaltenskontrolle die Intention der Fachpersonen zur Ausübung eines politischen Amtes vorhersagen können. Mittels einer deskriptiven Analyse wurde zuerst der ersten Teilfrage nachgegangen, inwiefern die befragten Fachpersonen beabsichtigen, im Laufe ihrer Tätigkeit ein politisches Amt auszuüben. Dabei wurde aufgezeigt, dass die allgemeine Einschätzung der Verhaltensabsicht auf die gesamte Stichprobe ($N = 92$) bezogen mit einem Mittelwert von 3.20 ($SD = 1.73$) tief ausfällt. Mit zunehmender Verbindlichkeit der Aussagen sank die angegebene Intention, sodass die Angabe der Befragten über ihr Vorhaben der Einnahme einer politischen Position mit einem Mittelwert von 2.49 ($SD = 1.56$) im Vergleich zur generellen Einschätzung der Intention deutlich tiefer ausfiel. So lässt sich die erste Teilfrage beantworten, indem besagt wird, dass die befragten Fachpersonen der Sozialen Arbeit grundsätzlich eine tiefe Intention aufweisen und daher sich mit einer hohen Wahrscheinlichkeit nicht parteipolitisch engagieren werden. Mithilfe des statistischen Verfahrens der linearen Regressionsanalyse wurde zudem die Frage beantwortet, welche Bedeutung den drei klassischen Prädiktoren der TPB bzw. der Einstellung, subjektiver Norm sowie wahrgenommener Verhaltenskontrolle zukommen. Aus den Ergebnissen ging hervor, dass diese gesamthaft 40 Prozent der Varianz in der Intention erklären. Dabei leisteten allerdings nur die Einstellung und die subjektive Norm einen signifikanten Beitrag, während dies auf die wahrgenommene Verhaltenskontrolle

nicht zutraf. Mittels einer hierarchischen Regression wurde zudem die letzte Fragestellung beantwortet, indem herausgestellt wurde, dass das Alter über die klassischen Prädiktoren hinaus mit 18 Prozent erheblich zur Varianzaufklärung beiträgt.

In Anlehnung an die vorliegende Untersuchung kann zusammenfassend festgehalten werden, dass eine positive Einstellung gegenüber der Ausübung eines politischen Amtes mit einer höheren Intention einhergeht. Ausserdem spielt das nahe Umfeld der Befragten eine essenzielle Rolle bei der Intentionsbildung. Die Wahrgenommene Verhaltenskontrolle hingegen erwies sich im Rahmen der Regressionsanalyse als insignifikant. In Bezug auf das Alter lässt sich schlussfolgern, dass mit zunehmendem Alter die Intention ein politisches Amt auszuüben abnimmt. Die Betrachtung der Verhaltensüberzeugungen hat ferner gezeigt, dass vor allem die zeitlichen Ressourcen die Einstellung beeinflussen und das Fördern der sozialen Gerechtigkeit und die Stärkung der Interessen der Klient*innen in politischen Diskussionen für Fachpersonen der Sozialen Arbeit wichtig sind. Aus den normativen Überzeugungen ist hervorgekommen, dass vor allem die Familie und der Freundeskreis bei der Intentionsbildung eine Rolle spielen. Zudem konnte festgestellt werden, dass das Engagement des Arbeitgebers in diesem Kontext ein parteipolitisches Engagement erleichtern kann. Gestützt auf die Kontrollüberzeugung erweist sich zudem der hochschulische Sozialisationsprozess als entscheidender Faktor dafür, dass sich Fachpersonen der Sozialen Arbeit die notwendigen Fähigkeiten aneignen, um so auf strukturelle Veränderungen hinwirken zu können.

8.2 Methodenkritik und Limitationen

Im Rahmen der vorliegenden Master-These wurde primär das parteipolitische Engagement von Fachpersonen der Sozialen Arbeit fokussiert, wohingegen weitere politische Aktivitäten weitgehend unbeachtet blieben. An dieser Stelle ist jedoch kritisch anzumerken, dass die politische Partizipation nicht auf die Ausübung eines politischen Amtes beschränkt werden kann. Aus dem Fachdiskurs in Bezug auf die politische Praxis Sozialer Arbeit geht, dass diverse weitere Möglichkeiten existieren, wie sich Sozialarbeitende aktiv an politischen Diskursen beteiligen und politisch Einfluss nehmen können.

Ebenso ist bei der Interpretation der vorliegenden Untersuchungsergebnisse zu beachten, dass die Stichprobe aus Mitgliedern des Berufsverbands AvenirSocial der Region Ostschweiz bestand und mit einem Stichprobenumfang von 92 Fachpersonen der Sozialen Arbeit trotz robust geschätzter Regressionsmethode nur begrenzt valide Schlüsse liefert. In dieser Hinsicht ist auf eine mögliche Verzerrung hinzuweisen, weil die Teilnehmenden durch ihre Mitgliedschaft bei einem Berufsverband bereits politisches Interesse

kundgeben, was eine positive Einstellung gegenüber dem untersuchten Verhalten nahelegt. Wenn dieselbe Untersuchung demnach mit Sozialarbeitenden ohne Mitgliedschaft im schweizerischen Berufsverband AvenirSocial durchgeführt worden wäre, wären die Ergebnisse gegebenenfalls abweichend ausgefallen.

Im Nachhinein betrachtet, erweist sich die Operationalisierung der TPB grundsätzlich als komplex und methodisch aufwendig. Während die Operationalisierung und die direkte Messung der Einstellung, der subjektiven Norm sowie der wahrgenommenen Verhaltenskontrolle angemessen und unproblematisch erfolgte, deuten die Ergebnisse der Reliabilitätsanalysen für die indirekte Messung dieser Konstrukte auf Schwierigkeiten hin. Aus diesem Grund sollte die Empfehlung von Ajzen (1991, S. 192) befolgt werden, die relevanten Überzeugungen vor der Hauptuntersuchung im Rahmen einer Vorstudie empirisch ausfindig zu machen. Hinsichtlich der direkten Messung ist wiederum kritisch anzumerken, dass beispielsweise das Konstrukt «subjektive Norm» durch mehr als ein Item hätte operationalisiert werden sollen, um höhere Reliabilität zu gewährleisten.

Eine weitere Limitation ergibt sich bedingt durch die Stichprobengrösse der vorliegenden Untersuchung aus der gewählten Regressionsanalyse: Obwohl die Forschungsfragen unter Anwendung der linearen Regressionsmodellen beantwortet werden konnten, hätten sich mittels eines Strukturgleichungsmodells zusätzlich Abhängigkeitsstrukturen und verborgene Zusammenhänge aufdecken lassen. Zudem war weder die gleichzeitige Hinzunahme mehrerer Hintergrundvariablen im Rahmen der hierarchischen Regression noch eine vergleichende Betrachtung zwischen denjenigen Fachpersonen, die bereits ein politisches Amt ausüben, aufgrund des Stichprobenumfangs möglich.

8.3 Ausblick auf weiterführende Forschung

Die vorliegende empirische Untersuchung zeigte, dass die einzelnen Modellkomponenten «Einstellung», «subjektive Norm» und «wahrgenommene Verhaltenskontrolle» als Prädiktoren 40 Prozent der Varianz in der Verhaltensintention erklären, jedoch blieben Annahmen über bestimmte Zusammenhänge zwischen diesen Variablen unbehandelt. In Kapitel 8.2 wurde erwähnt, dass aufgrund der Stichprobengrösse eine Regressionsanalyse durchgeführt wurde. Für die Überprüfung spezifischer Hypothesen in Bezug auf mehrere unabhängige Variablen empfiehlt sich bei einer weiterführenden Forschung allerdings die Analyse mithilfe eines Strukturgleichungsmodells, wobei zu beachten ist, dass die Stichprobe ausreichend gross ausfällt. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die vorliegende Master-Thesis lediglich ein spezifisches Verhalten bzw. die Ausübung eines politischen Amtes in den Fokus nahm. Eine Empfehlung für weitere

Forschung lautet demnach, sich in einer ähnlichen Studie mit einer anderen Art politischen Engagements von Fachpersonen der Sozialen Arbeit zu befassen. Gleichermassen sollte im Hinblick auf die Behebung der in Kapitel 8.2 erwähnten Verzerrung dieselbe Untersuchung mit einer anderen Zielgruppe durchgeführt werden, sodass nicht lediglich Mitglieder des Berufsverbands AvenirSocial, sondern auch Nichtmitglieder befragt werden. Die Erhöhung der Stichprobengrösse ist dabei empfehlenswert, weil dadurch im Rahmen einer Regressionsanalyse umfangreichere Hintergrundvariablen gleichzeitig berücksichtigt werden können.

In Anbetracht der Limitation der vorliegenden Master-Thesis in Bezug auf das parteipolitische Engagement von Sozialarbeitenden in der Schweiz empfiehlt sich im Allgemeinen die Untersuchung weiterer Arten politischer Aktivitäten von Fachpersonen der Sozialen Arbeit. Weil das Policy-Practice-Konzept derzeit kaum im deutschsprachigen Raum etabliert ist, kann seine Übersetzung für die Anwendung in der Schweiz oder grundsätzlich in deutschsprachigen Gebieten gewinnbringend sein, denn eine solche Konzeptualisierung kann zu mehr Forschung über die politische Partizipation Sozialarbeitender führen, wodurch sich im Rahmen weiterer Untersuchungen länderspezifische Unterschiede herausstellen lassen. Gerade in dieser Hinsicht erscheint es zielführend, weitere Forschungen vorzunehmen, beispielsweise über das Niveau und die Art des Engagements auf jeder der politischen Routen sowie über die jeweiligen Unterschiede. Obwohl die freiwillige politische Beteiligung von Fachkräften der Sozialen Arbeit Gegenstand mehrerer wissenschaftlicher Untersuchungen war, ist Wissen über ihr Engagement in anderen politischen Gebieten und über die damit verbundenen Faktoren begrenzt vorhanden oder fehlt gänzlich. Zudem ist eine weitere Untersuchung im Hinblick auf die Rolle der Sozialen Arbeit in der Politikgestaltung auf der lokalen, regionalen sowie nationalen Ebene relevant. Vor dem Hintergrund, dass der Fachdiskurs im englischsprachigen Raum vor allem in Bezug auf die politische Aktivität der Sozialen Arbeit verstärkt an der Praxis orientiert ist, empfiehlt sich eine länderübergreifende Untersuchung, beispielsweise im Rahmen eines gemeinsamen Forschungsprojekts.

Die Rolle der Hochschulen wurde im Rahmen der vorliegenden Master-Thesis zwar im Fachdiskurs und im Rahmen der Ergebnisdiskussion aufgegriffen, aber im empirischen Teil ausgeklammert. In diesem Kontext bleibt somit zum Beispiel die Frage offen, inwiefern Hochschulen sowie Fachpersonen der Sozialen Arbeit gewillt sind, das notwendige Wissen und die Fähigkeiten für politisches Engagement zu vermitteln bzw. zu erwerben.

Diesbezüglich kann eine qualitative Untersuchung hinsichtlich der Frage, wie Hochschulen sowie Sozialarbeitende zur Policy-Practice stehen, relevante Erkenntnisse liefern.

Literaturverzeichnis

- Ajzen, I. (1985). From intentions to actions: A Theory of Planned Behavior. In J. Kuhl & J. Beckmann (Hrsg.), *Action control: From cognition to behavior* (S. 11–39). Berlin: Springer-Verlag.
- Ajzen, I. (1991). The theory of planned behavior. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 50(2), 179–211. doi 10.1016/0749-5978(91)90020-T
- Ajzen, I. (2005). *Attitudes, personality and behavior*. Maidenhead: Open University Press.
- Ajzen, I. (2006). *Constructing a Theory of Planned Behavior Questionnaire: Conceptual and Methodological Considerations*. Verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/235913732_Constructing_a_Theory_of_Planned_Behavior_Questionnaire
- Ajzen, I. & Fishbein, M. (1980). *Understanding attitudes and predicting social behavior*. Englewood Cliffs NJ: Prentice-Hall.
- Ajzen, I. & Fishbein, M. (2005). The influence of attitudes on behavior. In D. Albarracín, B. T. Johnson & M. P. Zanna (Hrsg.), *The handbook of attitudes* (S. 173–221). Mahwah NJ: Lawrence Erlbaum Associates.
- Akkaya, G. (2015). *Grund- und Menschenrechte in der Sozialhilfe: Ein Leitfaden für die Praxis*. Luzern: Interact Verlag.
- Albarracín, D., Johnson, B., Fishbein, M., & Müller, P. A. (2001). Theories of reasoned action and planned behavior as models of condom use: A meta-analysis. *Psychological Bulletin*, 127(1), 142–161.
- Althammer, J. W. & Lampert, H. (2014). *Lehrbuch Sozialpolitik* (9. Aufl.). Berlin: Springer Gabler.
- Amann, K. (2017). *Sozialarbeitende in der Politik: Eine qualitative Untersuchung der Politisierungsprozesse von Sozialarbeitenden, die sich aktiv parteipolitisch engagieren* (Master-Thesis, Kooperationsstudiengang Master of Science in Sozialer Arbeit der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich). Verfügbar unter: <https://www.soziothek.ch/sozialarbeitende-in-der-politik>
- Amann, K. (2019). Sozialarbeitende in der Politik. *SozialAktuell*, 51(9), 24–26.
- Armitage, C. & Conner, M. (2001). Efficacy of the Theory of Planned Behaviour: A meta-analytic review. *British Journal of Social Psychology*, 40(4), 471–499.
- Arzheimer, K. & Schmitt, A. (2005). Der ökonomische Ansatz. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 243–304). Wiesbaden: Springer VS.
- AvenirSocial. (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz: Ein Argumentarium für die Praxis*. Bern: AvenirSocial.

- AvenirSocial. (2014). *Berufsbild der Professionellen Sozialer Arbeit*. Bern: AvenirSocial.
- Backhaus, K., Erichson, B., Gensler, S. & Weiber, T. (2021). *Multivariate Analysemethoden: Eine anwendungsorientierte Einführung* (16. Aufl.). Wiesbaden: Springer Gabler.
- Benz, B. (2010). Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In B. Benz, J. Boeckh & H. Mogge-Grotjahn (Hrsg.), *Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit* (S. 317–336). Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, B. & Rieger, G. (2015). *Politikwissenschaft für die Soziale Arbeit: Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Benz, B., Rieger, G., Schönig, W. & Többe-Schukalla, M. (2014). Determinanten praktischer Politik Sozialer Arbeit: Akteure, Handlungsfelder und Methoden. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 8–20). Weinheim: Beltz Juventa.
- Blanz, M. (2015). *Forschungsmethoden und Statistik für die Soziale Arbeit: Grundlagen und Anwendungen*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Bosnjak, M. (2002). *(Non)Response bei Web-Befragungen*. Aachen: Shaker Verlag.
- Bundesamt für Statistik. (n. d.). *Gemeinden und Kantone mit Stimm- und Wahlrecht für Ausländer*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Zugriff am 10.6.2022. Verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/migration-integration/integrationindikatoren/indikatoren/gemeinde-kantone-recht.html>
- Bundesamt für Statistik. (2021). *Internetzugang der Haushalte*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik. Zugriff am 2.6.2022. Verfügbar unter: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/informationsgesellschaft/gesamtindikatoren/haushalte-bevoelkerung/internetzugang-haushalte.html>
- Burzlaff, M. (2022a). Policy Practice – Gerechtigkeitsorientierte Intervention Sozialer Arbeit und Perspektive der Gegenmacht. *Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit*, 2(1), 64–83.
- Burzlaff, M. (2022b). *Selbstverständnisse Sozialer Arbeit: Individualisierung – Kontextualisierung – Policy Practice: Eine Curriculaanalyse* (2., aktualisierte Aufl.). Weinheim: Beltz Juventa.
- Cohen, J. (1992). A power primer. *Psychological Bulletin*, 112(1), 155–159.
- Derungs, C., Müller, A. & Wellinger, D. (2021). Studie PoliWork: Ansätze zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und politischen Milizämtern. Chur:

- Fachhochschule Graubünden. Verfügbar unter: https://poliwork.fhgr.ch/wp-content/uploads/sites/5/2021/11/FHGR_PoliWork_Studie-Web-final-DE.pdf
- Dickinson, J. C. (2004). The Views of NASW Members in One State Toward Social Action. *Professional Development: The International Journal of Continuing Social Work Education*, 7(2), 12–26.
- Dischler, A. & Kulke, D. (2021). Zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und politischer Praxis – Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit. In A. Dischler & D. Kulke (Hrsg.), *Politische Praxis und Soziale Arbeit: Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit* (S. 9–22). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Döring, N. & Bortz, J. (2016). *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (5., überarbeitete Aufl.). Heidelberg: Springer-Verlag.
- Dudenredaktion. (n. d.). *Mandat*. Verfügbar unter: <https://www.duden.de/node/93250/revision/417337>
- Engelke, E., Spatscheck, C. & Borrmann, S. (2016). *Die Wissenschaft Soziale Arbeit: Werdegang und Grundlagen* (4., überarbeitete Aufl.). Freiburg im Breisgau: Lambertus.
- Ernst Stähli, M., Joye, D., Pollien, A., Ochsner, M., Sapin, M., Nisple, K., & Van den Hende, A. (2014). *European social survey 2016 (Round 8) [Dataset]*. Lausanne: FORS – Centre de compétences suisse en sciences sociales.
- European Social Survey. (2018). ESS 2018 Questionnaire Switzerland. Zugriff am 10.6.2022. Verfügbar unter: https://forscenter.ch/wp-content/uploads/2019/09/ess_2018_questionnaire_english_french_german_italian_internet.pdf
- Felderhoff, B. J., Hofer, R. & Watson, L. D. (2016). Living Up to the Code's Exhortations? Social Workers' Political Knowledge Sources, Expectations, and Behaviors. *Social Work*, 61(1), 29–35. doi:10.1093/sw/swv053
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (1975). *Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research*. Reading MA: Addison-Wesley.
- Fishbein, M. & Ajzen, I. (2010). *Predicting and Changing Behavior: The Reasoned Action Approach*. New York: Psychology Press.
- Francis, J., Eccles, M. P., Johnston, M., Walker, A. E., Grimshaw, J. M., Foy, R., Kaner, E. F. S., Smith, L. & Bonetti, D. (2004). *Constructing questionnaires based on the theory of planned behaviour: A manual for health services researchers*. Newcastle upon Tyne, UK: Centre for Health Services Research.

- Franzen, A. (2019). Antwortskalen in standardisierten Befragungen. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (2., überarbeitete und erweiterte Aufl., S. 843–854). Wiesbaden: Springer VS.
- Gabriel, O. W. & Keil, S. W. (2005). Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 611–642). Wiesbaden: Springer VS.
- Gal, J. & Weiss-Gal, I. (2014). *Social workers affecting social policy: An international perspective on policy practice*. Bristol: The Policy Press.
- Garms-Homolová, V. (2020). *Sozialpsychologie der Einstellungen und Urteilsbildung: Lässt sich menschliches Verhalten vorhersagen?* [PDF]. Berlin: Springer-Verlag. doi.org/10.1007/978-3-662-62434-0
- Graf, D. (2007). Die Theorie des geplanten Verhaltens. In D. Krüger & H. Vogt (Hrsg.), *Theorien in der biomedizinischen Forschung: Ein Handbuch für Lehramtsstudenten und Doktoranden* (S. 33–44). Berlin: Springer-Verlag.
- Groenemeyer, A. (2012). Soziologie sozialer Probleme – Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In A. Günter & A. Groenemeyer (Hrsg.), *Handbuch soziale Probleme* (2. überarbeitete Aufl., S. 17–116). Wiesbaden: Springer VS.
- Grunwald, K. & Thiersch, H. (2004). Das Konzept Lebensweltorientierte Soziale Arbeit – einleitende Bemerkungen. In K. Grunwald & H. Thiersch (Hrsg.), *Praxis Lebensweltorientierter Sozialer Arbeit: Handlungszugänge und Methoden in unterschiedlichen Arbeitsfeldern* (S. 13–40). Weinheim: Beltz Juventa.
- Güntner, S. & Langer, A. (2014). Sozialarbeitspolitik zwischen Professionspolitik und Gesellschaftsgestaltung. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 2: Akteure, Handlungsfelder und Methoden* (S. 238–254). Weinheim: Beltz Juventa.
- Gysi, B. (2018). Sozialarbeitende – politisch, links und nett? *SozialAktuell*, 50(4), 22–23.
- Häder, M. (2019). *Empirische Sozialforschung: Eine Einführung* (4. Aufl.) [PDF]. Wiesbaden: Springer VS. doi.org/10.1007/978-3-658-26986-9
- International Federation of Social Workers. (2014). *Global definition of the social work profession*. Zugriff am 20.5.2022. Verfügbar unter: <https://www.ifsw.org/what-is-social-work/global-definition-of-social-work>
- Haunberger, S. (2011). *Teilnahmeverweigerung in Panelstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hurrelmann, K. (2006). *Einführung in die Sozialisationstheorie*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Jansson, B. S. (2018). *Becoming an effective policy advocate: From policy practice to social justice* (8. Aufl.). Boston: Cengage Learning.

- Lütters, S. (2022). *Soziale Netzwerke und politische Partizipation: Eine empirische Untersuchung mit sozialräumlicher Perspektive* [PDF]. Wiesbaden: Springer VS. doi.org/10.1007/978-3-658-36754-1
- Mannemann, H. & Dummann, J. (2020). *Einführung in die Soziale Arbeit* (3. Aufl.). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kaase, M. (1995). Partizipation. In D. Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik* (S. 521–527). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Kaase, M. (2002). Politische Beteiligung. In M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2., überarbeitete und aktualisierte Aufl., S. 349–354). Wiesbaden: Springer VS.
- Kindler, T. (2019a). Soziale Arbeit hat einen politischen Auftrag: Aber wer führt ihn aus? Und wann? Und wie? Anregungen zu einer empirisch gestützten Diskussion. *SozialAktuell*, 51(3), 36–37.
- Kindler, T. (2019b). *Sozialarbeitspolitik: Eine empirische Untersuchung der politischen Aktivität von Fachpersonen der Sozialen Arbeit in der Schweiz* (Master-Thesis, Kooperationsstudiengang Master of Science in Sozialer Arbeit der Fachhochschulen Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich). Verfügbar unter: <https://www.sozi-otheek.ch/sozialarbeitspolitik>
- Kindler, T. (2021). Politische Aktivität von Sozialarbeitenden: Einblicke in ein sich dynamisch entwickelndes Forschungsfeld. In A. Dischler & D. Kulke (Hrsg.), *Politische Praxis und Soziale Arbeit: Theorie, Empirie und Praxis politischer Sozialer Arbeit* (S. 87–108). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Kraus, B. (2016). Was ist Soziale Arbeit? Zur internationalen Definition und nationalen Bestimmungsversuchen. *Forum Sozial*, 2(16), 18–23.
- Kuhn, H.-P. (2000). *Mediennutzung und politische Sozialisation: Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kuckartz, U., Rädiker, S., Ebert, T. & Schehl, J. (2013). *Statistik: Eine verständliche Einführung* (2., überarbeitete Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Kulke, D., & Schmidt, J. (2019). Der politische Auftrag Sozialer Arbeit in der Praxis – Empirische Ergebnisse. In M. Köttig & D. Röh (Hrsg.), *Soziale Arbeit in der Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit: Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation* (S. 301–313). Verlag Barbara Budrich.

- Kunstreich, T. (2001). Vom Missverständnis eines politischen Mandats Sozialer Arbeit. In R. Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (S. 121–130). Wiesbaden: Springer VS.
- Kusche, C. & Krüger, R. (2001). Sozialarbeit muss sich endlich zu ihrem politischen Mandat bekennen! In R. Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (S. 15–25). Wiesbaden: Springer VS.
- Lallinger, M. & Rieger, G. (2007). Vorwort. In M. Lallinger & G. Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit: Engagiert und professionell* (S. 7–14). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Lane, S. R. (2011). Political Content in Social Work Education as reported by elected Social Workers. *Journal of Social Work Education*, 47(1), 53–72.
- Lane, S. R., Ostrander, J. A. & Smith, T. R. (2018). Politics is social work with power: training social workers for elected office. *Social Work Education*, 37(1), 1–16.
- Lück, D. & Landrock, U. (2019). Datenaufbereitung und Datenbereinigung in der quantitativen Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (2., überarbeitete und erweiterte Aufl., S. 457–472). Wiesbaden: Springer VS.
- Lüssi, P. (2008). Systemische Sozialarbeit: Praktisches Lehrbuch der Sozialberatung. Bern: Verlag Paul Haupt.
- Merten, R. (Hrsg.). (2001a). *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema*. Wiesbaden: Springer VS.
- Merten, R. (2001b). Soziale Arbeit im Strudel ihres (politischen) Selbstverständnisses? Eine Einleitung. In R. Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (S. 7–14). Wiesbaden: Springer VS.
- Mielke, R. (1982). Locus of control: Ein Überblick über den Forschungsgegenstand. In R. Mielke (Hrsg.), *Interne/externe Kontrollüberzeugung: Theoretische und empirische Arbeiten zum Locus of Control-Konstrukt* (S. 15–42). Bern: Verlag Hans Huber.
- Mühlum, A. (2007). Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft. In M. Lallinger & G. Rieger (Hrsg.), *Repolitisierung Sozialer Arbeit: Engagiert und professionell* (S. 15–30). Stuttgart: Akademie der Diözese.
- Mühlum, A. (1982). *Sozialpädagogik und Sozialarbeit – Eine vergleichende Darstellung zur Bestimmung ihres Verhältnisses in historischer, berufspraktischer und theoretischer Perspektive*. Frankfurt am Main: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

- Ostrander, J., Kindler, T., & Bryan, J. (2021). Using the civic voluntarism model to compare the political participation of US and Swiss social workers. *Journal of Policy Practice and Research*, 2(1), 4–19.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York: Simon & Schuster.
- Roth, G. & Ragus, S. (2018). Sozialarbeit und Politik: Wie beurteilen SozialarbeiterInnen politische Aufgaben in der Praxis Sozialer Arbeit und wie politisch interessiert, engagiert und kompetent sehen sie sich selbst. *neue praxis: Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik*, 48(4), 376–389.
- Rieger, G. (2013). Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 54–69). Weinheim: Beltz Juventa.
- Rieger, G. (2019). Einladung zum Case Teaching: Fallorientierung in der Lehre zur Sozialarbeitspolitik. In G. Rieger & J. Wurtzbacher (Hrsg.), *Tatort Sozialarbeitspolitik: Fallbezogene Politiklehre für soziale Profession* (S. 305–326). Weinheim: Beltz Juventa.
- Rippl, S. (2015). Politische Sozialisation. In K. Hurrelmann, U. Bauer, M. Grundmann & S. Walper (Hrsg.), *Handbuch Sozialisationsforschung* (S. 733–752). Weinheim: Beltz Juventa.
- Ritter, J. A. (2008). A national study predicting licensed social workers' levels of political Participation. *Social Work*, 53(4), 347–357.
- Rossmann, C. (2021). *Theory of Reasoned Action – Theory of Planned Behavior* (2. Aufl.). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Rudi, T. & Schoen, H. (2005). Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 305–326). Wiesbaden: Springer VS.
- Schäfer, S. & Jacobs, S. (2022). Soziale Arbeit und politische Differenz. *Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit*, 2(1), 26–44.
- Schmid, W. (2011). Konflikträchtige Schnittmengen: Zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit. *SozialAktuell*, 11(6), 19–21.
- Schmitz, B. & Perels, F. (2006). *Einführung in die Pädagogische Psychologie: Für Studierende der Psychologie und Lehramtsstudierende*. Berlin: Logos Verlag.
- Schmocker, B. (2011.). *Soziale Arbeit und ihre Ethik in der Praxis*. Bern: AvenirSocial.
- Schneider, V. (2001). Sozialarbeit zwischen Politik und professionellem Auftrag: Hat sie ein politisches Mandat? In R. Merten (Hrsg.), *Hat Soziale Arbeit ein politisches*

- Mandat? Positionen zu einem strittigen Thema* (S. 27–40). Wiesbaden: Springer VS.
- Schönig, W. (2013). Soziale Arbeit als Intervention und Modus der Sozialpolitik. In B. Benz, G. Rieger, W. Schönig & M. Többe-Schukalla (Hrsg.), *Politik Sozialer Arbeit: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse* (S. 70–84). Weinheim: Beltz Juventa.
- Schwegler, M. (2008). Wie Katze und Maus – oder wie ein ideales Paar? Vom Verhältnis zwischen Sozialer Arbeit und Sozialpolitik. *SozialAktuell*, 8(10), 42–43.
- Seithe, M. (2012). *Schwarzbuch Soziale Arbeit* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Seithe, M. (2014). Zur Begründung einer Re-Politisierung Sozialer Arbeit. In B. Bütow, K. A. Chassé, & W. Lindner (Hrsg.), *Das Politische im Sozialen: Historische Linien und aktuelle Herausforderungen der Sozialen Arbeit* (S. 109–132). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Staub-Bernasconi, S. (2018). *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft: Soziale Arbeit auf dem Weg zu kritischer Professionalität* (2., überarbeitete und aktualisierte Aufl.). Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Staub-Bernasconi, S. (2007). *Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft: Systematische Grundlagen und professionelle Praxis – ein Lehrbuch*. Bern: Haupt Verlag.
- Staub-Bernasconi, S. (2012). Soziale Arbeit und soziale Probleme: Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In W. Thole (Hrsg.), *Grundriss Soziale Arbeit: Ein einführendes Handbuch* (S. 267–282). Wiesbaden: Springer VS.
- Terry, D. J. & Hogg, M. A. (1996). Group norms and the attitude–behavior relationship: A role for group identification. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 22(1), 776–793.
- Urban, D. & Mayerl, J. (2011). *Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Anwendung* (3., überarbeitete und erweiterte Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Van Deth, J. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 141–162). Wiesbaden: Springer VS.
- Verba, S., Scholzman K. L. & Brady, H. E. (1995). *Voice and equality: Civic voluntarism in American politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Weiss-Gal, I. (2017), What Options Do We Have? Exploring Routes for Social Workers' Policy Engagement. *Journal of Policy Practice*, 16(3), 247–260.
- Werth, L., Denzler, M. & Mayer, J. (2020). *Sozialpsychologie – Das Individuum im sozialen Kontext: Wahrnehmen – Denken – Fühlen* (2. Aufl.) [PDF]. Berlin: Springer-Verlag. doi.org/10.1007/978-3-662-53897-5

- Witzke, S. (2016). *Carsharing und die Gesellschaft von Morgen: Ein umweltbewusster Umgang mit Automobilität*. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Wyers, N. L. (1991). Policy Practice in Social Work: Models and Issues. *Journal of Social Work Education*, 27(3), 241–250.

Anhangsverzeichnis

Anhang A: Persönliche Eigenständigkeitserklärung

Anhang B: Originalfragebogen